Monatszeitschrift für Politik und Kultur, Hamburg 27. 2. 75/Nr. 3

3,00 DM

C 22160 E

März

konkret

Jahr der Frau:

Alle Macht den Weiber-Räten?

§ 218 Adressen in Holland

Exklusiv in KONKRET:

Der neue Degenhardt

Börner über Arbeitslose ® Parnass über Polizei
Matthöfer über Solidarität ® Karsunke über Zwerenz ® Herburger über Bücher
v. Hoffmann über Berufsverbot

Lire 850
Holland hfl 3,80
Schweiz sfr 3,80
Österreich S 25,–

in konkret März 1975

konkret intern

Die Verhüter der Verfassung von Hermann L. Gremliza

Dank des Vaterlands von Christian Jungblut

Zu neuen Ufern von Winfried Thomsen
Wie ein sozialliberales Reformwerk entsteht

Dann gute Nacht, Arbeitnehmer von Holger Börner
KONKRET-Interview mit SPD-Bundesgeschäftsführer Holger Börner

Hochachtungsvoll Floerke von Alexander von Hoffmann

Solidarität von Hans Matthöfer

Franz-Carstens Stoltenkohlkopf oder: Mir nach, wer weiß den Weg?
KONKRET-Dokumentation

Geradezu kriminell
KONKRET-Serie Student '75, 2. Teil: Die soziale Lage der Studenten

Ein Ehren- und ein Engelmann von Jürgen Saupe

Chile Im Auge von Rosemarie Bollinger
Rosemarie Bollinger berichtet über die Krise in Portugal:

Chile nach dem Putsch - 1. Folge
KONKRET dokumentiert auf dieser Seite monatlich die jüngste Entwicklung in und um den Faschisten-Staat Chile und die Widerstands- und Solidaritätsaktionen in aller Welt.

Kein Krieg der Töpfe! von E. A. Rauter
Anmerkungen zur Befreiung der Frau

Einmal Solidarität, bitte! von Henryk M. Broder
KONKRET-Diskussion über eine neue Stimmung im Westen

Mit wem, bitte? von Hermann L. Gremliza
KONKRET-Diskussion über eine neue Stimmung im Westen

konkret ex-press von Hermann L. Gremliza

Hilfe Polizei von Peggy Parnass
KONKRET-Gerichtsreporterin Peggy Parnass wollte über einen Prozeß wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt berichten. Jetzt wurde sie selbst angezeigt: Sie hat einen Polizisten geohrfeigt

Brotlose Kunst von Hartmut Schulze
Über den Künstler-Report und was Bonn daraus gemacht hat

Der Mann vom anderen Stern von Henning Venske
Henning Venske, Ex-Moderator von „Musik aus Studio B" und NDR-Kalautermann, hatte in KONKRET 1/75 geschrieben, „daß große Illustrierte . . . aufs innigste mit den Schallplattenfirmen verfilzt sind, daß sie sogar ihre eigenen Schallplatten produzieren". Als Gast der Talkshow des Ersten Fernsehens wiederholte er diese

Behauptung. Kurz darauf bekam er Post:

§ 218

Adressen in Holland

Lesehunger von Günter Herburger

Dies ist die neue Bücherkolumne in KONKRET Statt der ausgeleierten Seller-Liste anonymer Institute wird an dieser Stelle jeweils ein Autor seine letzte Lektüre vorstellen. Günter Herburger („Die Eroberung der Zitadelle", „Die amerikanische Tochter") macht den Anfang

Päckchen nach hüben von Yaak Karsunke

Zu zwei DDR-Büchern von Gerhard Zwerenz und Stefan Heym

Gegendarstellung

Diskussion mit dem Innenminister von Franz Josef Degenhardt

Vorabdruck aus Degenhardts neuem Roman „Branstellen“

Radikalauer

Post

Konkret 03/75, S. 2

konkret intern

In diesem Heft druckt KONKRET zum ersten Mal seit dem neuen Start eine Gegendarstellung ab. Weitere werden - in loser Reihe folgen. Gegendarstellungen, so ordnen es fast alle Presserechtsgesetze der Bundesländer, müssen ohne Rücksicht auf ihren Wahrheitsgehalt abgedruckt werden. Vom Gegendarsteller wird nur verlangt, daß er sich auf Tatsachenbehauptungen beschränkt. Er kann also nicht schreiben: "Es ist unverschämt, mich einen Zwerg zu nennen", er darf aber schreiben: "Richtig ist, daß ich 2,60 Meter groß bin". So stellt auch der "Morgenpost"-Geschäftsführer Erich Müller in diesem Heft zwei Behauptungen auf, von denen die eine nachweislich richtig ist (und in KONKRET falsch war), die andere aber nachweislich falsch ist (und in KONKRET richtig war).

Auch KONKRET macht natürlich vom Mittel der Gegendarstellung Gebrauch: So in der "Welt", wo die Behauptung des "Welt"-Autors Anton Madler (bürgerlich: Armin Mohler), KONKRET zähle zur "Sexpo-Presse", eine Gegendarstellung verlangte. Da Springers Leute nicht freiwillig druckten, mußte das Hamburger Landgericht mit einer Einstweiligen Verfügung (Streitwert 25 000 Mark) nachhelfen. Dieselbe Kammer mußte ebenfalls mittels einer Einstweiligen Verfügung (Streitwert 30 000 Mark) dem ehemaligen Springer-Autor William Schlamm die Behauptung untersagen, KONKRET sei "pornografisch". Beide Aktionen hatten unter anderem den Zweck, die betroffenen Herren dazu zu zwingen, künftig KONKRET zu lesen, bevor sie darüber schreiben.

Wie wenig lustig die Reaktion das Wiedererscheinen von KONKRET findet, erhellt ein anderer Fall: Kurz vor Weihnachten 1974 verklagte der Verleger Heinrich Bauer ("Quick", "Neue Revue") den KONKRET-Herausgeber Gremliza auf Schadensersatz - wegen eines Editorials, das mehr als zwei Jahre zuvor, im Wahlkampf 72, in KONKRET erschienen war.

Konkret 03/75, S. 5

Hermann L. Gremliza

Die Verhüter der Verfassung

Und wenn auch Bonns Sozialdemokraten ihren ganzen Mut zusammennähmen, und wenn sie auch die FDP soweit brächten - in der Bundesrepublik wird es in absehbarer Zeit kein Gesetz mehr geben, das mehr Gerechtigkeit, mehr Demokratie bringt.

Mitbestimmung, Vermögensbildung, Bodenrecht, Berufsbildung und Presserecht würden denselben Weg gehen, den jetzt die Reform des Paragraphen 218 gegangen ist: Sie würden vor dem ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts landen und dort für verfassungswidrig erklärt werden. Dies vorherzusagen bedarf so wenig juristischer Kenntnis wie der Tip, daß die CDU/CSU nicht Willy Brandt zu ihrem Kanzlerkandidaten bestimmen wird. Karlsruhes erster Senat ist fest in CDU-Hand.

Die Offenherzigkeit, mit der die CDU das Gericht benützt und das Gericht sich von der CDU benützen läßt, hat etwas für Gemeinschaftskunde-Demokraten Desillusionierendes: Da wurde erst der Grundvertrag nach den Wünschen von Strauß und Filbinger umgebogen und in seinem historischen Kern - der Anerkennung, daß die Bundesrepublik nicht *Deutschland* ist -aufgeweicht, dann wurde jede Demokratisierung der Hochschulen untersagt und nun hat das Gericht auf CDU-Antrag den Gebärzwang durchgesetzt.

Spätestens mit ihrer Entscheidung über den 218 haben die Karlsruher ihren Anspruch aufgegeben, als unabhängige dritte Gewalt von allen Parteien und Gruppen Achtung erwarten zu können. Und hätten nicht hunderttausende Frauen nun wieder Spargroschen und Gesundheit aufzuwenden, um die Folgen des Karlsruher CDU-Spruchs abzutreiben, könnte man sogar sagen: Gut so.

An kaum einem Karlsruher Urteil zuvor wurde so deutlich, daß das Rote-Roben-Theater mit Recht so gut wie nichts, mit Macht, Interessen und Privilegien so gut wie alles zu tun hat. Daß das Grundgesetz eine Fristenlösung nicht zulasse - daran können allenfalls Springer-Redakteure sich selbst glauben machen. Oder haben Frankreich, Österreich, Großbritannien und all die anderen Länder des „freien Westens" plötzlich keine „freiheitlich-demokratische Grundordnung" mehr, weil sie Abtreibung in den ersten drei Monaten erlauben?

Nein, Rechtsfragen stellen sich hier wirklich nicht. Sechs von acht Richtern, die ja wissen, daß jährlich eine Million illegaler Aborte vorgenommen werden, daß sich daran ein Berufsstand schamlos bereichert, daß tausende mittelloser Frauen von Pfuschern zu Krüppeln geschabt werden, haben den rosigen Qualm, der bislang um die „Hüter der Verfassung" waberte, weggeblasen. Und da wird nun einiges sichtbar, was der Klientel der Karlsruher mehr schaden kann als ein reformierter Abtreibungsparagraph.

Hüter der Verfassung nennen die sich? Welcher Verfassung denn? Etwa der Verfassung, die 1949 beschlossen wurde und die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie ermöglichte. Einer Verfassung, die Antifaschisten wie Fritz Bauer und Richard Schmid einst in der bundesdeutschen Justiz zu Generalstaatsanwälten und Oberlandesgerichtspräsidenten machte? Oder vielleicht eher einer Verfassung, die heute Leute wie Schmid und Bauer als Radikale vom öffentlichen Dienst ausschließen würde?

Vieles von dem, was in der geschriebenen Verfassung, im Grundgesetz, steht, kann dies oder jenes meinen. Eine geschriebene Verfassung ist eine Art Waffenstillstands-Vertrag im Kampf der Klassen. Viele ihrer Kompromisse sind leere Formeln, auf die sich die vertragschließenden Seiten nur deshalb einigen, weil jede der beiden hofft, sie mit ihren eigenen Inhalten füllen zu können. Die Eigentumsfrage, zum Beispiel, ist deshalb im Grundgesetz ähnlich leerformelhaft geregelt wie die Frage der Staatsbürgerschaft im Grundvertrag zwischen Bundesrepublik und DDR.

Die Hoffnung der Sozialisten und Antifaschisten von 1949, das Volk in der Bundesrepublik werde ihnen die Macht geben, die Grundgesetz-Formeln mit demokratischem und sozialem Inhalt zu füllen, machte schon Adenauers erster Wahlsieg zunichte. Immer mehr geriet die Verfassung seitdem in die Hände der Restaurateure. Niemanden wunderte es schließlich mehr, daß der Verfasser des in Rechtsprechung und Publizistik, Forschung und Juristen-Ausbildung als Standard-Werk gebrauchten Grundgesetzkommentars, der spätere bayrische Kultusminister Theodor Maunz, auch einmal zu der

Erkenntnis gekommen war: „Ohne nationalsozialistische Richter kann es keine Unabhängigkeit der Rechtspflege geben."

Und erst recht heute findet es niemand mehr grotesk, daß ehemalige Kriegsrichter (und derzeitige CDU-Ministerpräsidenten) das Karlsruher Gericht mit Erfolg anrufen können, um die Verfassungswidrigkeit einer Politik festzustellen, deren ältere Vertreter in Deutschland schon für Demokratie eingesessen haben, als viele der jetzigen Kläger noch in SA-Uniformen herumliefen.

Es ist diese Chuzpe, diese selbstbewußte Frechheit im Umgang mit Macht, die es auch nie zur Frage machte, wie das Verfassungsgericht zu besetzen sei: Mit eigenen Leuten. Nun bedarf es zwar im Bundesrat und im Wahlmännerausschuß des Bundestags jeweils einer Zweidrittel-Mehrheit, es mußten also Kompromiß- und Proporzkandidaten gefunden werden. Aber im Ergebnis blieb die CDU erfolgreich.

Das änderte sich auch nicht, als in Bonn schon die SPD regierte. Im Gegenteil: Es gelang der CDU, die Stimmen der SPD für den bislang reaktionärsten Verfassungsgerichts-Präsidenten, den Vorbeugehaft-Propagandisten und Notstandsplaner Ernst Benda zu gewinnen.

Bei diesen Richterwahlen demonstrierte die SPD bis zum Exzeß, was man ihr unschuldiges Verhältnis zur Macht nennen könnte. Während die CDU stets nur sichere Kantonisten präsentierte, griff die SPD zu Leuten, dei auch der CDU gefallen sollten (ein Verfahren, das man auch bei Intendantenwahlen im Bereich der ARD in regelmäßigen Abständen beobachten kann). Das führt dann dazu, daß jetzt beim 218 ein „SPD-Richter" mit der CDU-Mehrheit stimmte.

Wenn's passiert ist, die „Acht Arschlöcher in Karlsruhe" so zu nennen - das ist freilich keine Politik. Ohne SPD-Mithilfe säße keines davon dort. lm Verwaltungsrat des Norddeutschen Rundfunks führt die CDU seit über einem Jahr vor, wie man einen Einigungszwang bei Personalwahlen ausreizen kann: Durch Abstimmungsboykott und Fernbleiben von Wahl-Sitzungen werden die gesetzlich notwendigen Mehrheiten so lange verhindert, bis die Gegenseite mürbe geworden ist. So hätte man Benda und einige andere der 218-Kammer verhüten können.

Bis zum Herbst stehen sechs Bundesrichter zur Wahl. Wenn die SPD dann Leute im Amt läßt, die jetzt in drei Fällen Handlanger der CDU/CSU gespielt haben, will sie nichts mehr lernen.

Konkret 03/75, S. 6

Christian Jungblut

Dank des Vaterlands

Üb' immer Treu' und Redlichkeit, dann bist du nett zueinander. Vielleicht wirst du sogar berühmt, wirst zum Neujahrsempfang des Bundespräsidenten geladen, siehst dein Bild auf den Titelseiten der Zeitungen, gehst - irgendwie - in die Geschichte ein.

Hans Gebhardt„44, aus Düsseldorf, ist in die Geschichte eingegangen, als erster Arbeitsloser auf einem Neujahrsempfang des Bundespräsidenten. Neu war nicht, daß einer eingeladen wurde, der keine Arbeit hat. Aber diesmal war es kein Nichtstuer, sondern ein Arbeiter, dem seine Arbeit genommen wurde.

Kaum zu fassen, auch für Hans Gebhardt kaum: „Hätte da eine normale Briefmarke geklebt (und nicht der Freistempler des Präsidialamts), ich hätte das nicht geglaubt. Wer kann schon glauben, daß der Präsident einen Arbeitslosen empfängt'?"

In einem geliehenen schwarzen Anzug (der eigene schien ihm nicht mehr gut genug) reist dieser Arbeitslose z. Klasse nach Bonn. Das Präsidialamt hätte auch die 1. Klasse bezahlt, aber daran hatte er nicht gedacht. Er gab dem Präsidenten die Hand, hatte „sehr viel Lampenfieber", sagte „ich bin arbeitslos und habe vorher fast 25 Jahre nur bei einer Firma gearbeitet", trank ein Glas Wein und unterhielt sich eine Weile mit einigen anderen, die auch eingeladen waren, um Volk darzustellen. Mit zwei Männern vom Straßenrettungsdienst, beispielsweise, die kleine Geschichten von ihren Rettungsfahrten erzählten.

Hans Gebhardt fand es mal ganz „interessant", so inmitten der Prominenz zu sein. Und er fühlte sich dabei wie einer im Zoo, der nicht genau weiß, ob er vor oder hinter dem Gitter steht. Nach dem Empfang holte er sich sein Fahrgeld bei der Kasse ab und fuhr zurück nach Düsseldorf. Auf der Rückfahrt dachte er: „Der hat nun angeblich viel Macht, aber arbeitslos bin ich immer noch. Ich sollte wohl nur was vorzeigen."

Das sollte er. Hans Gebhardt ist nämlich das, was man gemeinhin unter einem treuen Mitarbeiter versteht. Er kam pünktlich jeden Morgen zur Arbeit. Er schaffte was weg und murrte nicht. Und wenn er krank war, dann hatte er ein schlechtes Gewissen.

Er ging mit der Firma durch dick und dünn - fast auf den Tag genau 25 Jahre. Erst als Kupferschmied und dann als Blechschlosser. Die Firma hieß Poensgen und stellte Groß-Waschmaschinen für Wäschereien her. Waschmaschinen, die 700 Kilo Wäsche in der Stunde waschen, mit Trommeln bis zu acht Meter lang. Diese Trommeln schweißte Hans Gebhardt zusammen. Mit fünf Mann brauchten sie drei Tage, um eine Trommel zu bauen.

Dabei arbeiteten sie im Akkord. Und wenn sie die Vorgabezeiten gut schafften, wurden die Zeiten wieder hochgesetzt. Die Arbeit ging an die Gesundheit, aber wenn man dabei ist, will man es nicht so recht wahrhaben. Hans Gebhardt wurde einige Male ernsthaft krank. Und je länger er in der Firma arbeitete, um so anfälliger wurde er. Mal hatte er eine schwere Lungenentzündung. Mal hatte er was mit den Nieren.

Als er im Oktober 74 gerade zur Kur war, ging die Firma pleite. Hans Gebhardt las eine kurze Notiz in der Zeitung. „Ich wollte es nicht glauben, daß alles vorbei ist. Ich hab doch fast ein Vierteljahrhundert dort gearbeitet. Gleich nach meiner Lehre hab' ich dort angefangen. Ich hab' in der Zeit geheiratet. Wir haben unsere beiden Söhne großgezogen. Das ist doch mit das wichtigste Stück Leben. Und alles hing so direkt mit meiner Arbeit zusammen. Ich hab' doch mit den anderen die Firma aufgebaut. Und das soll alles vorbei sein? Wir hatten immer genug Aufträge. Und jetzt der Konkurs, nur weil Aufträge nicht rechtzeitig bezahlt wurden. Der Chef hat doch das Geld in Sicherheit gebracht. Und wir sitzen jetzt hier."

Arbeitslosigkeit, das ist ein Gift, mit dem die Menschen gefügig gemacht werden.

Hans Gebhardt hatte 1650 Mark Nettoverdienst. Als er arbeitslos wurde, bekam er nur noch 880 Mark Unterstützung. Schon für die Wohnung muß die Familie 300 Mark ausgeben. Der jüngere ihrer beiden Söhne, der 20jährige Klaus, ist bei der Bundeswehr. Als er sich jetzt das Sprunggelenk brach, war er drei Monate zu Haus. Und kostete Geld.

Das Unglück Arbeitslosigkeit zog die sprichwörtlich weiteren hinterher: Margot Gebhardt hatte gerade eine Unterleibsoperation hinter sich, die bei ihr schwere Depressionen ausgelöst hatte. Als ihr Mann arbeitslos wurde, brach die Krankheit wieder auf. Und da sie teure Medikamente, Psychopharmaka, brauchte, die zum Teil nicht von der Krankenkasse bezahlt werden, mußten die Gebhardts sich Geld leihen. Sie hatten nichts gespart. Die kleinen Anschaffungen - Eisschrank, Wohnungseinrichtung - und die lange Krankheit der Frau haben nichts übriggelassen. Der Arbeitslose bat seinen Vater und seinen Schwiegervater um Geld.

Hans Gebhardt bewarb sich beim städtischen Fuhrpark als Fahrer. Vorher, als qualifizierter Industrie-Handwerker, hatte er 2500 brutto verdient. Dort sollte er nur 1500 brutto verdienen. Hans Gebhardt: „Ich rechnete nach. Und damit konnte ich einfach nicht zurechtkommen. Ich hätte mich auch weit unter dem verkauft, was ich wert bin."

Gebhardt fing an, zu Haus auf der Couch zu liegen und die Decke anzustarren. Er, begann zu grübeln: Ich glaube, ich finde nichts mehr. Und er dachte auch an Selbstmord. Zu den 700 000 Arbeitslosen im Kündigungsmonat Oktober waren inzwischen noch weitere 300 000 hinzugekommen. Das Gift war dran, ihn umzubringen.

Aber Hans Gebhardt fing sich wieder, weil er sich sagte: Es muß weitergehen: „Wir müssen doch ein Recht auf Arbeit haben", sagt er. Und für ihn steht plötzlich fest: „Für solche Sachen zeigt sich, daß die Mitbestimmung sehr wichtig ist. Da hätte man vielleicht alles als Schwindel entlarven können, da hätten wir vermutlich heute noch unsere Arbeit. Mann, und die ganzen Sorgen wären nicht."

'Jetzt hat sich Hans Gebhardt genau gegenüber seiner alten Firma bei der Mannesmann-Röhrenfabrik als Blechschlosser beworben. Er hat ja eine gute Referenz: Treue, 25 Jahre lang. Doch der Werksarzt stellte bei der Einstellungsuntersuchung fest: „Sie hören die hohen Tonlagen nicht. Ich weiß nicht, ob wir sie einstellen können. Das müssen wir erst noch weiteruntersuchen."

Hans Gebhardt hatte von diesem Leiden bislang nichts gewußt. Aber woher es kommt, das weiß er: In der Halle, in der er 25 Jahre gearbeitet hatte, herrschte viel Lärm - Hämmern, das Zischen der Schweißgeräte, Bleche, die aus der Presse fielen. Das hat sein Gehör geschädigt. Und weil er jahrelang seinen Kopf dafür hingehalten hat, soll er jetzt keine Arbeit finden.

Das ist der Dank für Treu 'und Redlichkeit - eines Arbeitslosen auf dem Neujahresempfang des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland.

Konkret 03/75, S. 7

Winfried Thomsen

Zu neuen Ufern

Wie ein sozialliberales Reformwerk entsteht

SPD und FDP vereinbaren in ihrem Koalitionspapier, alle Seeufer sollten uneingeschränkt der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden.

Die SPD-Fraktion beschließt realistisch, an allen Seen sollten bestimmte Uferstreifen jedermann offen stehen.

Die FDP will besondere Abschnitte für leitende Angestellte freimachen.

SPD und FDP einigen sich auf einen Gesetzentwurf-Kompromiß, nach dem Teile der Seeufer von allen Bevölkerungskreisen gegen Gebühr genutzt werden sollen dürfen, sofern die Besitzer zustimmen.

Die CDU/CSU beantragt die Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung, in der an die Großzügigkeit der Seeufer-Eigentümer appelliert wird.

Die FDP meldet Bedenken gegen den Gesetzentwurf der Koalition an. Sie kritisiert ihn vor allem als leistungshemmend und vermißt Möglichkeiten für den Mittelstand zum Erwerb von Seeufer-Grundstücken.

Die CDU/CSU kündigt eine Klage beim Verfassungsgericht und legt einen eigenen Entwurf vor. Darin wird die Vergabe von Volksaktien für noch freie Uferstücke gefordert, die Freigabe weiter Teile des Rheinufers für Industrieansiedlung und ein verbesserter Schutz des Eigentums verlangt, bei dem unbefugtes Uferbetreten strafrechtlich verfolgt und so der Pöbel vom Strand ferngehalten wird.

Mit den Stimmen von SPD und FDP wird ein Gesetz verabschiedet, das Privateigentümern, die ihre Ufer-Anteile freigeben, Prämien verspricht und leitenden Angestellten ein Vorkaufsrecht für noch öffentliche See-Grundstücke gewährt.

Mit der Mehrheit von CDU und CSU wird das Gesetz vom Bundesrat verworfen, wobei die ablehnenden Länderregierungen hervorheben, sie folgten nicht parteipolitischen Motiven.

Im Zuge ihres Interview-Wettbewerbs werfen die Kanzlerkandidaten der Union den Koalitionsparteien vor, durch politische Experimente das Vertrauen der Wirtschaft zu zerstören und sie damit von arbeitsplatzträchtigen Investitionen abzuhalten.

Alle Parteien verabschieden ein Gesetz, das die Anlage neuer Seen auf Staatskosten vorsieht, jedermann eine Chance einräumt, hier ein schönes Ufergrundstück zu erwerben – was mit Steuervorteilen gefördert wird und mit dem eine Seeufer-Polizei zum Schutz des Eigentums gebildet wird.

Konkret 03/75, S. 8

Holger Börner

Dann gute Nacht, Arbeitnehmer

KONKRET-Interview mit SPD-Bundesgeschäftsführer Holger Börner

KONKRET: Herr Börner, bis zum Herbst 1972 ging's zwanzig Jahre bergauf mit der SPD. Seither geht's nur noch bergab. Früher sprach man vom Genossen Trend, jetzt redet alles von der Tendenzwende, von einem Comeback des Konservativen. Glauben Sie an einen stimmungsmäßigen Pendelschlag in der Politik?

BÖRNER: Mit dem Schlagwort Tendenzwende wird von interessierter Seite versucht, die Naturgesetzlichkeit eines wiedererstarkenden Konservativismus zu suggerieren. Das sind Versuche, die Dinge umzudeuten und umzufälschen. In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß konservative Kräfte weltwirtschaftliche Probleme zur Verunsicherung der Bevölkerung ausnutzen. Ein Beispiel dafür ist die unpatriotische Art, in der Herr Carstens im Bundestag versucht, aus wirtschaftlichen Entwicklungen, die niemand verhindern konnte und an denen die Bundesregierung keine Schuld trägt, Honig für die Opposition zu saugen. Mit Tendenzwende oder Naturgesetzlichkeit hat das nichts zu tun.

KONKRET: Heißt das: Ohne weltwirtschaftliche Schwierigkeiten hätte es die SPD-Niederlagen seit 72 nicht gegeben?

BÖRNER: Nach den Analysen, die wir jetzt haben, waren wirtschaftliche Unsicherheiten ein Hauptgrund für die SPD-Verluste. Es wird auch noch zu untersuchen sein, ob SPD-Anhänger zu anderen Parteien gegangen sind, oder ob sie - und das ist mein Eindruck- gar nicht gewählt haben.

KONKRET: Sie gehen also davon aus, daß viele SPD-Wähler von 1972 gar nicht übergelaufen, sondern einfach zu Hause geblieben sind?

BÖRNER: Es gab - noch in den Wahlnächten - ganz schlaue Leute von Instituten, die alles ganz genau wußten. Und jetzt, wenige Wochen nach diesen Wahlnächten, liegen repräsentative Untersuchungen vor, die zeigen, daß die Herren Meinungsforscher mit ihren Wählerstrom-Analysen etwa die gleiche Trefferquote haben wie der deutsche Wetterdienst. Die Untersuchungen zeigen, daß wir es nicht verstanden haben, unsere Wähler so zu mobilisieren wie die CDU die ihren. Es ist uns nicht gelungen, die Bedeutung der Landtagswahlen unseren Anhängern deutlich genug zu machen - im Gegensatz zur Bundestagswahl 1972, als eine Polarisierung und Politisierung klar machte, worum es ging.

KONKRET: Wenn Polarisierung und Politisierung die SPD-Anhänger mobilisieren, müßte das SPD-Konzept für die kommenden Landtagswahlen doch schon klar sein?

BÖRNER: In der Situation von 1972 -Mißtrauensvotum gegen Willy Brandt, harte Auseinandersetzung um die Ostpolitik - waren Polarisierung und Politisierung eine Selbstverständlichkeit. Aber die Welt hat sich seitdem geändert, die SPD/FDP-Koalition regiert mit sicherer Mehrheit, die Ostpolitik ist mühsamer Alltag geworden wie wir es vorausgesagt haben - und kann heute nicht mehr der zündende Funke sein.

KONKRET: Was könnte denn der zündende Funke für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen sein?

BÖRNER: In den letzten Wochen haben Arbeitgeberverbände in der Tarifrunde Schlichtungsvorschläge abgelehnt. Ich hoffe, daß daran deutlich wird, daß die Verteilungskämpfe härter werden, und daß die Arbeitnehmer begreifen werden, daß nur die sozialdemokratische Partei und starke Gewerkschaften sie vor der Demontage ihrer sozialen Errungenschaften schützen können.

KONKRET: Wenn die SPD in Nordrhein-Westfalen verliert - Sie werden, Sie müssen jetzt sagen: sie verliert nicht; aber Sie können es doch nicht ausschließen -, dann verliert die Bonner Koalition ihre Mehrheit im Vermittlungsausschuß und das Regieren gegen den Bundesrat wird noch schwieriger. Wäre es dann nicht Zeit, an Neuwahlen zu denken?

BÖRNER: Ich will mich an Ihren Spekulationen nicht beteiligen, denn wir haben in Nordrhein-Westfalen eine gute Chance, zusammen mit der FDP die CDU zu schlagen.

KONKRET: Und wenn es doch nicht gelingt? Wird dann in Bonn trotzdem weiterregiert?

BÖRNER: Sie wollen mich jetzt durch die Hintertür zu einem Kommentar über eine verlorene Landtagswahl verlocken. Aber soviel läßt sich sagen: Das Mandat für Bonn wurde 1972 für vier Jahre gegeben. Diesem Mandat werden SPD und FDP nur gerecht, wenn sie vier Jahre lang versuchen, das zu verwirklichen, was sie den Wählern versprochen haben.

KONKRET: Ist nach den Ostverträgen und den verabschiedeten Sozialgesetzen der Fundus gemeinsamer Positionen von SPD und FDP nicht ausgeschöpft? FDP-Generalsekretär Bangemann hat in einem KONKRET-Interview erklärt, daß sich die Kluft zwischen Liberalismus und Sozialismus im Grundsätzlichen als genau so tief erweise wie die Kluft zwischen Liberalismus und Konservatismus. Wenn man nun sieht, daß die FDP den Mitbestimmungskompromiß immer wieder verwässern will, daß FDP-Minister Friderichs die Gewerkschaften aus der geplanten Bundesanstalt für Arbeit heraushalten

will, daß der FDP-Wirtschaftsexperte Lambsdorff Post, Bahn und Krankenhäuser reprivatisieren will . . . gibt es da überhaupt noch gemeinsame Positionen, aus denen man eine Regierungspolitik machen kann?

BÖRNER: Ich sehe das Bündnis zwischen SPD und FDP in größeren als den von ihnen angesprochenen tagespolitischen Zusammenhängen. Es wäre für die Geschicke unseres Landes gut, wenn dieses Bündnis über 1976 hinaus weitergeführt werden könnte, weil sonst ein konservativer Rückschlag auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens zu befürchten ist. Die FDP hat im Moment eine ganze Menge Bauchschmerzen, und es ist das gute Recht ihres Generalsekretärs, Abgrenzungen so vorzunehmen, wie er sie wahltaktisch für die FDP für richtig hält. Ich gehe davon aus, daß das, was verabredet ist, gemeinsam gemacht wird, und daß man nicht durch Zittern in der Stimme dem Wähler Festigkeit vortäuschen will.

KONKRET: Könnten Sie mal ganz konkret sagen, was denn nach der Mitbestimmung zusammen mit der FDP noch gemacht werden kann?

BÖRNER: Ich will Ihnen das etwas allgemeiner beantworten: Wir haben auch über 1976 hinaus eine ganze Menge gemeinsam zu leisten. Die Entspannungspolitik ist keine Frage, die bis 1976 gelöst werden kann. Die Kräfte der Reaktion sind immer noch stark, das beweist die Bundestagsdebatte über den Bericht zur Lage der Nation: Wer da bei der CDU/CSU das Sagen hatte! Die Bundesrepublik würde zwischen alle Stühle geraten, wenn Carstens, Hupka und Windelen die Bonner Außenpolitik zu machen hätten. Das geistige Leben in unserem Lande würde freiheitliche Grundsätze einbüßen, wenn die Praktiken, die die CSU in Bayern zum Beispiel in ihrer Rundfunkpolitik anwendet, auf das ganze Bundesgebiet übergreifen würden. Hier berührt sich unsere Auffassung von Geistesfreiheit mit der der FDP, und beide Parteien haben die Aufgabe, die im Grundgesetz verankerten bürgerlichen Freiheiten zu bewahren.

KONKRET: SPD und FDP müssen, wenn wir Sie richtig verstehen, über 1976 hinaus regieren, um bestehende Freiheiten zu bewahren, um selbst konservative Politik zu machen gegen die reaktionäre Politik derer, die sich konservativ nennen?

BÖRNER: Ja. Für mich ist konservativ kein Schimpfwort. Aber CDU heute - das heißt ja nicht Leisler Kiep, Blüm und Katzer, sondern Strauß, Carstens, Windelen und Hupka.

KONKRET: Die CDU hat die Bundesrepublik schon mal und ziemlich lange regiert, ohne etwas anzurichten, was man im Vergleich zur heutigen Situation totales Chaos nennen könnte. Warum sollte -wenn die SPD mit ihrem Partner keine Reformen mehr durchsetzen kann - nicht an einen Rückzug in die Opposition gedacht werden können?

BÖRNER: Seit 1969 haben sich die Gewichte in der CDU/CSU erheblich verschoben. Wir spüren deutlich, daß all das, was wir in zähem Kampf für die Arbeitnehmer errungen haben, von reaktionären Kräften wieder weggewischt würde, wenn diese CDU/CSU morgen an die Macht käme. Wenn man die Äußerungen von Herrn Schleyer, Herrn Sohl und Herrn Biedenkopf analysiert, weiß man, wohin dann die Bundesrepublik ginge.

KONKRET: Ihre Partei, Herr Börner, bietet trotz aller Appelle kein sehr einheitliches Bild. Zwar sind die Jungsozialisten seit Helmut Schmidts Regierungsantritt über die Maßen ruhig geworden, aber der Parteirechten, die sich jetzt in Jochen Vogels Lahnsteiner Kreis formiert hat, scheint das nicht auszureichen. Immer wieder wird dort der Ausschluß von Teilen der Parteilinken gefordert. Wie lange können eigentlich Leute, die dem Bund Freiheit der Wissenschaft angehören und dort mit dem CSU-Propagandisten Gerhard Löwenthal zusammenwirken, mit Leuten, die die Verstaatlichung der Banken fordern, noch in einer Partei zusammenarbeiten?

BÖRNER: Die SPD hat immer ein großes geistiges Spektrum gehabt, und das Schicksal des Bundesgeschäftsführers ist es, mit vielen Kreisen leben zu müssen -nicht nur mit dem Lahnsteiner Kreis, sondern auch mit dem Kurt-Schumacher-Kreis, dem Leverkusener Kreis, dem Frankfurter Kreis. Ich bin nicht der Schulmeister von Parteivorstands-Mitgliedern. Ich meine nur, daß die Erfahrungen des letzten Jahres alle dazu bringen müßten, sehr nachdenklich zu werden. Die, die Sie genannt haben, arbeiten schon seit einigen Wochen sehr solidarisch zusammen und das Durcheinander in den verschiedenen Meinungsäußerungen hat sich zugunsten aktiver politischer Arbeit vermindert. Es hat schwierige Diskussionen gegeben, aber wir lassen uns keine permanente Parteikrise von Leuten einreden, die daran ihre Füße wärmen wollen.

KONKRET: Tatsache ist, daß noch vor kurzem vom Lahnsteiner Kreis Parteiausschlüsse auf der Linken verlangt wurden.

BÖRNER: Die SPD ist eine Partei mit einer sehr deutschen Tradition. Deutsch heißt, auch Fehler gründlich machen. Wobei ich nicht grundsätzlich gegen Ausschlüsse bin. Aber es ist nicht meine Aufgabe und auch nicht Aufgabe irgendeines Vorstands, Entscheidungen von Schiedsgerichten vorwegzunehmen. Politische Klärungen sind immer besser als administrative Maßnahmen. Nur dann, wenn einer die Partei wirklich schwer geschädigt hat, muß er gehen. Da gibt's kein Pardon.

KONKRET: In den Jahren 1968 bis 1972 waren die Jungsozialisten täglich in den Schlagzeilen, zum Teil mit aggressiven Parolen. In diesen Jahren hat die SPD wichtige Wahlen gewonnen. Wir wollen gar nicht fragen, ob und welche Zusammenhänge da bestehen. Unbestreitbar sind die beiden Tatsachen.

BÖRNER: Aber Ihre Aufzählung soll suggerieren, Willy Brandt sei nur mit den Jungsozialisten Bundeskanzler geworden. Das ist doch eine Verzerrung der Wirklichkeit.

KONKRET: Mit der Gegenüberstellung wollten wir nur sagen: Aktive, in der bürgerlichen Presse zu Buhmännern gemachte Jungsozialisten und große Wahlerfolge der SPD schließen sich nicht aus.

BÖRNER: Ich habe auch nie gesagt, daß die SPD wegen der Jungsozialisten Wahlen verloren hat. Das waren wirtschaftliche Unsicherheiten und die schamlose Ausbeutung dieser Unsicherheit durch die Opposition. Entscheidend ist, daß heute das Durcheinandergerede aller Gruppen - und ich sage bewußt: aller Gruppen - in der Partei weniger geworden ist.

KONKRET: Kommen wir noch mal zur ominösen Tendenzwende, die ja nur eine Bildungsvokabel für Enttäuschung ist - Enttäuschung der SPD-Wähler von 1972, daß die Partei statt des versprochenen demokratischen Sozialismus jetzt nur noch Konjunkturkrisen-Management macht. Haben sich vielleicht nicht nur die SPD-Wähler, hat sich nicht auch die SPD Illusionen darüber gemacht, was in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung an Reformen möglich ist?

BÖRNER: Die SPD hat sich keine Illusionen gemacht, aber Politik machen ist -nach Max Weber- das Bohren dicker Bretter, und die Bretter sind dicker geworden. Deshalb müssen Erwartungen zurückgeschraubt werden. Aber gerade bei verkleinertem Kuchen wird die Frage gerechter Verteilung viel wichtiger als bisher. Das zentrale Problem in diesem Zusammenhang ist die Aufrechterhaltung sozialer Sicherheit.

KONKRET: Also der Kampf um die Senkung der Arbeitslosenzahl. Wird das nun das Wahlkampf-Thema Nummer eins der SPD in den kommenden Landtagswahlen?

BÖRNER: Sicher. Wir werden sagen, was wir getan haben und noch tun werden, und was die Opposition nicht tun will. Ich habe den Eindruck, daß in den Köpfen führender CDU/CSU-Politiker immer noch der Gedanke an eine industrielle Reserve-Armee spukt, mit der man das Lohnniveau drücken kann. Es gibt da offenbar Leute, die sich aus dem Fell der Arbeitnehmer Riemen schneiden wollen. Die Frage ist: Was dann, wenn nicht Helmut Schmidt, sondern Franz Strauß die deutsche Politik führen würde, was, wenn Herr Schleyer Wirtschaftsminister wäre?

KONKRET: Ja, was dann?

BÖRNER: Dann gute Nacht, Arbeitnehmer!

Konkret 03/75, S. 11

Alexander von Hoffmann

Hochachtungsvoll Floerke

SENAT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

SENATSAMT FÜR DEN VERWALTUNGSDIENST

PERSONALAMT

113.40-10/2.4,8

30. Dezember 1974

Herrn

2 H a m b u r g 50

Mit Postzustellungsurkunde

Sehr geehrter Herr !

Sie haben sich bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht um Zulassung zum juristischen Vorbereitungsdienst unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf bewerben.

Nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 des Hamburgischen Beamtengesetzes darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt.

Das Senatsamt für den Verwaltungsdienst ist über folgende Tatsachen unterrichtet worden:

Im Juni 1970 waren Sie verantwortlich für den Spartakus-AMS-Rundbrief. Ferner waren Sie Kandidat des Spartakus-AMS für das Studentenparlament im Sommersemester 1970 und Mitglied der DKP-Hochschulgruppe. Im Mai 1971 wurden Sie in den Kreisvorstand der DKP Kreis Einsbüttel gewählt. Im September 1971 wurden Sie auf der 2. Landesdelegiertenkonferenz als Mitglied des Landesvorstandes der DKP Hamburg gewählt. Im Juni 1972 waren Sie 1. Vorsitzender der DKP-Hochschulgruppe. Im Februar 1973 nahmen Sie an der Jahreshauptversammlung der DKP-Hochschulgruppe und an der Kreisvorstandssitzung der DKP Kreis Einsbüttel teil. Im September 1973 wurden Sie auf der Kreisdelegiertenkonferenz der DKP Kreis Einsbüttel zum ordentlichen Delegierten für die Landesdelegiertenkonferenz gewählt. Im Oktober 1973 wurden Sie in die Landesschiedskommission der DKP-Landesorganisation Hamburg gewählt. In den Landesvorstand wurden Sie nicht wieder gewählt.

Diese Tatsachen sind geeignet, Zweifel an Ihrem jederzeitigen Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung zu begründen. Ihnen wird hiermit Gelegenheit gegeben, sich bis zum 10.1.1975 schriftlich oder mündlich gegenüber dem Senatsamt für den Verwaltungsdienst zu den genannten Vorgängen zu äußern. Falls Sie eine mündliche Äußerung wünschen, werden Sie gebeten, sich vom Senatsamt für den Verwaltungsdienst unter der Rufnummer 36 81 410 einen Terrain geben zu lassen.

Hochachtungsvoll

Floerke

Der Brief des Hamburger Senatsamts für den Verwaltungsdienst wird hier nicht zu dem Zweck abgebildet, den darin behandelten Vorgang zu einem eigenen Fall zu machen oder auch nur die Hamburger Praxisbesondere hervorzuheben. Auch soll mit der Wiedergabe des Schreibens nicht in erster Linie das Prinzip der Berufsverweigerung aus politischen Gründen zum Thema gemacht werden. Daß beide, der Einzelvorgang wie das Prinzip, Gefahr für eine freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bedeuten, soll als Generalkonsens einmal vorausgesetzt sein.

Das Schreiben erschreckt gerade als Dokument einer schon eingefahrenen bürokratischen Routine der Entrechtung; als Beweis dafür -mußte er wirklichnocheinmal angetreten werden? - daß Freiheit durch die Einschränkung von Freiheit nie geschützt, sondern immer dem schleichenden Verfall ausgeliefert wird.

Da wäre zunächst einmal die Aufzählung der „Tatsachen", über die das Senatsamt „unterrichtet worden" ist - unterrichtet, da bedarf es keiner Recherche, vom Verfassungsschutz. Gewiß, nach den Bonner Enthüllungen über die Tätigkeit westdeutscher Geheimdienste, nach dem vom Verfassungsschutz munitionierten Anschlag auf die politische Karriere des Hamburger FDP-Abgeordneten Gerhard Weber rechnet jeder politisch irgendwie exponierte Bundesbürger ohnehin damit, observiert zu werden, aktenkundig zu sein. Aber dieser Agentenbericht als amtlicher Vorhalt unter dem Briefkopf der Freien und Hansestadt Hamburg macht das theoretisch für möglich Gehaltene zur schockierenden Erfahrung.

Seit 1970, viereinhalb Jahre lang, ist da ein Jurastudent auf Schritt und Tritt beschattet worden. Penibel, unermüdlich, mit Blick fürs kleinste Detail waren die anonymen Beamten und V-Männer stets zur Stelle, notierten, meldeten, ließen das Dossier wachsen. **Spartakus-Rundbrief,** DKP-Kreisverband Eimsbüttel, DKP-Hochschulgruppe, nichts entging ihnen. Diese Behörde, das wird ganz klar, arbeitet so erbarmungslos gründlich und unentrinnbar wie das Finanzamt oder die Verkehrssünderkartei. Nur: Ihr Geschäft sind nicht Steuern oder Strafmandate. Wer ihr vors starre Auge kommt, der denunziert sich am besten gleich selbst als Staatsfeind.

Weitergereicht wird der Agentenbericht „Hochachtungsvoll Floerke". Ohne Geschlecht, ohne Amtsbezeichnung, nahezu anonym. Dafür mit einem endlosen, undurchschaubaren Aktenzeichen (113.4010/2.4,8). Dies ist der zweite Schock, den das Schreiben auslöst: mit welcher banalen, gesichtslosen Behördenroutine hier bereits zu Werk gegangen wird. Als handle es sich um eine Schankkonzession, eine Baugenehmigung, einen Hundesteuerbescheid.

Aber darum handelt es sich eben nicht. Man muß sich einmal erinnern, wie es anfing 1971 /72: Damals, vor nur drei Jahren, gab es eine eifrige Auseinandersetzung um die Frage, ob der Radikalenerlaß verfassungskonform sei oder nicht. Zentrale Verfassungsprinzipien und Grundrechte, so argumentierten die Kritiker, seien durch den Erlaß verletzt, unter anderen diese:

- „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Niemand darf wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt werden" (Artikel 3, Grundgesetz)-
- „Die Freiheit des weltanschaulichen Bekenntnisses ist unverletzlich" (Artikel 4).
- „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten" (Artikel 5).
- „Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen" (Artikel 12).
- „Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte. Niemandem darf aus seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Weltanschauung ein Nachteil erwachsen" (Artikel 33).

Außerdem schien das Parteienprivileg (Artikel 21) verletzt sowie der seit langem etablierte Rechtsgrundsatz, allein das Bundesverfassungsgericht könne die Verfassungswidrigkeit einer Partei feststellen. Zugunsten des Radikalenerlasses konnten lediglich die Beamtengesetze des Bundes und der Länder ins Treffen geführt werden, und selbst die nicht eindeutig - eine, wie es schien, allzu dürftige Rechtsbasis gegenüber den zahlreichen, glasklaren Verfassungsgeboten.

Seither hat sich an dieser Rechtslage nicht das Geringste geändert, kein einziger Einwand wurde entkräftet oder ist gegenstandslos geworden. Nach wie vor steht das vom Staat beanspruchte Recht der Berufsverweigerung aus politischen

Gründen im schwersten Verdacht, grob verfassungswidrig zu sein. Geändert aber hat sich die Realität.

Die liberalen Hüter der freiheitlich demokratischen Grundordnung haben das Interesse verloren (vielleicht, weil vorerst hauptsächlich Kommunisten betroffen sind?). Als die öffentliche Diskussion einschlief, konnten die Erfinder des Radikalenerlasses dessen Anwendung erleichtert an die tüchtige, zuverlässige untere Ebene delegieren. Kein Minister, Senator, Staatssekretär brauchte sich mehr mit dem Ärgernis Berufsverbot zu befassen. Es wurde nun gewissenhaft und gedankenlos administriert wie die tausend anderen Zuständigkeitsbereiche der Behörden, wurde Verwaltungsroutine, von Schreibtisch zu Schreibtisch gereicht als Kleingeld der Bürokratie, wurde graue, unbeachtete Realität.

Landauf und landab werden Berufsverbote ausgefertigt, ohne viel nachzudenken. „In den Landesvorstand wurden Sie nicht wiedergewählt", schrieb Floerke aus dem Dossier des Verfassungsschutzes ab, und im nächsten Satz wird ihm diese Nichtwahl zu einer der Tatsachen, die Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers begründen - weil eben dieser Satz Schablone ist, Einheitstext, vorgedrucktes Formular. Einschränkung verfassungsmäßiger Rechte als Beamtenposse, und es wird nicht mal gegrinst, denn niemand nimmt es mehr zur Kenntnis.

Es muß auch befürchtet werden, daß der Briefschreiber sich der speziellen Qualität gerade dieses Schreibens gar nicht bewußt war - er drohte hier einem Bundesbürger nicht nur die Berufs-, sondern bereits die Ausbildungsverweigerung an. Der Staat hat ein Monopol auf die Ausbildung aller Juristen; verweigert er einem Absolventen der ersten juristischen Staatsprüfung die Aufnahme ins Referendariat, so versperrt er ihm den Zugang zu allen, auch den nichtstaatlichen juristischen Berufen, für die das Referendariat Voraussetzung ist - beispielsweise zum Anwaltsberuf. An dieser Stelle wird der dringende Verdacht des Verfassungsbruchs praktisch zur Gewißheit, aber Beamte erledigen das nebenbei in ihrem täglichen Verwaltungspensum, und niemand nimmt auch nur Notiz davon.

Der allgemeine Prozeß der Gewöhnung, das Einschlafen der Empörung, die Gleichgültigkeit gegenüber dem seit den Notstandsgesetzen sich ständig ausbreitenden Substanzschwund der Verfassung - hier liegt der Schrecken eines solchen Amtsschreibens.

Als gemeldet wurde, das Bundesverfassungsgericht wolle die Abtreibungsreform kippen, haben wir wieder viel Gesalbtes über die unantastbare Majestät des Grundgesetzes zu lesen und zu hören bekommen, zum Beispiel, daß jeder sich den ehernen Geboten der Verfassung zu fügen habe, auch wenn es einem mal nicht in den Kram paßt. Und derweil dürfen Tag für Tag weiter und immer mehr derartige Briefe geschrieben werden, auf Staatspapier - „Hochachtungsvoll Floerke".

Konkret 03/75, S. 13

Hans Matthöfer

Solidarität

„Hält es die Bundesregierung für angebracht, daß ein Angehöriger des Kabinetts das ehemalige Mitglied der chilenischen Volksfrontregierung, Clodomiro Almeyda, auf dem Flugplatz in Frankfurt empfängt, obwohl der Bundesregierung bekannt ist, daß die Staatsregierung von Baden-Württemberg sicherheitspolitische Bedenken hat?" So fragend versuchte ein weithin unbekannter CSU-Abgeordneter im Bundestag seinen Beitrag zur Belästigung jener chilenischen Demokraten zu leisten, die von der Junta, da sie nicht alle ermorden kann, verfolgt, gefoltert, in Lager und Gefängnisse gesperrt oder aus ihrer Heimat vertrieben werden.

Für die Bundesregierung antwortete am 23. Januar Herr Moersch, Staatsminister im Auswärtigen Amt: „Die Antwort lautet: Ja. Bei Herrn Clodomiro Almeyda, dem ehemaligen Außenminister der Regierung von Präsident Allende, handelt es sich um eine ebenso integre wie international hoch angesehene Persönlichkeit, an deren Schicksal neben der Bundesregierung und zahlreichen anderen Regierungen auch die Vereinten Nationen starken Anteil genommen haben . . . Die Bundesregierung hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß die chilenische Regierung Herrn Almeyda vor zehn Tagen die Ausreise nach Rumänien ermöglichte."

Mit solchen Antworten war der fragende ehemalige Staatsanwalt natürlich nicht abzuschütteln. Zusatzfrage: „Herr Staatsminister, hält es die Bundesregierung für politisch vertretbar, wenn sich ein Kabinettsmitglied in derart demonstrativer Weise als guter Freund dieses Mannes bekennt, obwohl ein Bundesland sicherheitspolitische Bedenken vorgetragen hat, die nicht widerlegt sind?"

Antwort von Herrn Moersch: „Das Bundesland Baden-Württemberg hat das ganz offensichtlich nicht getan, sondern hat mehrere Behauptungen aufgestellt, die durch die Tatsachen zu widerlegen sind . . . Ich möchte Sie, Herr Abgeordneter, doch bitten, auch in der Politik zu trennen zwischen dem, was politisch zu beachten ist, und den menschlichen Kontakten, die man pflegen kann, wie immer man im einzelnen zu politischen Fragen steht. Ich habe bisher den Eindruck gehabt, daß eigentlich auch in diesem Hause im allgemeinen die Neigung besteht, unabhängig von politischen Gegensätzen, die sicherlich hier vorhanden sind, persönliche Freundschaften nicht zu opfern."

Ich würde gern in den Beifall von SPD und FDP einstimmen, den das Protokoll an dieser Stelle verzeichnet, bestünde nicht die Gefahr, daß durch die notwendigerweise kurze Antwort der Sachverhalt in eine schiefe Optik käme. Gewiß, ich habe z. B. immer die stalinistische Methode für unmenschlich gehalten, jahrzehntelange persönliche Freundschaften in erbarmungslose Feindschaft umschlagen zu lassen, wenn der andere bei plötzlichen Kehrtwendungen der Partei aus dem Gleichgewicht kam. Aber es wäre falsch, mein Verhältnis zu Almeyda auf nur persönliche Gefühle reduzieren zu wollen. Mir ging es um mehr.

In der Literatur, in politischen Deklarationen und Entschließungen erscheint internationale Solidarität fast ausschließlich in Verbindung mit Wünschen und Forderungen nach mehr Demokratie, mehr Freiheit und mehr Gerechtigkeit. Die Ideen weltweiter Solidarität und des historischen Fortschritts bilden eine Einheit. Vielleicht, weil dies allen fortschrittlich denkenden Menschen als selbstverständlich erscheint, gerät ihnen die Tatsache allzu oft aus dem Blickfeld, daß auch und gerade die reaktionären Kräfte eine internationale Solidarität kennen.

Wie die Frage des CSU-Abgeordneten im besonderen und der Fall Chile im allgemeinen wieder einmal zeigen, begrenzen die Gegner der Demokratie und des Fortschritts ihre Aktionen keineswegs immer nur auf den jeweiligen nationalen Rahmen. Im Gegenteil: Die Kommunikation der Herrschenden war zu allen Zeiten besser als die der Unterdrückten. Reaktionäre Waffenbrüderschaften haben das Los der Menschheit auch in der jüngeren Geschichte weitaus nachhaltiger geprägt als alle Bemühungen um demokratische Solidarität. Die Einheit der progressiven und demokratischen Kräfte blieb bisher mehr eine Zielvorstellung, während die Einheit der Herrschenden, Unterdrücker, Profiteure und ihrer bewaffneten Helfer die Wirklichkeit kennzeichnete.

Waffenhilfe für Reaktionäre wurde stets still und wirkungsvoll organisiert, ohne Pressekampagnen, ohne aufwendige Gründung eines Hilfskomitees. Wer seinen Freunden helfen will, zu diesem Zweck aber erst bewußtseinsbildend wirken und ein Komitee gründen muß, offenbart damit, daß er am kürzeren Hebel sitzt. Die Mächtigeren brauchen so etwas

bestenfalls zum Schein. Weltweit gesehen sitzen die Demokraten aller Länder noch am kürzeren Hebel. Daß sie demokratische Hilfsorganisationen brauchen, ist nur ein Ausdruck davon.

Gerade der Fall Chile bildet - wie damals übrigens auch der Bürgerkrieg in Spanien - einen klassischen Testfall für die Strukturen internationaler Beziehungen, für die Arbeitsweise und die Wirksamkeit der beiden Hauptarten grenzüberschreitender Solidarität. Ich wollte durch die Begrüßung meines Freundes Almeyda zeigen, wie wohl der Fragesteller auf seine Weise auch, auf welcher Seite der, weltweiten Auseinandersetzung .ich stehe: Auf der Seite der Demokraten. Es wäre zu wünschen, daß es uns gelingt, die internationale demokratische Solidarität ähnlich wirkungsvoll zu organisieren, wie es bei den Antidemokraten und ihren Freunden seit langem der Fall ist.

Konkret 03/75, S. 14

Franz-Carstens Stoltenkohlkopf oder: Mir nach, wer weiß den Weg?

KONKRET-Dokumentation

Noch vor wenigen Wochen klebten CDU-Kolonnen Plakate: „Der Erfolg der CDU/CSU im Steuerstreit: Steuererleichterungen! Für 1975 über 13 Milliarden Mark." Die Plakate hingen noch, da erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende Karl Carstens, seine Fraktion sehe ihre Auffassung bestätigt, daß die Steuerreform erhebliche soziale Härten enthält und zu keiner Vereinfachung führt." Zu gleicher Zeit wurde CDU-Schatzmeister Walter Leisler Kiep für seinen Besuch in der DDR-Hauptstadt gebeutelt. Fraktions-Außenpolitiker Werner Marx und der CSU„Bayernkurier" fanden die Reise töricht". Der CDU-Vorsitzende Kohl forderte alle Mitbürger auf, in die DDR zu reisen „um sich ein umfassendes Bild vom anderen Teil Deutschlands machen zu können".

Zur Mitbestimmung fordern die CDU Sozialausschüsse links an der Koalition vorbei die paritätische Mitbestimmung nach Montan-Art. Die CDU-Führung beharrt auf ihren Hamburger Beschlüssen: Gar keine Parität. Der CDU-Mittelstandsflügel hat noch ein drittes Modell entworfen.

Anfang Oktober 1974 beschlossen die Präsidien von CDU und CSU in einer gemeinsamen Sitzung, der Sozialausschuß-Flügel dürfe entgegen den Hamburger Beschlüssen im Bundestag für das Montan-Modell stimmen (um **FDP und SPD** auseinanderzutreiben). Ein paar Tage später erklärte der Chef des CDU-Wirtschaftsrats Philipp von Bismarck, er werde dem CDU-Vorsitzenden Kohl klarmachen, daß Unternehmen für die CDU kein Geld mehr spenden, falls die Partei Hans Katzers Montan-Modell folge. Anfang Januar forderte der CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf die Bundesregierung auf, den Entwurf eines Mitbestimmungsgesetzes überhaupt zurückzuziehen. Der Entwurf enthalte zu viele Widersprüche und Ungereimtheiten (Biedenkopf sprach vor der Industrie- und Handelskammer Rheinhessen). Vier Monate später warf derselbe Biedenkopf der Bundesregierung vor, sie habe aus ihrem Regierungsprogramm „alle wirklich großen und schwerwiegenden Fragen ausgeklammert". Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Gerhard Stoltenberg registrierte befriedigt, die Regierungserklärung des Kabinetts Schmidt gebe wichtige Versprechungen des Kabinetts auf. Nochmal sieben Monate später forderte Biedenkopf die Bonner Koalition auf, sie solle „auf alle Reformprojekte von der beruflichen Bildung bis zur Vermögensbildung" verzichten. Und zur selben Zeit meldete sich auch Stoltenberg wieder: Gebrochene Versprechungen der SPD und FDP vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik hätten die Wähler schwer enttäuscht. Die Bundesregierung solle nun „ihre Entwürfe auf den Gebieten Mitbestimmung, berufliche Bildung, Presserecht von Grund auf verbessern."

In der Konjunkturpolitik setzte Karl Carstens die Prioritäten. Zum Beispiel am 20. 12. 1973: „Die Hauptsorge muß nunmehr der Erhaltung der Arbeitsplätze gelten." Oder am 1. 9. 1974: „Wir haben -lange bevor die Bundesregierung das tat -gefordert, daß die Wiederherstellung von Geldwertstabilität die erste Priorität haben müsse." Noch etwas später entstand in Carstens' Bonner CDU/CSU-Fraktion ein „Strategiepapier zur Wirtschaftslage", das forderte, daß vorübergehend eine höhere Zahl von Arbeitslosen im Interesse der Stabilität hingenommen werden müsse. Was den CDU-Vorsitzenden Kohl nicht daran hinderte, den ‚Stopp der Arbeitslosenentwicklung" als das „wichtigste Ziel" zu bezeichnen.

Kohl erklärte auch, die CDU habe kein Patentrezept, mit dem in der Bundesrepublik wieder eine Stabilität des Geldes und der Wirtschaft erreicht werde: „So etwas läßt sich nun einmal nicht aus der Hüfte schießen." CSU-Chef Strauß aber kann's. Auf die Frage „Welche Inflationsrate hätten Sie garantieren können?" antwortete er: „Wenn ich einmal die Ölkrise und ihre Konsequenzen außer Ansatz lasse, wäre es um vier Prozent möglich gewesen."

Das war Strauß im März 1974. Im November wußte er's besser: „Die Energiekrise hat zur Arbeitslosigkeit und zur Zerrüttung der Staatsfinanzen bis jetzt überhaupt nichts beigetragen."

Während Generalsekretär Biedenkopf feststellte, „daß so vitale Fragen wie die Versorgung der europäischen Wirtschaft mit Rohstoffen, die Bewältigung der inflationären Entwicklung und der Arbeitslosigkeit auf nationaler Ebene nicht lösbar sind", erklärte Parteichef Kohl: „Ursache der Rezession ist die binnenwirtschaftliche Entwicklung."

Wäre sie den CDU/CSU-Wünschen gefolgt, hätte die Bundesregierung von Mitte 73 bis heute folgende Konjunktur-Politik treiben müssen:

· Im Juni 73 hätte sie durch die Einführung eines allgemeinen alle Steuerpflichtigen treffenden Konjunkturzuschlags die Kaufkraft „von der breiten Bevölkerung abschöpfen" müssen (Forderung: Strauß).

· Im September 73 hätte sie Steuerentlastungen schon zum 1. Januar 74 in Kraft setzen müssen (Forderung: Strauß: Wir haben es satt daß man von den Steuereinnahmen, die Inflationspolitik, die man als Reformen bezeichnet, finanziert.")

· Im Mai 1974 hätte die Bundesregierung keine Steuererleichterung mehr beschließen dürfen (Forderung Kohl: „Wer ja sagt zu Reformen, muß ja sagen zu Opfern. Man kann nicht Steuern senken und gleichzeitig Reformen versprechen . . .")

· Im selben Monat hätte man das stramme Stabilitätsprogramm nicht lockern dürfen (Forderung Stoltenberg: „Ich teile die Auffassung, daß es zu früh in entscheidenden Punkten aufgehoben wurde." Man hätte das stramme Stabilitätsprogramm aber lockern müssen (Forderung Stoltenberg: Man müsse überprüfen, ob die Bundesbank ihre Kreditbremsen nicht lockern sollte.)

· Die Bundesregierung hätte die ständig wachsende Steuerquote reduzieren müssen (Forderung Stoltenberg). Gleichzeitig - alles Mai 74 - hätte die Bonner Koalition der Stabilität Vorrang vor den Arbeitsplätzen geben müssen (Forderung Stoltenberg: „Eine konsequente Stabilitätspolitik schafft ein begrenztes Beschäftigungsrisiko.")

· Und noch im selben Monat hätten die Steuern gesenkt werden müssen (Forderung Stoltenberg: „Die CDU/CSU-Fraktion wird auf einer dauerhaften, echten Entlastung für den Steuerzahler bestehen").

· Im Juli 74 hätten die Mehrwertsteuer für die Bauern und die Kfz-Versicherungsprämien gesenkt werden müssen (Forderung Stoltenberg).

· Im August hätte die Bundesregierung die „privaten Investitionen" durch Steuererleichterungen für Firmen, die in der Verlustzone arbeiten, „anheizen" müssen (Forderung Strauß). Gleichzeitig hätten schnelle Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur und zur Sicherung der Arbeitsplätze ergriffen werden müssen - Senkung der Mehrwertsteuer für Autos, Fernsehgeräte, Kühlschränke, Elektroherde, Geschirrspülmaschinen und Textilien (Forderung Hermann Höcherl. Gesamtwert der Strauß/Höcherlschen Spritzen: 9,7 Milliarden Mark).

· Ende August hätte die Stabilitätspolitik wieder voll eingeführt werden müssen (Forderung Stoltenberg: Der Zeitpunkt für einen grundlegenden Kurswechsel sei noch nicht gekommen, ein Umschalten auf Expansion würde die Inflationsrate wieder stark ansteigen lassen).
Es gab auch Gemeinsamkeiten im August: Höcherl und Stoltenberg warfen der Bundesregierung gemeinsam vor, sie habe durch schwere Fehler die derzeitige wirtschaftliche Situation herbeigeführt.)

· Im September hätte die Bundesregierung ein gezieltes Konjunkturstützungsprogramm für die Bauwirtschaft beschließen müssen (Forderung CSU). Am 21. September forderte Stoltenberg von der Bundesregierung „endlich eine in sich geschlossene und glaubwürdige Politik".)

· Im November hätte die Bonner Regierung die Konjunktur ankurbeln müssen - mit einem Investitionsstoß von unbestimmter Höhe. (Kohl: Drei Milliarden reichen nicht aus, „um die Krise zu meistern", Stoltenberg: Drei Milliarden sind „zu aufgeblasen")

· Im Oktober hätte die Bundesregierung dann alle Maßnahmen zur Konjunkturbelebung zurücknehmen und wieder voll in die Bremsen steigen müssen (CSU-Zimmermann: „Unzureichende Dämpfungsmaßnahmen in der Stabilitätspolitik.") Der Zentralbankrat hätte zugleich die Zinsen herab- (Forderung Bethmann) und wieder hinaufsetzen müssen (Forderung Biedenkopf).

· Im Januar 75 schließlich hätte die Bundesregierung Vollgas geben müssen (Stoltenberg: Die Konjunkturmaßnahmen der Bundesregierung reichen nicht aus).

· Mitte Januar hätte sie Steuererhöhungen planen müssen (CDU-Haushaltsexperte Albert Leicht: Massive Erhöhung der Mehrwertsteuer oder sonstige einschneidende Eingriffe würden zwangsläufig notwendig). Sie hätte es bloß nicht tun dürfen (Forderung Stoltenberg: „Klarer Verzicht der Regierung auf weitere Steuererhöhungen").

Das Chaos der CDU/CSU-Forderungen fiel selbst den eigenen Mannen auf. Hermann Höcherl klagte: „Die Vielzahl von finanzwirksamen Vorschlägen aus den Unionsparteien versetzt uns zunehmend in Widerspruch zu unserer Stabilitätspolitik." Matthias Wissmann, der alt-kluge Vorsitzende der Jungen Union war so frei, der CDU Konzeptionslosigkeit in der Wirtschaftspolitik vorzuwerfen, und der nordrhein-westfälische CDU-Führer Heinrich Koeppler schlug vor, das Durcheinander durch die Bestellungen nur eines wirtschaftspolitischen Sprechers einzudämmen.

Da meldete sich schon wieder Franz Strauß, um „die riesige Staatsverschuldung" als „eine dauernde Quelle" für Inflation und Unsicherheit bloßzustellen und die Bundesregierung aufzufordern, damit Schluß zu machen. Gerhard Stoltenberg aber sagte: Für die Finanzierung der Konjunkturspritzen gebe es „keinen anderen Weg als eine Zunahme der Staatsverschuldung". Auch Kohl mußte seinen dazugeben: Die Zunahme der Staatsverschuldung sei in diesem Jahr „ausnahmsweise" vertretbar, sonst aber habe Strauß recht.

Für Hans Katzer war der Erpresserbrief der Arbeitgeberverbände zur Berufsbildung „schlicht skandalös": Im Prinzip bestehe völlige Übereinstimmung zwischen der programmatischen Forderung der CDU und den Plänen der Bundesregierung. Die Mittelstandsvereinigung der CDU (früher: Gwandt-Orchester) begrüßte den Arbeitgeber-Brief,

Hermann Höcherl nannte den Berufsbildungsplan der Bundesregierung einen „öffentlichen Unruhestifter".

Das wären - alles in allem - zwei lebhafte Wirtschaftsjahre geworden. Aber wie sagt Stoltenberg: Wir brauchen wieder eine Atmosphäre des Vertrauens, aus der die notwendigen Investitionen erfolgen können." Und da widerspricht auch Strauß nicht: „Unser Staat befindet sich in einer Vertrauenskrise." Selbst Biedenkopf kann da zustimmen: Erst wenn sich die Bundesregierung von den „die Unternehmer diffamierenden Beschlüssen des SPD-Parteitages distanziert, kann wieder Vertrauen bei der Wirtschaft einkehren".

Vertrauen? Vertrauen ist schon gut. Kontrolle wäre besser.

Konkret 03/75, S. 16

Geradezu kriminell

KONKRET-Serie Student '75, 2. Teil: Die soziale Lage der Studenten

Die Lehrer-Studentin Claudia Schütte (24) schläft mittags bis halb zwei.

Wir haben sie auf dem Campus der Hamburger Uni getroffen. Uns interessiert, wie Studenten heute leben und wovon, wie sie arbeiten und was. Also Verabredung mit Claudia, also erst am Nachmittag: „Ich jobbe nämlich ab und zu als Nachtwache in der Kinderklinik. Komme erst morgens um acht nach Hause."

Nach Hause, das ist eine schöne 7 ½-Zimmer-Wohnung in der Sierichstraße, in Hamburgs nobler Alster-Gegend (das Anwesen des korruptionsverdächtigten CDU-Abgeordneten Gewandt liegt gleich nebenan). Dementsprechend ist die Miete: 1 300 DM. Trotzdem, Claudia, ihr Freund Holger (25) und ihr dreijähriger Sascha waren „unheimlich froh", als sie hier vor ein paar Wochen einziehen konnten. Holger: „Ein dreiviertel Jahr mußten wir suchen. Vorher haben wir in einem Abbruch-Haus gewohnt, hatten nur einen befristeten Mietvertrag und mußten raus."

Jetzt teilen sie sich die Wohnung mit einer befreundeten Familie (er Lehrer, sie Psychologin, ein Kind) und einem weiteren Bekannten (ebenfalls Lehrer). Eine Wohngemeinschaft, wie sie sich nach einer Infratest-Umfrage jeder vierte Student wünscht, wie sie aber nur von 12 Prozent praktiziert werden kann.

Die herrschaftliche Gründerzeit-Behausung bietet ideale Voraussetzungen: Jeder hat sein eigenes Zimmer, auch die Kinder; der Haushalt wird gemeinsam geführt, vom Einkauf bis zur großen Wäsche; alle fixen Kosten werden aufgeteilt, von der Telefon-Grundgebühr bis zur Miete. Für Claudia und Holger beträgt sie je 200 Mark. „Das ist inklusive", sagt Claudia, „und darum werden wir jetzt wohl mehr zahlen müssen: Der Strompreis ist von 11 auf 12,5 Pfennig gestiegen, der Gaspreis von 35 auf 42 Pfennig pro Kubikmeter, die Zählergebühr von 9 auf 23 Mark, der Wasserpreis von 81 Pfennig auf 1,15 Mark. An anderen festen Ausgaben kommt dann noch die Krankenversicherung dazu (soll auch teurer werden) und die U-Bahn-Monatskarte, die gerade um 3,50 auf 24 Mark gestiegen ist."

Frage: „Und wovon lebt ihr?" Holger: „Claudia und ich kriegen beide voll Bafög, also jeder 500 Mark im Monat." Und damit sind die beiden im Verhältnis zur Mehrheit der Studenten noch gut dran. Denn nur rund 18 Prozent erhalten ein staatliches Stipendium von 500 Mark (wovon 80 Mark als Darlehen gewährt werden) nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz, dem Bafög.

Für Sascha bekommt Claudia allerdings keinen Pfennig: „Studenten-Kinder kommen im Bafög nicht vor." 35 000 gibt es von ihnen. Claudia: „Klar, daß wir uns da keine großen Extras leisten können. Der einzige Luxus ist eigentlich 'ne Monatskarte für die Schwimmhalle: 18 Mark." Und ohne einen Job würden die beiden kaum zurecht kommen. Für Claudia bringen zweimal Nachtwache im Monat rund 160 Mark, bei einem Stundenlohn von 7,45 DM.

Auch hiermit steht sie besser da als viele andere. Das Angebot an Studenten-Jobs ist im Vergleich zu 1973 um 80 Prozent zurückgegangen. „Ich kann die Stelle auch nur behalten, weil ich sie schon seit drei Jahren habe. Neue Nachtwachen werden nicht eingestellt. Im Sommer haben Holger und ich immer bei der Post gearbeitet. Das wollten wir jetzt in den Weihnachtsferien auch, aber man hat uns gesagt, daß keine Urlaubsvertretungen mehr genommen werden. Für den gesamten Öffentlichen Dienst hat der Hamburger Senat einen Stellen-Stop verfügt. Unsere Ferien-Jobs sind also hin."

Daß es den beiden im Vergleich zu den meisten ihrer Kommilitonen immer noch relativ gut geht, verdanken sie der Tatsache, daß Sascha im einzigen Uni-Kindergarten von ganz Hamburg einen Platz bekommen hat. Dieser Kinderladen erhält zwar Zuschüsse von Behörde und Studentenwerk, sodaß die Monatsgebühr nur neun Mark beträgt, hat aber nur 20 Plätze. Rund hundertmal größer ist Zahl der Hamburger Studenten-Kinder.

Einen Tag in der Woche haben die Eltern zusammen mit einer ausgebildeten Erzieherin im Kinderladen Dienst. Wenn Sascha nachmittags nach Hause kommt, kümmern sich Claudia und Holger abwechselnd um ihn, zum Studium bleibt also gerade noch Zeit. „Wenn wir allerdings schon die Regelstudienzeit nach dem Hochschulrahmengesetz hätten", sagt Claudia, „wären wir vor einem Semester von der Uni geflogen."

Höchstens acht Semester Studiendauer sieht eine Prüfungsordnung für das Höhere Lehramt (HL) vor. Claudia und Holger sind beide im neunten, ihre Examen werden sie frühestens in anderthalb Jahren schaffen. Holger: „Das ist aber gar nichts Ungewöhnliches. In Hamburg ist die durchschnittliche Studienzeit für HL-Lehrer 11 1/2 Semester, ähnlich in den übrigen Fächern. Und sie steigt ständig. Nicht weil die Studenten dümmer oder fauler würden; aber Geld verdienen müssen die meisten, und die Zeit dafür muß hinten dran gehängt werden." Ob sie nach Abschluß ihrer Ausbildung allerdings gleich einen Lehrerposten bekommen, wissen Claudia und Holger nicht: „Der Stellenstop für den Öffentlichen Dienst gilt auch in den Schulen, das heißt, daß jetzt etwa 700 Lehrer nicht eingestellt werden."

Laut Infratest haben die Studenten im Durchschnitt eine 41-Stunden-Woche für ihr Studium. Aber jeder zweite Hochschüler muß zusätzlich noch jobben. Und das ist nur gut so, sagte der Kanzler dem „Hamburger Abendblatt", das sollten sie künftig „in stärkerer Weise" tun. Wie sie das bei über einer Million Arbeitslosen und Kurzarbeit anstellen sollen, selbst wenn sie wollten, hat Helmut Schmidt den Springer-Redakteuren nicht erzählt.

Schmidt tut so, als habe es nie einen „Bericht der Bundesregierung über die wirtschaftliche und soziale Sicherung des Studiums" gegeben. Dort hieß es nämlich noch ein halbes Jahr zuvor: „Der notwendige Lebensunterhalt und die Ausbildungskosten sind durch gesetzliche Ausbildungsförderung sicherzustellen, soweit der Student, seine Eltern oder sein Ehegatte hierzu nicht aus eigener Kraft in der Lage sind." Und weiter: „Die Erwerbstätigkeit der Studenten darf nicht regulärer Bestandteil der Studienfinanzierung sein."

Sie ist es aber doch. In eben diesem Bericht beziffert die Bundesregierung selbst die Lebenshaltungskosten eines Studenten auf mindestens 584 Mark. Und das Deutsche Studentenwerk ermittelte für 1974 einen kostendeckenden Betrag von 660 Mark. Papperlapapp. Einer, der es wissen muß, sagt: „Von 350 Mark Bafög kann man gut studieren." (NRW-Finanzminister Wertz gegenüber Studentenvertretern).

Tatsächlich müssen 42 Prozent aller ledigen Studenten mit einem Existenzminimum von weniger als 400 DM monatlich auskommen (ein Betrag, der weit unter der Bedürftigkeitsgrenze der „Wohlfahrt" liegt). Und in diesem Zusammenhang wirkt diese Meldung alles andere als komisch: Ein Wiege-Computer hat ermittelt, daß die Studenten als einzige Bevölkerungsgruppe in der Bundesrepublik Untergewicht haben.

So sehen die Geldverhältnisse im einzelnen aus:

Durchschnittliches Monatseinkommen

DM Studierende

unter 300 17 %

301 -400 20 %

401-500 30 %

501-600 16 %

601-800 8 %

801-1000 4 %

1001 u. mehr 6 %

Der Durchschnittsstudent hat also im Monat 435 DM in der Tasche.

Die Anhebung des Bafög-Höchstsatzes von 420 auf 500 DM im Juli vorigen Jahres konnte nicht einmal die Inflationsverluste seit 1971, seit dem Inkrafttreten des Förderungsgesetzes ausgleichen (zumal die meisten Studenten mit ihren Ein-Personen-Haushalten von den Preissteigerungen überdurchschnittlich betroffen sind). Denn die Höhe der Förderung richtet sich nach dem elterlichen Einkommen. Der volle Satz wurde zunächst nur bis zu einem Netto-Verdienst der Eltern von 800 Mark gezahlt. Da diese Freibetragsgrenze aber nun auf 960 Mark angehoben wurde und Löhne und Gehälter in den letzten Jahren nominell zwar prozentual ähnlich stiegen, der Real-Lohnanwachs hierzu jedoch in keinem Verhältnis steht, sinkt die Zahl der Bafög-Empfänger, sinkt der reale Bafög-Wert.

Was soll's. Noch einer, der's wissen muß, meint: „Es ist nicht nötig, daß die Studenten in den Ferien nach Mallorca fahren" (Ex-Wissenschaftsminister Dohnanyi).

Kürzlich hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Westberlin errechnet, daß der durchschnittliche Förderungssatz durch die Novellierung von 258 Mark im Jahre 1973 auf 263 DM im vorigen Jahr gestiegen ist. Man vergleiche mit der Inflationsrate und vergesse nicht, daß laut Bundesregierung eine neuerliche Bafög-Novellierung in den nächsten zwei Jahren nicht drin ist.

Der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) stellt in einem soeben veröffentlichten „Bericht zur sozialen Lage der Studenten" fest: „Die Novellierung trifft vor allem diejenigen, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft nur unter größten finanziellen Schwierigkeiten zur Hochschule gelangen können. Ganz offen wird erklärt, daß man vom ‚Anspruchsrecht auf Bildung`, vom Recht auf Bildung für jeden, auch für die Kinder der Arbeiterklasse, ‚herunterkommen` (Kultusminister Maier, Bayern) will. Deshalb soll und wird die schrittweise Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten weiter dazu beitragen, der arbeitenden Bevölkerung eine wissenschaftliche Ausbildung zu verwehren. Die ‚Bildungsbereitschaft` soll damit auf ein erträgliches Maß, auf das ‚finanziell Machbare` (wie es im Bildungsgesamtplan heißt) zurückgestuft werden. Deshalb hat es auch in der Struktur der sozialen Herkunft der Studenten kaum Verschiebungen gegenüber früheren Jahren gegeben."

Und so sieht diese Sozialstruktur nach der Infratest-Untersuchung aus:

Kinder von unter den	Anteil der Eltern an der
Studenten	Wahlbevölkerung
Beamten	13 % 7 %
leitenden Angestellten	26 % 9 %
Selbständigen und Freiberuflichen	13 % 4 %
unteren und mittleren Angestellten	21 % 21 %
kleinen Selbständigen	8 % 7 %
Landwirten	4 % 6 %
an- und ungelernten Arbeitern	4 % 18 %
Facharbeitern	9 % 21 %

Zur weiteren Verschlechterung dieses Verhältnisses zu Ungunsten der Kinder aus Arbeiterfamilien führt neben dem undemokratischen System der Ausbildungsförderung die verschärfte Zulassungsbeschränkung, der „Numerus Clausus". Bis 1977 wird der „NC" für alle Fächer an allen Hochschulen der Bundesrepublik erwartet. In zehn Jahren, so wird geschätzt, werden rund 135 000 Studenten ohne Studienplatz sein. Zudem plant die Koalition, das Abitur als Studien-Legitimation durch besondere Hochschulzugangsprüfungen zu ersetzen bzw. zu ergänzen. Einer dann zu erwartenden „Abiturienten-Schwemme" baut die CDU/CSU heute schon vor: „Es ist geradezu kriminell, alle Gymnasiasten das Abitur machen zu lassen" (der bayerische Kultusminister Hans Maier gegenüber der Münchner „tz"). In Baden-Württemberg zum Beispiel ging nicht zuletzt aufgrund solchen Geredes die Zahl der Studienbewerber aus Arbeiterfamilien im vorigen Jahr bereits um 50 Prozent zurück.

Dabei müssen selbst Maiers Partei-Kumpane im Bundesverfassungsgericht immer wieder die zumindest teilweise Grundgesetzwidrigkeit der Zulassungsbeschränkung feststellen. Und jedesmal, wenn Gerichte einem abgewiesenen Bewerber einen Studienplatz zusprechen, kommt in Dortmund das Amt, das den Verfassungsbruch verwaltet, durcheinander: Die Zentralstelle für Studienplatzvergabe (ZVS).

Rund 55 000 Anträge hatte sie in diesem Frühjahr zu bearbeiten, darunter 35 000 für Studiengänge mit bundesweiter Zulassungsbeschränkung. Das sind die Fächer Bauingenieurswesen, Biochemie, Biologie, Chemie, Elektrotechnik, Haushaltsund Ernährungswissenschaft, Lebensmittelchemie, Medizin, Pharmazie, Psychologie, Tiermedizin und Zahnmedizin. Hierfür waren insgesamt nur 7 500 Studienplätze zu vergeben; vier von fünf Bewerbern erhielten also eine Absage.

Für einen Studienplatz per Tausch werden bereits Tausende von Mark geboten. Die CSU kennt noch ein anderes probates Mittel, um Kapazitäten frei zu machen: „Stoppt die roten Fahnenträger an den Universitäten. Wir müssen diese Kräfte eliminieren. Andere Studenten warten schon lange auf ihre Studienplätze" (Richard Stücklen).

Und wie geht's denen, die eine Studienmöglichkeit erhalten haben? Sie drängeln sich auf Fensterbänken, weil die Seminarräume überfüllt sind, sitzen zu 200 in Einführungskursen. An der Pädagogischen Hochschule in Oldenburg kommen zum Beispiel auf einen Dozenten 190 Studenten. (Es gibt in der Bundesrepublik aber auch staatliche Hochschulen, denen solch ein Mangel fremd ist, in denen im Durchschnitt ein Dozent 12 Studenten zu unterrichten hat: die Bundeswehr-Hochschulen in Hamburg und München.)

An einen Ausbau der allgemeinen Bildungseinrichtungen wird nicht mehr gedacht. Im Gegenteil. In Nordrhein-Westfalen etwa wurden jüngst die Mittel für den Hochschulbau um 40 Millionen gekürzt (gleichzeitig bekam die Ruhrkohle AG just 40 Millionen Subventionen zugeschanzt.)

Ideologisch werden diese Kürzungen vor allem mit Sprüchen vom „Lehrer-Berg" verbrämt. So behaupten die Finanzminister der Länder: „Bis 1985 gibt es einen Überschuß von mindestens 195 000, möglicherweise sogar 300 000 Lehrern." Tatsache aber ist, daß heute schon - will man europäische Maßstäbe an Ausbildungsqualität und Klassenfrequenzen anlegen und die dringendsten Schulreformen (ohne obligatorisches 10. Schuljahr) durchführen - 300

000 Lehrer fehlen. So jedenfalls die Berechnungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Ihr Vorsitzender, Erich Frister: „Die Situation mutet fast grotesk an."

Der DGB fordert eine Anhebung der Bildungsausgaben auf 8 Prozent des Bruttosozialprodukts, ein Satz, den Schweden zum Beispiel schon vor drei Jahren erreicht hat. Bei uns lag er 1974 bei 4,9 Prozent.

Und wo das Geld für diese Steigerungen hergenommen werden soll, sagen die Gewerkschaften auch: „Eine auf Entspannung gerichtete Politik muß dazu führen, daß bisher für Rüstung und Rüstungsforschung benötigte Mittel dem Ausbau der Infrastruktur und besonders dem Bildungswesen zur Verfügung stehen." (‚Bildungspolitische Vorstellungen" des DGB-Bundesvorstands). An den Hochschulen ist es längst zum Denksport geworden, auszurechnen, welcher Engpaß an welchem Institut durch den wievielten Bruchteil der 1,2 MRCA-Entwicklungs-Milliarden beseitigt werden könnte. Nicht nur Studenten rechnen mit: Immer mehr Fachbereiche einschließlich ihrer Professoren, immer mehr Hochschul-Leitungen stellen sich hinter die Abrüstungsforderung. Und wenn sie damit auf die Straße gehen, finden sie oft Unterstützung. Auch der „Stern" hat kürzlich ermitteln lassen: 58 Prozent aller Bundesbürger sind für eine Senkung der Rüstungslasten.

Der VDS verlangt darüber hinaus die „Beschneidung von Konzernprofiten" und wirksame Maßnahmen gegen Steuerflucht und andere Wirtschaftskriminalität.

Die Studenten durchforsten Staatshaushalte und Konzern-Bilanzen und basteln minutiöse Finanzierungspläne zusammen, deren Geldquellen von der Streichung des Begrüßungsgelds für ‚Zonen-Omis` bis zum Subventions-Stop für Großunternehmen reichen. So will zum Beispiel der Hamburger Spartakus im Etat der Freien und Hansestadt durch Streichung des Postens „Amt für Verfassungsschutz" 2 155 000 Mark locker machen, 2 592 000 durch „Herabsetzung der Rückgaben der Totalisatorsteuer an die Rennvereine", 61 400 durch Einsparung an Futterkosten und 19 800 durch Einsparung von Hufbeschlagskosten für Polizei-Pferde.

Auf keinen Fall- und auch hier sind sich DGB und VDS einig- darf die Bildungsfinanzierung zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung gehen (wie zum Beispiel von der CDU und ihrem Studentenverband mit der Einführung einer Bildungssteuer vorgesehen):

„Gemeinsam gegen Inflation - für mehr Bafög, für mehr Lohn" oder: „Wir holen uns die Kohlen von den Monopolen!" - unter diesen und ähnlichen Parolen haben im vergangenen Jahr weit über 40 000 Studenten mit einem Sternmarsch auf Bonn als kleinen Teilerfolg die Bafög-Erhöhung auf 500 Mark durchgesetzt. Doch glücklich werden konnten sie damit nicht; denn erstens ist selbst dieser Höchstsatz längst nicht mehr kostendeckend, sind zudem durch den niedrigen Elternfreibetrag viel zu wenig Studenten förderungsberechtigt, und zweitens werden die 80 Mark Erhöhung nur als Zwangs-Darlehen gezahlt. Das bedeutet, daß sich ein Student nach acht Semestern einem Schuldenberg von 3 840 DM gegenübersieht; dauert sein Studium länger, muß er gar den gesamten monatlichen Förderungsbetrag zurückzahlen.

Kommentar des VDS: „Die nachteiligen sozialen Folgen der Darlehensförderung werden noch verstärkt durch den vorgesehenen Teilerlaß der Rückzahlung innerhalb von zwei Jahren nach Beendigung der Ausbildung. Von dieser Regelung wird ein unzulässiger Druck auf die Absolventen bei der Wahl ihrer Arbeitsplätze ausgehen. Das Beispiel Schweden zeigt uns, daß dort Großunternehmen bereit sind, diese Darlehen zurückzuzahlen und sich dafür die Festlegung auf die Interessen des Unternehmens zu erkaufen.."

Die Studenten fordern also eine sofortige Rücknahme der Darlehensregelung, eine sofortige Anhebung des Förderungs-Höchstsatzes auf 600 Mark und des Elternfreibetrages auf 1200 Mark. Auch der DGB unterstützt diese Forderungen, die Chancen für ihre Durchsetzbarkeit sind also nicht gering. Geschehen muß etwas, denn es ist kaum übertrieben, wenn der VDS die materielle Lage der breiten Masse der 725 000 Studenten in der Bundesrepublik „katastrophal" nennt.

Daß jedes wissenschaftliche Studium den Steuerzahler runde 100 000 Mark kostet, repetiert Löwenthal wie ein Pawlow'scher Hund nach jedem seiner Grusel-Spots über roten Hochschul-Terror. Aber wer weiß, was ein Student allein für Lern- und Arbeitsmittel aufzubringen hat? Keine der einschlägigen Statistiken gibt darüber Auskunft.

Die Bundesregierung rechnet hier mit einem monatlichen Zentralwert von 35 Mark für Bücher und andere Lernmittel. Tatsächlich muß aber beispielsweise ein Medizin-Student - zumindest in den ersten Semestern - allein für Lehrbücher 300 bis 400 Mark ausgeben. In den ersten beiden Semestern hat er sich eine Grundausstattung anzuschaffen, die zusätzlich 700 bis 800 Mark kostet. Zahnmediziner müssen für ihre Grundausstattung 1 400 Mark zahlen. Architektur-, Maschinenbau-

und Design-Studenten brauchen Zeichenbretter, die mindestens 300 Mark kosten; ganz zu schweigen von den Gebrauchsgrafikern und Musikern, die ihre Instrumente und Kamera-Ausrüstungen selbst kaufen müssen. Bafög-Empfänger können für diese Ausgaben zum Teil Zuschüsse oder Darlehen beantragen.

Für Bücher, deren Preise in den letzten Jahren zwischen 10 und 25 Prozent gestiegen sind, werden Zuschüsse in keinem Fall gewährt. Standard-Lehrbücher, die jeder Student braucht, die unter 100 Mark aber nicht zu haben sind, sind - etwa in den Wirtschaftswissenschaften - keine Seltenheit mehr.

Auch das Arbeiten in den Hochschul-Bibliotheken wird schwieriger: Immer mehr Büchereien verkürzen ihre Öffnungszeiten. So bekam zum Beispiel der „sehr geehrte Herr Engelbrecht", Bibliothekswache am Historischen Seminar in Hamburg, am 21. 10. 74 die Mitteilung, „daß über den 31. 10. 74 hinaus weitere Stunden der Lohngruppe C 11 zur Besetzung nicht freigegeben werden und daß Ihr Arbeitsverhältnis daher mit Ablauf des 31. 10. 74 beendet werden muß". Folge für die Geschichtsstudenten: Die Öffnungszeit der Bibliothek wurde von 9-21 auf 9-17 Uhr gekürzt. Wer gezwungen ist, tagsüber zu jobben, hätte jetzt sein Studium gleich aufstecken können, wenn - ja wenn es nicht Geschäftemacher gäbe, die noch bei jeder Misere abgesahnt hätten. So drängeln sich die Studenten heute in immer zahlreicheren „Copy-Shops", wo sie für einen Groschen pro Fotokopie ganze Lehrbücher ablichten - was oft immer noch billiger ist als ein Neukauf.

Die „Zeit" hatte in diesem Zusammenhang noch einen anderen heißen Tip parat: „Wer Fächer wie Physik, Mathematik oder Medizin studiert, mithin politisch ‚neutrale` Fächer, kann manchen Hundertmarkschein sparen. Er muß nur findig genug sein, die Titel und Verlage von DDR-Lehrbüchern zu kennen, die auch heute als billig gelten."

Besonders spürbar sind die Preissteigerungen für Studenten bei den Mieten. Im Durchschnitt zahlen sie 150 Mark monatlich. (Übrigens: Ein Bafög-Empfänger hat grundsätzlich keinen Anspruch auf Wohngeld-Beihilfen). In München kosten Zimmer auf dem ‚freien` Wohnungsmarkt über 230 Mark, in Freiburg 180. Studentenwohnheime sind kaum eine Alternative. Zwar lag vor zwei Jahren der durchschnittliche Preis für ein Wohnheimzimmer noch bei 113 DM, inzwischen sind aber Fälle wie in Köln keine vereinzelte Ausnahme mehr: Hier liegen die Mieten in mehreren Heimen bereits bei 168 DM für ein 10 Quadratmeter großes Zimmer.

Immer mehr Wohnheim-Studenten wehren sich gegen solche unzumutbaren Belastungen und treten in den Mietstreik. In Köln und Aachen zum Beispiel verweigern schon seit mehreren Jahren 80 Prozent der Heimbewohner die Zahlung von Mieterhöhungen.

Nicht einmal 10 Prozent der Studenten können in einem Heim untergebracht werden. Es gibt allerdings in der Bundesrepublik auch staatliche Hochschulen, in denen die Relation von Studenten zu Wohnheimkapazität ausgeglichen ist: Zur Zeit wird in Hamburg-Wandsbek für die 700 Bundeswehrstudenten ein Wohnheim mit 700 Plätzen fertiggestellt.

Angesichts dieser desolaten materiellen Lage, in der die Mehrheit der Studenten in der Bundesrepublik steckt, verwundert es kaum, daß ungefähr jeder fünfte von ihnen sein Studium vorzeitig abbricht. Und nicht zuletzt mag diese Misere dazu beitragen, daß die Selbstmordziffer unter den Studenten unverhältnismäßig hoch ist. In Göttingen zum Beispiel nehmen sich fast doppelt so viele Hochschüler wie gleichaltrige Jugendliche in Niedersachsen das Leben.

Jeder dritte, so die ärztlich-psychologische Beratungsstelle der Uni Göttingen, ist psychisch gestört. An der Ruhr-Universität Bochum sind es sogar 50 Prozent. Bei 15 Prozent, so warnten schon 1972 die Bochumer Psychologen, sei eine therapeutische Behandlung dringend erforderlich. Hierfür fehlt es wiederum an Geld. Aber immer mehr Studenten verlieren Angst und Vereinzelung auch in der solidarischen Aktion, gemeinsam mit ihren Kommilitonen, denen's genauso dreckig geht.

Nie zuvor in der Studentenbewegung waren so viele Studenten in den verschiedensten Arbeitsgemeinschaften und Aktionsgruppen aktiv wie heute; nie zuvor wurde eine so intensive und kontinuierliche politische Arbeit, innerhalb der Hochschule und nach außen hin, geleistet. Nie zuvor hatte das Gerede von Lethargie oder gar Tendenzwende an den Universitäten weniger Berechtigung als heute.

Claudia und Holger zum Beispiel arbeiten in der Examensgruppe der Studentenvertretung an ihrem Institut mit. Hier werden nicht nur Examensthemen vorbereitet und Prüfungsängste beseitigt; die Fragen des Bildungsnotstands stehen genauso zur Diskussion- und zur Aktion: Eine Demonstration des AStA soll durch Hausbesuche und Gespräche mit den Mietern längs der Marschroute vorbereitet werden.

„Ihr sollt lieber studieren!" - „Aber das wollen wir ja gerade. Dafür brauchen wir ja gerade Ihre Unterschrift." „Quatsch!" Rrrumms. Nächste Tür: „Guten Tag, wir sind Studenten. Übermorgen machen wir hier durch die Straße eine Demonstration. Es geht um die Verbesserung unserer Ausbildungssituation und dafür hätten wir gern Ihre Unterschrift. Die wollen wir dann mit unseren Forderungen dem Senat übergeben." Diesmal hat's geklappt. Wieder sind einige Vorurteile aus

dem Weg geräumt worden. „Ein winziger Schritt", sagt Claudia, „aber wo sollen wir sonst anfangen? Die Revolution steht nicht auf der Tagesordnung."

Konkret 03/75, S. 21

Jürgen Saupe

Ein Ehren- und ein Engelmann

Der Gummiwarenfabrikant Dr. jur. Fritz Ries aus dem pfälzischen Frankenthal klagt vor der 17. Zivilkammer des Stuttgarter Landgerichts gegen den Schriftsteller Bernt Engelmann auf Unterlassung und Schadensersatz.

Damit war nicht zu rechnen. Es muß verwundern, daß in einem Staat, dessen Protokoll zum Stresemann die braune Weste stets erlaubte, ein Nazi sich nicht als Nazi geschildert sehen will und deshalb einen Prozeß anzettelt, in dessen Einzugsbereich das ganze bundesdeutsche Rechtskartell geraten kann. Hat da jemand die Nerven verloren?

Bernt Engelmann hat in seinem Tatsachenroman „Großes Bundesverdienstkreuz" Dokumente aus der Nazizeit und der jüngsten Vergangenheit der Bundesrepublik präsentiert- verpackt in eine erfundene Rahmen-Handlung. Erfunden ist, daß ein junger US-Anwalt wegen einer Erbschaftsangelegenheit in die Bundesrepublik, nach München, kommt. Er sucht nach einem Gemälde von Caspar David Friedrich. Hinter dessen Rahmen soll ein von der SS erschossener polnischer Jude aus Trzebinia Dokumente versteckt haben, die als Beweise in der Erbschaftsangelegenheit dienen sollen.

In München trifft der Anwalt einen ehemaligen Polizeibeamten. Der hat in Polen und der DDR recherchiert, was sich in Trzebinia nach dem Einmarsch der Deutschen getan hat.

Und hier wird aus der Geschichte Geschichte. Nämlich die des Dr. Fritz Ries, der nach seinem Selbstverständnis ein Vollblutunternehmer ist. Ein solcher ist, wer- sei es nun mit ererbtem oder erheiratetem Geld -1934 als 27jähriger Rechtsassessor „Aktivwerte der in Konkurs gegangenen Firma Flügel & Polter in Leipzig" erwirbt und daraus einen „von den Behörden, der Partei und der DAF anerkannten Musterbetrieb" macht, welcher das „Gaudiplom und andere Auszeichnungen" erhält.

Daraus folgt, so der Stuttgarter Ries-Anwalt Dr. Karl Egbert Wenzel heute: „Dieser Geschäftserfolg führte in der Folgezeit zwangsläufig zu einer Expansion des Unternehmens und auch dazu, daß dem Kläger (Ries D. Red.) Firmen zum Kauf angeboten wurden."

Welche Zeiten! Welche Zwänge! Was der Stuttgarter Anwalt da dem Landgericht im Zeitraffer präsentiert, unterstellt beinahe beleidigende Unwissenheit über die deutsche Geschichte ab 1933, als Dr. jur. Fritz Ries rechtzeitig NSDAP-Mitglied wurde.

Was sich da seriös und den Gesetzen der Marktwirtschaft folgend anhört, hat Engelmann anders genannt: Arisierung.

Ein Beispiel der für Ries und seinen Anwalt zwangsläufigen Expansion des Unternehmens mag genügen. 1938 übernahm die zum Flügel & Polter Konzern gehörende „Hevea"-Gummiwarenfabrik GmbH in Finsterwalde die Mitteldeutsche Gummi- u. Guttapercha-Gesellschaft, Edelmuth & Co. m. b. H. in Frankfurt (Miguin). Für den Betriebsführer von Flügel & Polter eine Firma mit einwandfreier Bonität, etwa 30.000 Reichsmark wert. Sie wurde der „Gefolgschaft" von Flügel & Polter zum Zeichnen von Anteilen angeboten.

Am 29. September 1938 forderte Ries den Miguin-Inhaber Heinz Edelmuth auf, das nichtarische Personal zum 31. Oktober zu kündigen, was der Jude Edelmuth tat und dem neuen Firmenchef Ries postwendend bestätigte.

Drei Wochen vor der Reichskristallnacht schrieb dann Pg Ries dem Juden Edelmuth einen Einschreibebrief, ohne Anrede, aber immerhin „Hochachtungsvoll" statt mit dem sonst bei Ries üblichen „Deutschen Gruß". Darin stritt er um eine Differenz von 100 Mark, die der einstige Firmeninhaber angeblich zu viel aus seinem Unternehmen entnommen haben soll, und zeigte sich als richtiger Vollblutunternehmer: „Ich habe keine Lust, mich mit Ihnen herumzustreiten, und bitte Sie, Ihre Tätigkeit in der Firma mit sofortiger Wirkung aufzugeben." - „Das bisher von der GmbH benutzte Inventar wird uns ohne Entgelt zur Verfügung gestellt. Ich hoffe, Sie haben mich verstanden."

Das war die Sprache eines Herrenmenschen, dessen Anwalt heute den „Kauf" der Firma Miguin und den Umgang mit Heinz Edelmuth so schildert:

„Entgegen dem sich aus dieser Firmenbezeichnung ergebenden Anschein hat es sich dabei allerdings nicht um ein irgendwie bedeutendes Unternehmen, sondern um einen Ein-Mann-Betrieb gehandelt, der aus Herrn Edelmuth bestand... Als Edelmuth sich 1938 zur Auswanderung entschloß und sein Vermögen flüssig machen wollte, trat er . . . mit der Frage an den Kläger heran, ob er seine Firma übernehmen wolle. Der Kläger hat sich im diametralen Gegensatz zur diffamierenden Darstellung des Beklagten (Engelmann D. Red.) stets für Menschen eingesetzt, die in Not sind. Deswegen hat er Edelmuth die Firma abgekauft, obschon ihr Wert sich in der Marke Miguin erschöpfte. Sonstige Vermögensgegenstände waren nicht vorhanden. Hätte der Kläger der Bitte nicht entsprochen, hätte Edelmuth für die Marke nichts erhalten . . . Den Kläger wegen dieses Vorgangs als Arisierer zu bezeichnen. . . ist schlechterdings nicht hinnehmbar."

In der Tat: Arisierer ist eine ungenaue Vokabel für ein Wesen wie diesen Ries. Da geht es einem schon wie dem früheren Stuttgarter Oberlandesgerichtspräsidenten Richard Schmid, der den Satz „Ich hoffe, Sie haben mich verstanden" als die Drohung mit Gewalt, als den Revolver bezeichnet und seine Vokabel von den „Hyänen der Arisierung" zurücknimmt. Weil: „Die Hyänen verdienen diesen Vergleich nicht, sie gehen nur aus kreatürlichem Hunger auf Raub aus. Hier liegt der rechtliche und moralische Kern des Sachverhalts, soweit er den Dr. Ries betrifft. Hier gehören die Akten zugeklappt. Daneben noch über unwesentliche Irrtümer oder Unrichtigkeiten zu streiten und vor Gericht zu gehen, ist ein Mißbrauch der Rechtspflege."

Richard Schmid hat recht. Aber die Akten klappen wir nicht zu, noch nicht. Da steht zuviel drin, über Ries und über andere, als daß man es bei der Beschreibung einer zivilrechtlichen Auseinandersetzung belassen könnte.

Außerdem: Mit einem Urteilsspruch gegen Ries und zugeklappten Akten würde man genau der Strategie derer erliegen, die den Ries dazu gebracht haben, die Deckung zu verlassen und zu klagen. Man würde einer falschen Spur folgen, die Ries und seine Hintermänner gelegt haben und die sich in der Klageschrift des Ries-Anwaltes Wenzel so liest: „Es geht dem Kläger nicht um irgendeine Ideologie oder gar um irgendwelche politische Fragen."

Das hätten die wohl gern.

Genau um Politik geht es. Um Politik, wie sie ab 1933 gemacht und von Fritz Ries genützt wurde, aber auch um Politik, wie sie ab 1949 wieder gemacht wurde, genützt und gestützt von Fritz Ries.

Und um die Ideologie geht es, die dieser Politik zugrunde liegt und die sich von 1933 bis heute nicht geändert hat.

Der Beweis dafür findet sich in der Klageschrift des Ries gegen Engelmann, wo Anwalt Wenzel formuliert: „Nach Ausbruch des Krieges war eine weitere Ausdehnung (des Ries'schen Unternehmens D. Red.) innerhalb des damaligen Reiches kaum mehr möglich, schon allein wegen des Fehlens von Arbeitskräften. Aus der Sicht des damals in Leipzig tätigen Klägers war es deswegen nur konsequent, auch in dem in Litzmannstadt umgetauften Lodz unternehmerisch tätig zu werden sowie in dem polnischen Städtchen Trzebinia: Polen war seinerzeit ein Agrarstaat und verfügte ganz unabhängig von den Kriegsereignissen über keine ausreichende Industrie. Die nun einmal bestehende politische Situation kam hinzu. Für einen Unternehmer bot es sich deswegen geradezu an, auch dort zu investieren, so wie heute in der ganzen Welt unabhängig von Staats- und Landesgrenzen investiert wird, wenn dies ökonomisch sinnvoll ist."

Das ist die Sprache der Skrupellosen, die „einmal bestehende politische Situationen" nutzen: Die Möglichkeit der Kinderarbeit in Hongkong und Singapur, die billige Arbeitskraft der schwarzen Bevölkerung in Süd- und Südwestafrika, die Unwissenheit und Not der Analphabeten in Portugal oder inzwischen die Angst der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik um ihren Arbeitsplatz.

Solche Vollblutunternehmer beließen es nie dabei, „bestehende politische Situationen" zu lassen wie sie sind und dabei Jüdinnen auszupowern, bis sie reif für die Gaskammern waren, und polnische und russische Arbeiterinnen mit Arbeiten auszubeuten, wie sie sonst nur Männern zugemutet werden konnten.

Nein, Vollblutunternehmer sind auch „in die Zukunft blickend" (Ries-Anwalt Wenzel) und deshalb wohl darauf bedacht, wenn die „nun einmal bestehende politische Situation" sich ändern könnte, diese so erträglich wie möglich zu machen.

Vollblutunternehmer retteten deshalb vordem anrückenden „Iwan" Ende Januar 1945 aus Freienwalde möglichst „viel Ware" und ließen Maschinen „nach Hoya, Eggenfelde oder Burghausen" bringen. Und weil „die Situation nun einmal so war", konnten auf den Eisenbahnwaggons der Reichsbahn eben Maschinen und Ware und nicht etwa verwundete Soldaten oder Flüchtlinge nach Westen transportiert werden.

Weitblickend und Unternehmer sollte man sein. Denn: „Wenn Deutschland über keine Unternehmerpersönlichkeiten verfügt hätte wie den Kläger, sondern wenn die Initiative aller sich darauf beschränkt hätte, bei anderen nach einer Anstellung zu suchen, wäre das Wirtschaftswunder schwerlich zustande gekommen." So weiß es Ries-Anwalt Wenzel.

Daß es sich bei den nach Hoya an der Weser gelangten Maschinen aus dem polnischen Trzebinia lediglich um einen „Kalander, zwei Walzwerke sowie eine Reihe von Motoren und Zubehör" gehandelt hat, wie Herr Wenzel meint, wird wohl ebenso wahr sein, wie die Tatsache einleuchtend ist, daß Herr Edelmuth aus seinem „Ein-Mann-Betrieb" das nichtarische Personal entlassen muß.

Wie weit ein Anwalt die Meinung eines Mandanten referiert und wie weit er durch eigene Zusätze sich mit Tun oder Lassen, Intention oder Ideologie eines Mandanten identifiziert und identifizieren darf, ist Geschmackssache oder eine Frage des Standesrechts, wo ohnedies die Gepflogenheiten anderer schwarzer Vögel gelten, die sich bekanntlich gegenseitig nicht die Augen aushacken.

Die Akten im Verfahren Ries gegen Engelmann sind jedenfalls eine Fundgrube für juristisch Interessierte, vor allem, was Prozeßtaktik und -Strategie anlangt.

Denn wenn schon Bernt Engelmann, der zurückgetretene Vize-Präsident des deutschen PEN-Zentrums, in immerhin „journalistisch nicht ungeschickter Weise" (Wenzel) das „Lebensbild des Klägers derartig gröblich entstellt" hat, „daß man nur noch von Brunnenvergiftung sprechen kann", dann hätte es nahegelegen, mit einer Einstweiligen Verfügung das Erscheinen des Tatsachenromans „Großes Bundesverdienstkreuz" wenigstens zu verzögern, wenn nicht zu verhindern. Das ist nicht geschehen.

Der Grund ist nicht, wie Ries behauptet, daß er „linke Autoren nicht mundtot" machen wolle, sondern daß er es offenkundig gescheut hat, eidesstattliche Versicherungen abzugeben, ohne zu wissen, was die Gegenseite an Dokumentenmaterial besitzt. Und bei eidlichen Falschaussagen vor Gericht muß man schon als CSU-Bundestagsabgeordneter geistig gelegentlich weggetreten sein, wie Friedrich Zimmermann, um ungeschoren davonzukommen.

„Mundtot zu machen" versuchte Ries den Autor Engelmann nicht durch ein Gerichtsurteil, sondern durch „subtiles Faustrecht" (Engelmann-Anwalt Albert Gerhardt), indem die Ries-Anwälte per Fernschreiben Rundfunk- und Fernsehanstalten in der Bundesrepublik und im Ausland informierten, Engelmanns Buch enthalte gröblich unwahre Behauptungen und die Tendenz der Darstellung entspreche „auch nicht entfernt der Wirklichkeit". Daß dieses Vorgehen rechtlich zulässig sei, wie die Stuttgarter Kammer in einem von Engelmann angestrengten Eilverfahren meinte, ist wohl wirklich die Bestätigung eines „Sonderrechts für die Einflußreichen und Mächtigen" (Anwalt Gerhardt).

Wundern kann man sich über derlei in unserem Rechtsstaat nur noch, wenn man nicht weiß, wer mit Fritz Ries zusammen ein Interesse daran haben kann, den Engelmann und sein Buch vom Tisch zu kriegen. Denn Engelmann hat sich nicht damit begnügt, nur in der Ries'schen Vergangenheit während der Nazi-Zeit zu graben. Ries ist ja schließlich auch in der bundesrepublikanischen Geschichte der Vollblutunternehmer geblieben, der in die Zukunft blickt. Und die schien wohl dem Vorstandvorsitzenden und Mehrheitsaktionär der Pegulan Werke AG und marokkanischem Honorarkonsul nicht mehr so profitabel, als 1969 mit Willy Brandt ein Sozialdemokrat Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland wurde.

Ries, der sich im Aufsichtsrat von Pegulan vom früheren SS-Führer, heutigen Präsidenten der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Vorstandsmitglied von Daimler-Benz, Dr. Hanns Martin Schleyer, vertreten läßt, hat auch als Leiter seines persönlichen Büros einen Alt-Nazi, den früheren Richter am Volksgerichtshof, Eberhard Taubert.

Mit 10 Prozent beteiligt an einem Ries'schen Unternehmen ist Frau Marianne Strauß, geh. Zwicknagl, die Frau des hinreichend bekannten Franz Josef Strauß, der- obwohl seit 1937 NSKK-Mitglied und weltanschaulicher Referent beim Sturm 23/M 6 in München - nach dem Kriege geschäftsführender Vorsitzender des Spruchausschusses werden konnte, der aber die politische Vergangenheit ehemaliger Nazis zu urteilen hatte.

Dieser Strauß nun, bekannt als Rechtsradikaler und dafür, es mit der Wahrheit auch in nüchternem Zustand vor dem deutschen Parlament nicht so genau zu nehmen, stimmte mit dem Vollblutunternehmer Ries darin überein, daß ein Sozi als Kanzler kein Grund zum Jubel sei.

Wie man spätestens seit der Klageschrift des Anwalts Wenzel weiß, warten Unternehmer ja nicht darauf, daß was geschieht. Sie lassen geschehen. Und so geschah es denn, daß bei der knappen SPD/FDP-Mehrheit im 6. Deutschen Bundestag einige Herren aus der Koalition das sog. Gewissen plötzlich zu zwicken begann.

Daß zu den Gezwickten der von Himmler persönlich zum SS-Führer der Leibstandarte „Adolf Hitler" gemachte Alt-Nazi und FDP-Bundestagsabgeordneter Siegfried Zoglmann gehörte, kann, aber muß kein Zufall sein. Immerhin war Zoglmann zur gleichen Zeit wie Pegulan-Vize Schleyer ein hohes Tier, nämlich oberster Führer der Hitlerjugend und Abteilungsleiter beim Reichsprotektor Böhmen und Mähren.

So läßt sich auch erklären, was ausgerechnet der Alt-Pimpf Zoglmann öfters auf dem Ries-Schloß Pichlarn in Österreich zu suchen hat, wo bei Ries über den Sturz der sozial-liberalen Koalition beraten wurde.

Auch daß der Ex-CDU-MdB Artur Missbach einst in den Ries'schen Oberschlesischen Gummiwerken in Trzebinia stellvertretender Betriebsführer war und seine MdB-Zeit dazu nutzte, IOS-Werbebriefe auf Bundestagspapier zu verschicken, wo doch ausgerechnet den IOS-Mann Mende auch das berühmte Gewissen zwickte, kann ebenfalls nur ein Zufall sein.

Wenn aber nun der Ries-Anwalt Wenzel für seinen Mandanten als zwölften und letzten Punkt eben die Rolle von Ries bei diesen Gewissenstaten zu leugnen trachtet, so ist das kein Zufall, sondern eigentlich ein Kunstfehler. Wenn dem Franz Strauß trotz des häufigen Alkoholgenusses noch nicht die Fähigkeit abhanden gekommen ist, exakt zu denken, dann muß er wissen, was ihm blüht, wenn er demnächst in Stuttgart auszusagen hat. Die Rechtsabteilung des Rechtskartells in der Bundesrepublik muß eine alkoholstarke Betriebsfeier hinter sich gehabt haben, als man auf die Idee kam, dem Ries zu raten, gegen das Engelmann-Buch zu klagen und dann auch noch die jüngsten politischen Geschichten mit unter die Punkte einzureihen, die angeblich falsch sind.

Was dem Steiner-Untersuchungsausschuß des Bundestages nicht gelang, kann jetzt die Stuttgarter Zivilkammer nachholen: Nämlich die Herren darüber zu vernehmen, wie das damals bei den politischen Gewissenstätern war. Und das Ganze unter Eid.

Schon hat Engelmanns Anwalt die braun-schwarze Front als Zeugen benannt. Von B wie SS-Führer und Melitta-Chef Horst Bentz über Daimler-Direktor Burneleit, Ex-Staatssekretär Diehl, Pelikan-Generaldirektor Hans-Joachim Götz, Ex-Kanzler Kiesinger, Ex-Degussa-Generaldirektor Prentzel, Schleyer, Strauß, den CSU-Landesgruppenvorsitzenden Stücklen bis Z wie Zoglmann.

Der Versuch der Rechtsradikalen und Ex-Nazis, mit Ries einen in der Öffentlichkeit kaum Bekannten gegen den Tatsachenroman an die Front zu schicken und die eigentliche Prominenz im Hintergrund zu halten, ist bei den parteipolitisch beherrschten Rundfunk- und Fernsehanstalten bisher gelungen. Asch die anzeigenabhängigen Großblätter der bundesrepublikanischen Presse haben es fast ausnahmslos vermieden, die anderen Figuren aus dem Tatsachenroman „Großes Bundesverdienstkreuz" zu nennen.

Daß dieser überhaupt erschien, ist der nur für Naive erstaunlichen Tatsache zu

danken, daß Dokumente aus der Nazi-Zeit sich anscheinend nur in Archiven der DDR und der sozialistischen Staaten finden lassen. Und noch dazu, daß einige Mitglieder der Autoren Edition bereit waren, das Copyright für den Roman zu übernehmen, was der Bertelsmann-Verlag nicht mochte.

Es kostet in der Bundesrepublik Mut, Nazis eben Nazis zu nennen und mal aufzuschreiben und zu veröffentlichen, was das Rechtskartell so dreht. Wenn man gar, wie es Bernt Engelmann vorhat, einen Fortsetzungsroman „Mit Stern und Schulterband" schreiben will, dann nennt das nun auch der „Spiegel" schon „übermütig".

Konkret 03/75, S. 24

Rosemarie Bollinger

Chile Im Auge

Rosemarie Bollinger berichtet über die Krise in Portugal:

Major Vitor Alves, einer der vier Stellvertreter des portugiesischen Ministerpräsidenten, Mitglied des „Rates der Zwanzig", des gewählten Obersten Rats der Bewegung der Streitkräfte (MFA), gab bekannt: Der „Rat der Zwanzig" verbiete die von den Sozialisten, den Kommunisten und den Maoisten für den 31. Januar in Lissabon vorgesehenen Großdemonstrationen. Die getrennten Aufmärsche könnten durch die Gefahr von gewalttätigen Zusammenstößen den Demokratisierungsprozeß im Lande stören.

Alves dankte den Sozialisten und Kommunisten für ihre Absicht, ihre Unterstützung für die MFA wieder kundzutun. Doch ihre Haltung sei der Bevölkerung ja bekannt. Da Hauptzweck der Veranstaltungen die Unterstützung der Streitkräfte gewesen sei, fühle der Rat sich befugt, über die Abhaltung oder Nichtabhaltung zu entscheiden.

Mário Soares, Außenminister und Vorsitzender der Sozialistischen Partei, protestierte scharf gegen diesen Beschluß und bezeichnete ihn als einen „Sieg für die Kommunisten".

Die Sozialisten hatten ihre Kundgebung als erste angemeldet. Die Maoisten wollten gegen die Sozialisten und Kommunisten, aber auch gegen die MFA und die NATO-Manöver demonstrieren. Sie wurden, ohne daß auch nur ein lautes Wort fiel, von Soldaten an ihrem Vorhaben gehindert. Ministerpräsident Gonçalves bat die Vorsitzenden der Kommunisten und Sozialisten zu sich und forderte sie auf, ihre Angriffe aufeinander einzustellen.

Der Abbruch des Parteitages der CDS, die bevorstehenden Wahlen, das gerade verabschiedete Gewerkschaftsgesetz und die NATO-Manöver vom 29. 1. bis 7. z. vor der Küste Portugals haben die politische Atmosphäre in Portugal in Hochspannung gebracht.

Die CDS ist eine nicht in der provisorischen Regierung vertretene Partei. Sie ist Mitglied der Europäischen Union Christlich Demokratischer Parteien. Die CDS („Sozial Demokratisches Zentrum") hat nach Angaben ihres Generalsekretärs Adelino Amaro da Costa „ein Programm aufgestellt, das den Portugiesen direkt ans Herz geht. Es enthält keine abstrakten Begriffe wie Oppression und Klassenkampf, sondern ganz konkrete Vorschläge".

Die CDS befürwortet einen „Sozialismus" etwa wie den „in der Bundesrepublik Deutschland" auf der Grundlage der freien Unternehmerinitiative. Sie will soziale Reformen, die „aus jedem Arbeiter einen Eigentümer machen, anstatt aus jedem Arbeiter einen Proletarier". Die Partei hat nach eigenen Angaben 15 000 eingeschriebene Mitglieder und hofft auf 50 Prozent der Stimmen bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung.

Die Wahlveranstaltungen der CDS wurden von Anfang an gestört, insbesondere von Anhängern der OCMLP („Marxistisch-Leninistische Kommunistische Portugiesische Organisation"), die unter den Parolen agiert: „CDS gleich Faschisten. Die faschistische Kanaille lebt weiter. Feuer auf den CDS", sowie von der maoistischen MRPP („Bewegung für die Reorganisation der Partei des Proletariats").

Die MRPP bezeichnet die Kommunistische Partei als „revisionistisch" und sich als authentisch kommunistisch. Ihre Mitglieder werden schnell gewalttätig. Bereits am 4. November versuchten sie eine Jugendversammlung der CDS zu stürmen. Sie wurden von der Polizei zwar abgedrängt, doch stürmten und zerstörten sie anschließend das Parteihauptquartier. Bei den sich daraus entwickelnden Straßenkämpfen wurden mehr als 40 Menschen verletzt.

Die Anschuldigung gegen die CDS, sie sei faschistisch, ist nicht aus der Luft gegriffen. Zu den führenden Mitgliedern der Partei gehören Mitarbeiter des Caetano-Regimes und Magnaten der Hochfinanz, die zum Teil nach dem vereitelten Rechtsputsch über die „Demonstration der Schweigenden Mehrheit" Ende September vorübergehend im Gefängnis waren.

Manches deutet darauf hin, daß der am 28. September als Staatspräsident zurückgetretene General António de Spinola sein politisches „comeback" mit oder durch die CDS vorbereitet. Unter anderem griff er kürzlich in der CDS-Zeitung „Expresso" die „linken" Mitglieder der MFA an und warnte vor einer „linken Diktatur". Unter den 50 bis 60 Parteien Portugals gibt es wenigstens drei faschistische. Verboten wurde die „Bewegung für Ordnung und Tradition", die über die Agentur „Aginter" ihre Freundschaften mit Faschisten in aller Welt und mit der CIA pflegte. Verboten wurde auch die „Nationalistische Partei Portugals". Nach dem 28. September wurden dann die „Fortschrittspartei" und die „Liberale Partei" verboten. Den beschlagnahmten Unterlagen zufolge wurden sie von Großindustriellen finanziert, unter ihren Mitgliedern befanden sich Angehörige der aufgelösten faschistischen „Portugiesischen Legion". Waffen waren reichlich angeschafft worden. Ein Teil der Mitglieder dieser Parteien ist inzwischen in die CDS eingetreten.

So klar das Bild auf der Rechten ist, so kompliziert sind die Strukturen der provisorischen Regierung. Nach dem Rücktritt de Spinolas wurde General Francisco da Costa Gomes (MFA) Staatspräsident. Im Kabinett des Ministerpräsidenten, Oberst Vasco dos Santos Gonçalves (MFA), haben außer Mitgliedern der MFA drei Parteien Ministerposten inne: die Kommunistische Partei (2), die Sozialistische Partei (2) und die sozialdemokratische PPD (1).

Neben der Regierung steht die siebenköpfige „Junta der Nationalen Rettung", die darüber zu wachen hat, daß sich die Regierung an ihre Gesetze hält; nach dem Ausscheiden Spinolas und seiner Anhänger besteht sie aus progressiv-liberalen Angehörigen der drei Waffengattungen.

Über allem steht der „Staatsrat", dem 21 Militärs und Zivilisten angehören. Er prüft die Gesetze der Regierung und kann sie notfalls zurückweisen. Neben allem besteht die MFA, deren Sprachrohr der gewählte „Rat der Zwanzig" ist (Vorsitzender der Staatspräsident, unter den Mitgliedern der Ministerpräsident).

Diese Regierung gab den Arbeitern nach 41 Jahren das gesetzlich garantierte Streikrecht zurück; das Versammlungs- und Demonstrationsrecht wurde gesetzlich abgesichert; ein Wahlgesetz trat in Kraft. Alle Gesetzesprojekte werden vor der endgültigen Abstimmung der Öffentlichkeit zur Diskussion übergeben.

Das Wahlgesetz bestimmt, daß alle Gruppen, die mehr als 5000 eingeschriebene Mitglieder nachweisen können, sich am Wahlkampf beteiligen dürfen. Private Wahlspenden sind verboten. Jede Partei, die mehr als 100 000 Wähler gewinnt, erhält Steuervergünstigungen. Für den Einzug ins Parlament gilt eine Fünf-Prozent-Sperrklausel. Wahlberechtigt ist jeder Portugiese ab 18 Jahren, und zum erstenmal sind es auch die Analphabeten (etwa 38,1 Prozent der Bevölkerung).

Der Gang zur Wahlurne ist Pflicht. Die Eintragung in die Wahlregister wurde Ende Dezember abgeschlossen. Vor. den neun Millionen portugiesischer Staatsbürger werden rund 5 800 000 wählen. Entzogen wurde das Wahlrecht Staats- und Ministerpräsidenten der Ära Salazar-Caetano sowie Oberbefehlshabern der Streitkräfte, der Polizei, der Republikanischen Garde, den Gouverneuren, Angehörigen der Geheimpolizei PIDE/DGS, Vorsitzenden der Zensurbehörde und führenden Funktionären aus der diktatorischen Epoche. Der offizielle Wahlkampf soll am 4. März beginnen. Meinungsumfragen dürfen dann nicht mehr publiziert werden.

Noch vor dem ersten Jahrestag der Befreiung, wahrscheinlich am 4. April, sollen die Wahlen stattfinden. Das Parlament soll 220 bis 250 Sitze haben und bis Ende 1975 eine Verfassung ausarbeiten über die durch Referendum entschieden werden soll. Für Ende 1975/Anfang 1976 sind dann neue Wahlen vorgesehen.

Die Regierung verabschiedete auch ein Gewerkschaftsgesetz, das in der „freien" Welt als Heimsuchung von Satan persönlich dargestellt wurde. Es ging im Grunde ganz einfach um die Entscheidung zwischen Einheitsgewerkschaft und politisch orientierten Richtungsgewerkschaften. Die „Intersindical", der Dachverband während der Zeit der Diktatur, war besonders in den letzten Jahren von echten Arbeitervertretern „unterwandert" worden. Sie gehörten allen möglichen verbotenen Parteien an, doch die Kommunisten hatten sich (wie auf allen Gebieten) am stärksten engagiert. Es war darum nur natürlich, daß die Arbeiter nach dem Umsturz spontan sehr viele Kommunisten zu ihren Vertretern wählten.

Vor einigen Monaten noch hatte sich lediglich die PPD gegen die Einheitsgewerkschaft gestellt. Dann entdeckte die Führung der Sozialistischen Partei, die die Einheitsgewerkschaft auch propagiert hatte, den Antikommunismus. Anfang Januar „deckte" der Sozialistische Justizminister, Francisco Salgado Zenha, ein angebliches Komplott der Kommunisten „auf", über die Einheitsgewerkschaft die Macht an sich reißen zu wollen. Die beiden sozialistischen Minister drohten mit ihrem Rücktritt, falls die Entscheidung für die Einheitsgewerkschaft falle, die „fundamentale Menschenrechte" verletze. Selbstverständlich erhielten sie dafür viel Beifall von der Rechten und auch vom portugiesischen Episkopat.

Völlig unbeachtet blieb während der Kampagnen, daß dieser Gesetzesentwurf ebenfalls zur öffentlichen Diskussion gestellt worden war. 1 100 000 Arbeiter entschieden sich für, 400 000 gegen die Einheitsgewerkschaft. Der „Rat der Zwanzig" und die Regierungsmehrheit entschieden zugunsten der Einheitsgewerkschaft. Die sozialistischen Minister traten trotzdem nicht zurück, denn sie befürchteten, so Soares daß dieser Schritt die Totenglocken für die Demokratie erschallen lassen" würde.

Es ist eigentlich erstaunlich, daß noch immer die Behauptung fehlt, die kommunistischen Portugiesen würden kleine Kinder schlachten. Alvaro Cunhal, Minister ohne Portefeuille in der Regierung und Vorsitzender der Kommunistischen Partei, hat elf Jahre im Gefängnis, davon acht in Isolierhaft, überlebt. Er ist in seinem Volk angesehen wie wohl kaum ein anderer Kommunist in Europa.

Die PCP hat sich während der bisherigen Regierungszeit eher als ein (etwas zu) ordnender Faktor erwiesen, und sie hat sich ausdrücklich zur Mitarbeit am Aufbau des Landes und zur Teilnahme an einer demokratischen Staatsform verpflichtet. Der Begriff „Diktatur des Proletariats" wurde aus dem Parteiprogramm gestrichen. Cunhal: „Es geht nicht an, von der Diktatur des Proletariats zu sprechen, wenn man gerade eine Diktatur hinter sich hat."

Daß die PSP unter Mário Soares ziemlich plötzlich jede „Volksfrontbewegung" ablehnt und gegen eine „Volksdemokratie" wettert, dafür aber eine „echte pluralistische Demokratie" anstrebt, - daran scheint in Europa die SPD am stärksten beteiligt zu sein (KONKRET 10 + 11/74). Man war höchst verwundert, Willy Brandt zum Abschluß seines Besuches in Portugal sagen zu hören: „Ich gehe davon aus, daß es nach Parlamentswahlen in Portugal keine kommunistische Regierung geben wird." Und die Irritation wuchs noch, als der Herausgeber des ‚Nouvel Observateur" (Paris), Jean Daniel, über ein Gespräch berichtete, in dem Brandt ihm mitgeteilt habe, er habe „Garantien" von nordamerikanischen Stellen erhalten, daß es in Portugal kein „Chile" geben werde, falls nicht etwas „Außergewöhnliches" passiere.

Soares, der sich als Außenminister durch die Entkolonialisierungsverhandlungen hervorgetan hat, war unmittelbar vor Brandts Besuch im Oktober aus den USA zurückgekehrt. Staatspräsident Costa Gomes hatte vor der UNO-Vollversammlung eine Rede gehalten, anschließend fand ein Treffen Ford-Kissinger/Gomes-Soares statt.

Dafür, daß Außenminister Kissingers verhängnisvoller „Chile-Tick" durch einen Portugal-Tick abgelöst wurde, sprechen „Sonderbeobachter", gewöhnliche CIA-Agenten und nicht zuletzt die abrupte Abberufung des US-Botschafters Nash Scott im vorigen Jahr, der die Gefahr einer kommunistischen Machtergreifung verharmlost haben soll. Es scheint nicht einfach gewesen zu sein, die Regierung Ford für ein politisches, militärisches und wirtschaftliches Hilfsprogramm (und die dazugehörenden Experten) zu gewinnen. Doch Soares' Erklärungen in den Vereinigten Staaten überstiegen diplomatisch Notwendige. Der Außenminister meinte: „Die große Mehrheit des portugiesischen Volkes steht zu den Vereinigten Staaten. Ohne die amerikanische Hilfe könnte sich Portugal nach rechts wie in Chile nach Allende entwickeln oder nach links wie in Peru oder gar zu einem europäischen Nasserismus."

Es war dann kein langer Weg mehr bis zu der Pressekonferenz vom 27. 1. in Lissabon (unmittelbar nach dem gewaltsamen Abbruch des Parteitages der CDS in Porto, die konzentrierten NATO-Streitkräfte vor der Tür), als der Soares vor zunehmend feindseliger werdenden Journalisten erklärte, daß die Freiheit in Portugal in höchste Gefahr geraten sei durch die „antidemokratische Eskalation" der Kommunisten:

„Jeder Weg, der die politische Demokratie und die Freiheit des portugiesischen Volkes nicht respektiert, würde Portugal einem Abenteuer von unvorhersehbaren Risiken aussetzen. Dazugehören eine tiefe Spaltung der portugiesischen Gesellschaft und schließlich eine Wirtschaftsblockade oder eine ausländische Intervention, -Möglichkeiten, die nicht von vornherein ausgeschlossen oder auf die leichte Schulter genommen werden sollten."

Justizminister Salgado Zenha polemisierte zum gleichen Zeitpunkt in Coimbra gegen die Kommunisten und warf ihnen dann vor, sie führten das Land einem „Bürgerkrieg und einer neuen faschistischen Diktatur entgegen".

Dieser Kurs wird allerdings nicht von der gesamten Sozialistischen Partei mitgemacht. Nach dem Parteitag im Dezember spaltete sich eine Gruppe ab und gründete die MES („Bewegung der Sozialistischen Linken"). Am 9. Januar ging die Fraktion um Manuel Serra. Serra hatte während des Parteitages 261 von 722 Delegiertenstimmen erhalten. Er warf der Soares-Gruppe Kompromisse mit der Führungsschicht der europäischen Sozialdemokraten sowie Abenteurertum gegenüber der extremen Rechten vor. Er gründete die „Sozialistische Volksfront".

Nach der Pressekonferenz vom 27. 1. protestierten acht hohe Funktionäre der Partei gegen Soares, dem sie vorhielten, er wolle eine Demokratie der Besitzenden in Portugal einführen und stelle die Kommunisten als „Buhmänner" hin. Es erhebe sich für sie die Frage, ob die Sozialisten 1975 in Portugal wie 1918 in Deutschland „der Arbeiterklasse einen Dolchstoß in den Rücken versetzen" werde. Mit weiteren Abspaltungen ist also zu rechnen.

In Lissabon macht ein perfider Spruch die Runde. Frei übersetzt: „Bei der Arbeit bin ich Kommunist. Zu Hause bin ich Sozialist. Bei Freunden bin ich Sozialdemokrat. Ich wähle CDS." Beobachter wollen die Bildung einer „antikommunistischen Allianz" in der Bevölkerung wahrgenommen haben und nach der letzten Meinungsumfrage könnten bei den Wahlen die Kommunisten 12 Prozent, die Sozialisten 25 Prozent, die Sozialdemokraten 30 Prozent und die CDS 30

Prozent der Stimmen gewinnen.

Das Programm der sozialdemokratischen PPD, der einzigen nichtmarxistischen Partei in der Regierung, unterscheidet sich kaum von dem der CDS. Ihr Vorsitzender, Rechtsanwalt Sá Carneiro, war Abgeordneter unter Caetano, brach aber 1972 mit dem Regime. Seine Partei orientiert sich nach eigenen Angaben am Godesberger Programm der SPD und fordert soziale Reformen mittels „freien Wettbewerbs" und „soziale Marktwirtschaft". Die Rechte, zu der man bis auf weiteres auch die Sozialistische Partei rechnen muß, scheint also eine Fülle von Koalitionsmöglichkeiten für ihren „Sozialismus in Freiheit" bekommen zu sollen.

Die einzigen, die neben den Kommunisten und kleineren Parteien und Gruppen sich mehr als pro forma um das vielbeschworene „Volk" kümmern, das, seit es endlich frei ist, auch die „freie" Welt so außerordentlich beschäftigt, sind die Mitglieder der MFA. Es sind durchweg Offiziere mit abgeschlossener Hochschulausbildung, die fast alle in den ehemaligen Kolonien gekämpft haben. Diese Offiziere sind fest entschlossen, das am 25. April bekanntgegebene Programm durchzuführen, das in der Substanz das Programm von General Humberto Delgado ist. Der im Volk verehrte „General ohne Furcht" hatte es gewagt, gegen Salazar zu kandidieren und wurde 1965 in Spanien von der PIDE ermordet.

Die MFA, die gesetzlich festlegen ließ, daß Offiziere nicht mehr ernannt, sondern gewählt werden, ist sich darüber im klaren, daß eine Revolution keine Konsumware ist. Ihre Mitglieder gehen seit Monaten in die Provinzen mit Theater- und Folkloregruppen, Clowns, Ärzten, um den überwiegend sehr armen, teils noch immer von Großgrundbesitzern und Geistlichen in totaler politischer Apathie gehaltenen, mißtrauischen Bewohnern ihr Programm darzulegen und auf möglichst praktische Weise Verständnis dafür zu vermitteln, was Freiheit bedeutet.

Am bekanntesten und populärsten von den MFA-Mitgliedern ist „o nosso Otelo" (unser Otelo), der 37jährige Otelo Saraiva de Carvalho, Mitglied im „Rat der Zwanzig". Er leitete die militärischen Operationen am 25. April, seine Truppe zerschlug den Putschplan vom September, sie befreiten auch die Delegierten und ihre ausländischen Gäste in Porto.

Die MFA scheint sich darüber im klaren zu sein, daß Portugal nicht nur mit der „freien" Welt und ihren Sendboten, sondern auch mit den „Hundert Familien", die nach wie vor das Land beherrschen, sowie mit einflußreichen politischen Chamäleons zunächst leben können muß.

Chilenische Erfahrungen haben die MFA-Offiziere gegenüber den „demokratischen Werten" von Reaktionären skeptisch gemacht. Brigadegeneral Carvalho erklärte kürzlich: „Für mich reflektiert nicht diejenige Partei, die die meisten Stimmen erzielt, notwendigerweise den wirklichen Willen und die wahren Interessen des Volkes."

Eine Gruppe von MFA-Leuten macht sich schon heute mit dem Gedanken vertraut, die Revolution ein zweitesmal zu machen.

Konkret 03/75, S. 27

Chile nach dem Putsch - 1. Folge

KONKRET dokumentiert auf dieser Seite monatlich die j□ ngste Ent□ icklung in und um den Faschisten-Staat Chile und die Widerstands- und Solidarit□ tsaktionen in aller Welt.

„Ich kann nicht einsehen, warum wir ruhig dastehen und zusehen sollten, wenn ein Land durch die Unverantwortlichkeit der eigenen Bevölkerung kommunistisch wird", hatte Kissinger noch vor der Wahl Allendes zum Staatspräsidenten erklärt. Ende Januar wurden er und die Junta von dem in Brüssel tagenden „Il. Russell-Tribunal" „verurteilt". Unter anderen hatte der frühere EG-Präsident Sicco Mansholt Kissinger beschuldigt, er sei persönlich in die Machenschaften des Elektro-Konzerns ITT verwickelt und „für den Sturz der demokratischen Regierung in Chile" verantwortlich. (Die Junta hat inzwischen eine Entschädigung in Höhe von 125,2 Millionen Dollar für ITT festgelegt. Das betrifft nur das von der Regierung Allende verstaatlichte Telefonnetz. Den übrigen Besitz, vor allem im Bankgewerbe, erhielt der Konzern zurück).

Vom 18. bis 25. Februar fand die „IM Tagung der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der chilenischen Junta" in Mexico-City statt.

Die Vorbereitungsarbeiten wurden vom mexikanischen Staatspräsidenten, Luis Echeverria Alvarez, unterstützt, der auch die Eröffnungsrede hielt. Echeverria hat sich seit dem Umsturz in Chile zu seiner persönlichen Freundschaft mit Allende bekannt und durch zahllose Proteste und Interventionen Hunderten von Chilenen das Leben gerettet. Mexiko hat inzwischen die diplomatischen Beziehungen zur Junta abgebrochen.

Die Regierung Columbiens überlegt diesen Schritt. Dr. Alfredo Vázquez Carriosa, seit kurzem columbianischer Botschafter in London veröffentlichte eine Dokumentation über „Die Tragödie von Chile", die er miterlebte und durch einen regelrechten Krieg um freies Geleit für alle in seine Botschaft Geflüchteten wenigstens zu mildern versuchte.

Im columbianischen Parlament läuft ein Untersuchungsverfahren gegen die Junta wegen des Bruchs der Exterritorialität der Botschaft: Im Oktober waren sieben Flüchtlinge von der Militärpolizei entführt worden. Fünf wurden „zurückgegeben", zwei blieben „verschwunden".

Auch das venezolanische Parlament beschäftigt sich mit Chile. Venezuelas konservativer Präsident, Carlos Andrés Pérez, hat sich im Laufe der Zeit zu einem der schärfsten Kritiker der Junta entwickelt. Es wird nicht mehr ausgeschlossen, daß seine Regierung die Militärs nicht mehr nur diplomatisch, sondern auch wirtschaftlich unter Druck setzt. Venezuela ist der größte Ölproduzent Lateinamerikas.

Unter den an Putsche gewohnten und gegenüber staatlichem Terrorismus nicht gerade empfindlichen Regierungen lateinamerikanischer Staaten ist diese Haltung neu. Brasilien und die „brasilianischen" Diktatoren in Bolivien und Uruguay helfen zwar mit Krediten und Folterspezialisten aus, doch lediglich der paraguayische Diktator Stroessner und die argentinische Regierung unter Perón, später unter Frau Perón, rühmen offen ihre „unübertrefflich guten Beziehungen" zu den chilenischen Machthabern. Die Einigkeit der argentinischen und chilenischen Regime hinsichtlich der „Ausmerzung des Terrorismus" ist aber deshalb besonders tragisch, weil die Andenpässe die einzige Fluchtmöglichkeit aus Chile bieten.

Für das Ausland „liberalisiert" die Junta. Staatschef Pinochet redete kürzlich wieder davon, daß allen in Botschaften Geflüchteten freies Geleit gegeben werde. Er ließ auch durchblicken, daß 1500 politische Gefangene (von den offiziell bisher zugegebenen 748; inoffiziell aber mindestens 10 000) Chile verlassen dürften. Doch die Razzien, Verhaftungen, Folterungen werden fortgesetzt. Immer mehr Familienangehörige, auch kleine Kinder, werden mißhandelt oder im „Kino" gezwungen, der Folterung ihrer Eltern zuzusehen.

Neuerdings werden auch Menschen unter der Anschuldigung verhaftet, zivilen Widerstand gegen die Militärregierung leisten oder organisieren zu wollen. Wahrscheinlich unter dieser Beschuldigung sind die Witwe von General Bachelet, Angela Jeria de Bachelet, sowie seine Tochter Michele verhaftet worden. General Bachelet war der Vorgänger des jetzigen, offen faschistischen Juntamitgliedes Leigh als Oberkommandierender der Luftwaffe. Unter Allende war er einige Zeit Direktor des Nationalsekretariats für die Lebensmittelverteilung gewesen. Er beteiligte sich nicht am Putsch, wurde

furchtbar mißhandelt und starb an den Folgen am 12. März 1974 im Gefängnis.

Auch die Militärgerichtsprozesse laufen weiter. Unter anderem wird zur Zeit der Geheimprozeß geführt gegen über 100 Matrosen, Werftarbeiter und Offiziere der Kriegsmarine von Valparaiso. Sie sind bereits vor dem Umsturz, Anfang August 1973, verhaftet worden, da sie einigen Senatoren die Putschpläne der Marine „verrieten" und mit Flugblättern dazu aufgefordert hatten, den Verschwörern den Befehl zu verweigern. Das jetzige Junta-Mitglied Admiral Toribio Merino gab damals den Befehl, die „Meuterer" zu foltern. Der jetzt für sie zuständige Marinerichter meinte im Dezember, daß es „nicht notwendig ist, den menschlichen Abschaum, der sich im Gefängnis befindet, herauszufegen. Es ist besser, ihn dort zu liquidieren". Doch der Prozeß wird nun trotzdem geführt. Gegen Militärgerichtsurteile gibt es keine Berufung.

In dem Land, in dem „man wieder lächeln kann", in dem „die Harmonie zwischen Zivilisten und Militärs wächst" und in dem „die überwältigende Mehrheit des Volkes" in der Junta „eine Gewähr für die Einheit und Größe spürt", wurden die Brotpreise erhöht. Zum elftenmal in zwölf Monaten. Brot ist für die Bevölkerungsmehrheit nun ein Luxus geworden, so wie es Milch und Fleisch waren vor der Zeit Allendes.

Durch den US-Kolumnisten Jack Anderson wurde kürzlich bekannt, daß die führenden Kreise in den USA nach dem „Testfall" Chile offensichtlich zur „bigstick"-Politik zurückkehren möchten: Bis zum Jahr 2000 werde es „zu einigen US-Interventionen, am wahrscheinlichsten in der Karibik, möglicherweise in Lateinamerika kommen. Militäreinheiten mit einer Stärke von 40 000 Mann oder höher können als Besatzungstruppen zum Einsatz kommen", heißt es in der „Zukunftsprognose" eines Sonderkomitees, dem der größte „Großgrundbesitzer" Lateinamerikas angehört: Vizepräsident Nelson Rockefeller.

Konkret 03/75, S. 28

E. A. Rauter

Kein Krieg der Töpfe!

Anmerkungen zur Befreiung der Frau

Die dauernde Beleidigung unserer Frauen hat den Sinn von Dressur. Ziel der Dressur sind die „typisch weiblichen" Eigenschaften: vornehme Zurückhaltung, Geduld, Anlehnung, Ungeschicklichkeit in bestimmten praktischen Dingen, Theoriefeindlichkeit, das heißt: sie soll partiell dumm sein, von Wirtschaft, Geschichte, Soziologie und Psychologie nichts verstehen.

Die „Ritterlichkeit" des Mannes sagt zur Frau: Bleib du siech und schwach, kümmere dich um die unwichtigen Dinge, ich kümmere mich um die wichtigen. Die „typisch weiblichen" Eigenschaften sind die Eigenschaften, die die Ausbeutung der Frau begünstigen.

Wenn wir uns die Mühe machen herauszufinden, wer bei einem Autokauf unser Geld bekommt, finden wir: Arbeiter, Unternehmer, Lieferanten, Designer, Ingenieure, Aktionäre, Sekretärinnen, die Bahn, die Post, der Staat. Wer von uns hat den Einfall zu fragen:

Was ist mit den Stullenschmiererinnen und Hemdenwäscherinnen der Autobauer? Das Bügeln von Arbeiterunterhosen ist ein Kostenfaktor. Wird er bei der Kalkulation des Autopreises berücksichtigt?

Rechnet man, daß die Frauen jeden Tag acht Stunden im Haushalt arbeiten, dann arbeiten sie - ohne „Berufstätigkeit" - mehr als die Männer. Im Haushalt gibt es keine Feiertage.

Werden die Frauen für diese Arbeit bezahlt? Einige Volkswirtschaftler behaupten, sie werden bezahlt. Sie sagen, die Löhne der Arbeiter und Angestellten enthalten die Anteile, die nötig sind, die Familie zu unterhalten. Arbeiter und Arbeiterfrau erhalten durch ihre Arbeit sich selbst und ihre Kinder.

Akzeptiert man das, zahlen die Unternehmer den verheirateten Männern die Hälfte von dem, was sie unverheirateten Männern zahlen - für dieselbe Arbeit. Wenn man diese Willkür begründen kann, kann man auch begründen, hakennasige Männer bekommen die Hälfte von dem, was sattelnasige Männer bekommen. Wenn im Arbeiterlohn die Bezahlung für die Arbeit der Frau enthalten ist, warum bekommen die Arbeiter mit drei Kindern für die Arbeit ihrer Frau genau so viel wie Arbeiter mit einem Kind?

Ein weiteres Argument spricht dagegen, daß die Unternehmer die Frauenarbeit im Haus bezahlen: welche Sicherheit hat die Frau, daß sie ihre „Bezahlung" auch ausbezahlt bekommt? Sie hat keine Garantie, es ist der Willkür des Mannes überlassen, was er vom Lohn nach Hause bringt. Einen Unternehmer, der die Arbeiter in seinem Betrieb mit solcher Willkürbezahlte, könnten die Arbeiter durch Staatsgewalt zwingen lassen, Termine und Summen einzubehalten.

Die Frauen im Haushalt leisten also unbezahlte Arbeit. „Die Frau opfert sich", sagt man. Sie stellt die Arbeiter her und erhält deren Arbeitskraft - gratis.

Gerechtigkeit ist ein Zustand, der sich mit der Ergiebigkeit unserer Arbeit ändert. Ungerechtfertigkeit wächst mit unserer Arbeitsergiebigkeit. 1967, zum Beispiel, machte Daimler-Benz mit 96 000 Arbeitern und Angestellten einen Umsatz von nicht ganz sechs Milliarden Mark, das sind 62 000 Mark pro Beschäftigten. 1970 machte Daimler-Benz mit 144 400 Arbeitern und Angestellten einen Umsatz von über elf Milliarden Mark, das sind bereits 76 000 Mark pro Kopf. 1974 produzierten weniger Beschäftigte als vier Jahre zuvor, nämlich 129 730, einen Umsatz von fast 17 Milliarden Mark, das sind 130 000 Mark. In sieben Jahren haben die Autobauer ihre Arbeitsergiebigkeit mehr als verdoppelt. Ähnlich schnell wuchs die Produktivität in anderen Bereichen, wie Chemie, Kunststoffindustrie, Elektroindustrie.

In den Zeiten vor dem ersten Weltkrieg war das unentgeltliche Marmeladekochen eine gesellschaftlich notwendige Leistung. Heute ist die Ergiebigkeit unserer Arbeit so groß, daß der Staat Millionen von Menschen aus der Produktion nehmen muß oder fürs Nichtproduzieren bezahlt: Soldaten, Arbeitslose, Frühinvaliden. Zu der Zahl dieser Unproduktiven kommen anderthalb Millionen Arbeiter und Angestellte in der Rüstungsindustrie, eine halbe Million Beamte der höheren Laufbahnen, die Beschäftigten in der Werbung und in anderen Firlefanzbranchen.

Trotz dieser Millionen, die zur Unproduktivität und zur Verschwendung unserer Energien und Rohstoffe und Lebenszeit gezwungen werden, sind Schaufenster und Lager voller Waren; entstehen neue Halden von Waren: Butterhalden, Fleischhalden, Autohalden, Gemüsehalden. Die Parteifunktionäre im Staat und im Parlament verschleudern unsere Arbeitsleistungen noch dadurch, daß sie die Erzeuger der Halden durch Subventionen drängen, neue Halden aufzutürmen. Anschließend zahlen sie Prämien für das Vernichten der Produkte - die Prämien sind Arbeitsergebnisse, das Vernichten ist Arbeit. Allein die Wohnungshalden stellen einen Wert von 50 Milliarden Mark dar. Um dieses Geld zu verdienen, müssen vier Millionen Arbeiter ein Jahr lang arbeiten. Das bedeutet: vier Millionen Menschen haben praktisch ein Jahr lang für

nichts gearbeitet; was sie zu ihrem Unterhalt, zu ihrem Vergnügen brauchten, haben die anderen hergestellt, unabhängig davon, ob vier Millionen Arbeiter und Angestellte unvermietbare Wohnungen herstellen oder etwas anderes.

So haben wir die phantastische Situation, daß unproduktive Arbeiter, Angestellte und Beamte zum Teil üppig bezahlt werden - die höheren Beamten nehmen zwischen drei und zehntausend Mark im Monat - und die produktiven Frauen ohne Bezahlung arbeiten. Das Geld, das der Staat durch Frauenhausarbeit für Krankenhäuser, Altenpflegeheime, Kindertagesstätten spart, gibt er den Unternehmern in Form von Investitionsprämien, Steuernachlässen, Subventionen.

Der Schaden, den unsere Frauen erleiden, ist noch größer. Sie repräsentieren ein Drittel aller (bezahlten) Arbeitskräfte, Unternehmer und Staatsfunktionäre zahlen ihnen nur ein Viertel der gesamten Lohn- und Gehaltssumme. Nicht nur durch das Grundgesetz, auch durch den EWG-Vertragsartikel 119 haben die Frauen einen einklagbaren Anspruch auf gleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit. Die Unternehmerparteien, die gegen die Unterbrechung der Schwangerschaft sind - weil sie fürchten, die Frauen könnten in Zukunft weniger Arbeiter produzieren -, bemühen das Verfassungsgericht, um die Frauen zum Austragen zu zwingen. Die Gleichgültigkeit gegenüber dem vollendeten Verfassungsbruch der Unternehmer zum Nachteil der Frauen beweist, daß die Verfassungsempfindlichkeit der Oppositionsparteien Zynismus ist. Bisher haben es die Besitzer und Verteiler hingekriegt, daß die Weiber nicht mucksen.

Ein System, das zu gut funktioniert, als daß es von nur zwei oder drei Männergenerationen hätte erdacht werden können, hält die Frauen noch immer in einer stillen Art von Irresein gefangen, in dem klinischen Wahn, ihr Verzicht sei ein Gewinn für die Menschheit. In Wirklichkeit wird uns ihr Opfer vielleicht bald den Hals kosten. Der Mangel an politischer Bildung bei Frauen ist eine Gefahr für die Demokratie.

Dieselben Leute, die die Verfassung gegen die Frauen „schützen", lassen die Lehrpläne ausarbeiten, nach denen die Mädchen unterrichtet werden. Was dabei herauskommt, sind drei Millionen ungelernte oder angelernte Arbeiterinnen. 90 Prozent aller Jugendlichen ohne jede Ausbildung sind Mädchen. Dieselben Leute interpretieren den Frauen vor den Fernsehschirmen, wie es ihnen geht. Bei solcher Gelegenheit stellt sich heraus, daß ältere Parlamentarierinnen Männer sind, die wild darauf sind, fortwährend feierlich die Hosen herunterzulassen. Korrupt heißt auf deutsch: verfälscht, entstellt. In ihrer Ansprache zum „Internationalen Jahr der Frau" versprach Frau Renger, daß sie prüfen lasse, wie groß die Ungerechtigkeit der Unternehmer beim Bezahlen der Arbeiterinnen ist.

Die Maschine mit der geringsten Ausfallquote bei der Produktion von Polit-Kretins ist die Familie. Die Familie in der herkömmlichen Form war einmal eine notwendige wirtschaftliche Einheit. Heute ist sie ein Zuchthaus. Es ist nicht erstaunlich, daß sie von den Staatsfunktionären mit so viel Weihrauch umhüllt wird. Der Grund dafür, daß sie uns quält, ist, daß sie den Besitzern der Herstellungsanlagen so viel einbringt. Ohne die Weihrauchschwaden würden wir sehen, daß Frau, Kinder und Mann in der Familie Gehorchen und Befehlen üben. Wer durch eine Familie hindurchgegangen ist, ist fähig, sich unterzuordnen; der hat seine Neugierde erstickt.

Durch die Einrichtung der Familie wird die Frau mit Gesetzeskraft-Männerkraft - in der Abhängigkeit vom Mann festgehalten. Was in der Familie geschieht, ist „Privatsache", hier verweigert der Staat der Frau den Schutz. Weil sie für ihre Arbeit in der Familie nicht bezahlt wird, können die Unternehmer sie schlechter bezahlen. Sie hat kein wirtschaftliches Rückgrat: das heißt, sie hat kein Rückgrat. Und mit der Inflation treiben die Unternehmer die billigen Ehefrauen in ihre Fabriken. Wenn die Frauen alt sind, bekommen sie eine lächerlich kleine Rente mit der Begründung, sie hätten wenig verdient. Weil sie wenig verdienen, suchen sie die Familie.

Die Familie liefert nicht nur die Frauen den Unternehmern aus, auch die Männer. Anders funktioniert die Maschine nicht. Die Abhängigkeit der Frau vom Mann ist die Rückseite der Abhängigkeit des Mannes von der Frau. Ihre Abhängigkeit wird aufrechterhalten durch seine Pflicht, für sie und die Kinder aufzukommen. Die Gesellschaft hat Mittel, den Mann, der sich für seine Familie (für einen Unternehmer) nicht verbraucht, unglücklich zu machen. Die Abhängigkeit macht politisches Engagement für ihn zum Risiko. Er wird feig und vorsichtig.

Je weiter der Mann davon entfernt ist, diese Zusammenhänge zu sehen, umso autoritärer behandelt er seine Frau, umso stärker vertieft er seine Abhängigkeit. Er „arbeitet mit", wie seine Frau mitarbeitet mit ihren „typisch weiblichen" Eigenschaften, während sie ausgenommen wird.

Noch immer behindern sich beide Geschlechter in ihren Anstrengungen, sich aus der Herrschaft der Kapitalverwerter zu lösen. Sie stehen Rücken an Rücken aneinander gefesselt und versuchen, in dieser Stellung zu kämpfen. Die Feministinnen und die Linke haben kein gutes Verhältnis. Die korrumpierte männliche Phantasie hat die Diskriminierung der Frauen noch kaum erfaßt. Wir Männer sind die Diskriminierung der Frauen gewohnt. Sie ist für uns kein Problem.

Es ist nun der Fehler der kämpfenden Frauen, daß sie über unsere selbstsüchtige Ungerührtheit enttäuscht sind, anstatt diese besondere Art der Idiotie als eine kapitalistische Kampfbedingung zu sehen. Ihr habt zu gut lernen müssen, eure Leiden zu übermalen. Wir wissen nicht, wie schlecht es euch geht. Sagt es uns!

Da fangen eure Probleme schon an: wie sollt ihr es sagen, ohne Presse ohne Fernsehen und Rundfunk! Unsere Angst vor dem Abwaschen hindert uns zu entdecken, daß die Befreiung der Frau an eine Technik gebunden ist, die uns mitbefreit.

Die Feministinnen werfen der Arbeiterbewegung vor, die Frauen nicht befreit zu haben oder nicht befreien zu wollen. Die Arbeiterbewegung unseres Landes hat bis jetzt noch keine Arbeiter befreit, auch keine männlichen. Vor Hitler und Adenauer war die Frauenbewegung weiter als heute, die Arbeiterbewegung insgesamt war weiter.

Eine Münchner Frauengruppe hat ein Buch im Trikont-Verlag veröffentlicht mit dem Titel „Frauen in der Offensive". Darin wird die Forderung erhoben, den Hausfrauen einen Lohn zu zahlen. Der Hausfrauenlohn würde sicher die bisherige Familie aufsprengen. Es wäre der Anfang der Befreiung von Mann und Frau von der kapitalistischen Einrichtung der Familie.

Der Hausfrauenlohn würde den Frauen Rückgrat einziehen und ihr Bewußtsein öffnen, möglicherweise schlagartig, und den Männern das Duckmäusertum vor der Autorität der Unternehmer nehmen. Befreiung ist ein Sammelwort für viele verschiedene Handlungen. Das Bürgerliche Gesetzbuch, der Unterricht in den Schulen, fast alle Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehprogramme müssen umgeschrieben werden; die Produkte, die wir herstellen, müssen anders verteilt werden; bestimmte Produkte dürfen nicht weiter hergestellt, andere müssen in größerer Zahl hergestellt werden. Das alles gehört zur Befreiung der Klasse. Sollen die Frauen das alles allein machen? Eine solch absurde Kampfweise ist genau das, was Familie Flick nicht zu hoffen wagt.

Frauen und Männer verrichten unentgeltliche Arbeit für denselben Personenkreis. Stimmen sie ihre politische Arbeit nicht miteinander ab, halbieren sie die Kraft der Klasse. Ein Kampf mit zersplitterten Kräften ist lebensgefährlich, er provoziert den Unterdrücker, ohne ihn zu besiegen. Das gibt ihm Gelegenheit, die Erfolge der Klasse zu annullieren. Wir nennen das Faschismus.

Der Klassenkampf hat keinen genauen Kalender. Wenn die Frauen ihren eigenen Kampf führen, weil die Männer noch zu wenig von ihnen gelernt haben, akzeptieren sie etwas Veränderliches als unabänderlich, nämlich Verhältnisse, die gemacht worden sind. Darauf beruht die Herrschaft derjenigen, die diese Verhältnisse gemacht haben. Die Konsequenz daraus heißt: Frauen in die linken Organisationen! Je mehr,, umso besser.

Konkret 03/75, S. 31

Henryk M. Broder

Einmal Solidarität, bitte!

KONKRET-Diskussion über eine neue Stimmung im Westen

Neulich hab ich Markus und Doris besucht, zwei kluge und nette Leute, die aufmerksam und kritisch mein Tun verfolgen. Sie sparen nicht mit Lob; wenn ihnen mal etwas nicht gefällt, dann sagen sie: Du bist auf hohem Niveau gescheitert. Soll heißen: Es war schön gemacht, aber politisch daneben. Nun liegen Markus und Doris bestimmt nicht auf der sogenannten korrekten Massenlinie; sie sitzen eher zwischen den Stühlen, aber mit Sicherheit in der linken Hälfte des Parketts.

Was Markus und Doris von mir unterscheidet, ist ihr ausgeprägtes „Verantwortungsbewußtsein" für das, was sie tun. Während meine Geschichten nur schön sein und vor allem mir gefallen müssen, kalkulieren meine beiden Freunde die „Wirkung" ihrer Produkte ein, auch wenn sie die weder im voraus bestimmen noch im Nachhinein messen können. Das heißt, sie überlegen sich: was, wann, gegen wen und wo. Eine Art Programm zur Verhinderung unerwünschter Folgen; der Gegenseite, wer das auch immer sein mag, sollen keine Argumente in die Hand gespielt werden. Und vor allem: Lieber kein Beifall als einer von der falschen Seite.

Vor einem Jahr ruft einer vom „Playboy" bei mir an und fragt, ob ich nicht Lust hätte, eine Glosse über emanzipierte Frauen zu schreiben. Ich hab die Glosse geschrieben und sie ist im „Playboy" erschienen, eine harmlose Miniatur: Ich zitierte eine bekannte, beiderseits des Rheins tätige Berufsfrau mit ihrer Meinung, eine Arbeiterfrau habe mit einer Unternehmerfrau mehr gemeinsam als mit ihrem Arbeitermann; ich gab die Ansicht einer anderen Feministin wieder, der Nahostkrieg wäre ein Potenzproblem und es wär gut, wenn sich die Männer gegenseitig dezimierten usw... Die Originaltöne verband ich mit ein paar kommentierenden Bemerkungen von mir („Die Zweiteilung der Menschheit erfolgt nicht mehr nach Dienenden und Verdienenden, sondern nach dem Umstand, ob einer im Stehen oder im Sitzen Pipi macht. . .").

Markus und Doris waren außer sich, wie könnte ich nur, das Thema und dann im „Playboy", ausgerechnet im „Playboy". Ich verteidigte mich wie ein Anfänger: Stimmt's oder stimmt's nicht? Haben die Mädels das gesagt, was ich zitiert habe oder haben sie's nicht gesagt? Das, wurde ich belehrt, sei zweitrangig, entscheidend sei, ob man bestimmte Sachen überhaupt veröffentlichen soll, unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt. Im vorliegenden Fall sei ja grad das schlimme, daß die Zitate alle stimmten. Ich würde damit der Frauenbewegung, die eh schwach sei und viele Feinde hätte, in den Rücken fallen. Da wurde mir klar: Nicht die Mädels sollten sich den Stuß, den sie verbreiten, gut überlegen, bevor sie ihn verbreiten; ich sollte darauf verzichten, den öffentlich gemachten Stuß öffentlich einen Stuß zu nennen.

Seitdem gerate ich mit zunehmender Häufigkeit in solche Debatten über die politische Opportunität und taktische Vernunft, dieses oder jenes zu veröffentlichen. Das Phänomen selbst ist mir nicht neu. Vor ein paar Jahren wurde meine Besprechung eines kirchenkritischen Buches im WDR aus dem Programm genommen. Im persönlichen Gespräch gab der für die Absetzung verantwortliche Redakteur zu, es läge nicht an der Qualität des Skriptes, nur „im Augenblick" wären die Kirchen (wegen anderer Vorfälle) besonders aufmerksam und empfindlich. Ich lehnte es ab, die Rezension umzuschreiben und akzeptierte die Begründung der Absetzung. Es gibt im öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Bundesrepublik Grenzen, gegen die anzurennen ein emigrierter polnischer Jude keine Lust hat. Die Rolle der Kirchen gehört dazu. Ich überlasse das berufenen Streitern.

Der Satz „Das geht im Augenblick nicht" oder „Das können wir uns in der momentanen Lage nicht leisten" kommt jetzt von links her auf mich zu. Und das ist relativ neu. Seit sich die „Tendenzwende" abzuzeichnen beginnt, wird innerhalb der Linken (das heißt unter Leuten, die sich selbst als Linke qualifizieren) unterschieden zwischen Sachen, die man in der Öffentlichkeit (in der bürgerlichen Öffentlichkeit - als ob's hier überhaupt eine andere gäbe!) sagen und schreiben kann und Sachen, die man nur intern, quasi unter Ausschluß der (bürgerlichen!) Öffentlichkeit sagen und schreiben kann.

Diese Technik der abgestuften Publizität könnte man nur dann als eine Selbstschutzmaßnahme ansehen, wenn nicht anzunehmen wäre, daß die UZ und die ROTE FAHNE, der ARBEITERKAMPF und der KÜRBISKERN bei der WELT und beim Verfassungsschutz eintreffen, noch bevor sie ihre freiwilligen Abonnenten erreicht haben. Dies ist freilich durchaus anzunehmen.

Die Mahnung „Nicht jetzt!" tabuisiert und kehrt Gegensätze unter den Teppich. Die Differenzierung der Öffentlichkeit und der Veröffentlichbarkeit dient nicht der Durchführung einer inhaltlichen Auseinandersetzung (worüber sollte auch ein RAF-Sympathisant mit einem DKP-Getreuen reden?); es soll nur, in aller Ruhe, heiße rote Luft produziert und um die Wette Prinzipientreue und ideologische Standfestigkeit demonstriert werden.

Da gibt es, das Beispiel von eben, die feministische Schlüsselweisheit von der Arbeiterfrau, die mehr mit der Unternehmerfrau gemeinsam hat als mit ihrem Arbeitermann. Ein schöner Spruch und gar nicht teuer. Wagt es einer, ihn auf seine inhaltliche Richtigkeit zu überprüfen, wird er behandelt wie ein Gotteslästerer, der mit Weihwasser gurgelt. Der eigene Standpunkt wird wie eine exkathedrale Offenbarung verkündet (bei der DKP genauso wie bei der KPD/ML), Kritik daran zur Häresie erklärt. Das Reaktionsmuster ist überall dasselbe: Wird der schöne Schein des Glaubens verletzt, setzt ein Katalog von Sanktionen ein - vom Liebesentzug bis zur politischen Exkommunizierung.

Beim UZ-Pressefest in Düsseldorf, das die gesamte DKP-nahe Presse zum größten Kultur-Ereignis der letzten Jahre hochgejubelt hat, habe ich auf dem „pläne"-Stand nach einer Biermann-Platte gefragt. Das Mädchen hinter der Theke sagte: „Biermann beteiligt sich nicht am Aufbau des Sozialismus in der DDR, deshalb kann ich es nicht verantworten, ihn hier zu führen." Kann ich es nicht verantworten . . . Ich hatte es offenbar mit Frau Pläne persönlich zu tun. „Aber", versuchte das Mädchen zu beschwichtigen, „wenn er den Weg zu uns zurückfindet, werden wir ihn wieder aufnehmen." - „Vielen Dank", sagte ich, „den Spruch kenne ich von meinen katholischen Freunden und ihren Abtrünnigen."

Ich sah den Plattenkasten durch und stellte fest, daß Frank Schöbel, der Roy Black der DDR, im Gegensatz zu Biermann sich sehr wohl am Aufbau des Sozialismus in der DDR beteiligt. Er wurde in großer Auswahl geführt und trat auch am Abend in Düsseldorf auf. Auf dem Festgelände traf ich dann ein paar Minuten später einen Kollegen, der seinen Eintritt in die DKP allen Leuten mit der Auflage mitgeteilt hatte, es niemandem weiterzusagen. Ein kritischer, engagierter Journalist, der gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik schreibt und agiert. Dem erzählte ich mein kleines Erlebnis am „pläne"-Stand.

Er fand nicht die Reaktion des Mädchens schlimm und natürlich auch nicht das Berufsverbot gegen Biermann - nein, mein Verhalten war es, das ihn halb empörte, halb belustigte. Wieso ich denn nicht verstehen könnte, daß die Sache mit Biermann und das mit den Berufsverboten bei uns zwei ganz verschiedene Paar Schuhe . . . Ich konnte nicht verstehen und ging zum DKP-Bücherzelt, um dort nach Solschenizyn und Herzl zu fragen.

Ich verstehe letztens einiges nicht mehr und bin nicht bereit, über mein „Unverständnis" den Mund zu halten. Nachdem eine inoffizielle Bilder-Ausstellung am Stadtrand von Moskau mit Planierraupen eingeebnet worden war, erklärte mir eine junge Dame, die sich hier mit gesellschaftlich relevanter Arbeit aufhält, man müsse, bevor man zu der Sache da in Moskau Stellung bezieht, erst einmal wissen, was das für Bilder gewesen wären. Es käme auf den konkreten Inhalt der Kunstwerke an. Sie habe den Verdacht, dies seien antisozialistische Bilder gewesen, sonst würde sich ja Springer bei der Geschichte nicht so stark machen. Wir könnten doch nicht mit ihm (Springer!) am selben Strang ziehen, kritisieren, was auch er kritisiert. Ich bedankte mich für die freundliche Aufklärung und bat wegen meiner politischen Unreife um Entschuldigung.

Kurz vor Weihnachten bekam ich eine Einladung zu einem Fest, wo man „sich erstmal kennenlernen, besprechen, wer, was, wie, wo und warum macht . . ., politisch diskutieren . . . Kölsch trinken" wollte. Meine Lieblingsfrau Brigitte, die absolut zu Unrecht in dem Ruf steht, links von mir zu stehen, bekam auch eine Einladung zugeschickt. Zum selben Fest. Was in dem mir zugedachten Text vorsichtig angedeutet wurde (‚Möglichkeiten von Zusammenarbeit ins Auge zu fassen . . ."), das las sich in der zweiten Fassung ganz deutlich: „Eine Reihe Maler, Musiker, Literaten und andere Kulturmenschen, die der DKP nahestehen oder gar wirkliche Kommunisten sind, haben sich überlegt, daß wir mal eine Art gemeinsames musisches Besäufnis bräuchten . . . Um das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, wollen wir uns bei dieser Gelegenheit . . . auch überlegen, ob wir eine Wählerinitiative der Künstler in NRW für den Landtags- und Kommunalwahlkampf der DKP zustandebringen, wer da mitmachen sollte, kann und will..."

Der Grad der Offenheit, d. h. wie viele Karten aufgedeckt werden, hängt offensichtlich ab von der vermuteten Nähe zur Mutterbrust. Die DKP biedert sich differenziert an, unterscheidet zwischen einem inneren und einem äußeren Kreis von möglichen Mitläufern, die entsprechend ihrem politischen Entwicklungsstand angesprochen werden - nützliche Idioten mit gewachsenen Bindungen zur bürgerlichen Öffentlichkeit, auf die man sich nicht verlassen, deren Namen man aber in Anspruch nehmen will. Auf dem Fest wurde übrigens nicht „überlegt", ob eine DKP-Wählerinitiative gegründet werden soll, das war längst beschlossene Sache, es wurden nur noch die Unterschriften eingesammelt.

Die Forderung nach „Solidarität" ungeachtet inhaltlicher Differenzen, die Unterscheidung von innerer und äußerer Öffentlichkeit erfüllt einen „verbandsinternen" Zweck: Abweichler sollen in die „solidarische" Pflicht genommen, Kritikern soll vorbeugend das Maul gestopft werden. Leute, die sich nicht genieren, Dubcek einen Verbrecher und den Feisal-Günstling Arafat einen revolutionären Sozialisten zu nennen, „Genossen", für die es nur hierzulande Berufsverbote

und polirische Justiz gibt, die sich weigern, den mit sowjetischer Hilfe vollzogenen Völkermord an den Kurden zur Kenntnis zu nehmen, die - auf all das angesprochen - auf ihren Scheuklappen bestehen wie ein Lahmer auf seinem Krückstock, haben die Solidarität, unter deren Unantastbarkeit sie sich begeben wollen, selbst vertan.

Eins haben sie allerdings unbestreitbarfesten Boden unter den Füßen, einen krisenfesten Standpunkt. Und ein Standpunkt, das wissen wir aus der Mathematik, ist eine Position mit dem Radius null.

Konkret 03/75, S. 33

Hermann L. Gremliza

Mit wem, bitte?

KONKRET-Diskussion über eine neue Stimmung im Westen

Was Henryk M. Broder da formuliert, hat schon einige Zeit auf Formulierung gewartet: Es ist wieder einmal eine jener neuesten Stimmungen im Westen, genauer: in Teilen der westdeutschen Linken.

Stimmungen haben Ursachen. Ursache der Broderschen Stimmung ist die sektiererische Intoleranz, mit der viele frisch zum Sozialismus Bekehrten ihre Umwelt belästigen. Da kehrt sich die politische Unsicherheit eines zwanzig- oder dreißigjährigen Lebens in einen riesigen Stau absoluter Rechtgläubigkeit. Jedem, der auch was für den Fortschritt tun will (und nur ein bißchen anders), stellen sie sich in den Weg, in die Arbeit, in die Erholung. Jungsozialisten dieser oder jener Fraktion gehören dazu, Jungkommunisten aus DKP und MSB Spartakus, SHBler, Feministinnen, linke Szenarios überhaupt.

Es ist nützlich, wenn einer der Behelligten seine Stimmung formuliert, bevor sie sich zu einem politischen Habitus verfestigt. Es schadet nichts, wenn rote Wut manches vergröbert, überzeichnet. Das tut Broder - leider nicht nur das. Er bricht nicht nur aus, er läuft gleich über.

Der Vorwurf muß begründet werden. Natürlich, Broder, ist deine Kritik an den überkarrenden Feministinnen richtig. Aber ist es wirklich egal, wer sie wo vorbringt? Ist es wirklich gleichgültig, ob ein Linker, der vieles nur erfährt, weil seine Gesprächspartner das wissen und ein Minimum an solidarischem Umgang mit ihren Zitaten erwarten, das so Erfahrene zum Nutzen der Gegenseite vermarktet? Daß er damit zu Heinrich Bauers „Playboy" geht, dessen Redaktionsdirektor Heinz Loosecat (van Nouhuys) heißt, nebenher die „Quick" macht und mit CSU-Gesellen kollaboriert?

Es wäre dumm, zu verlangen, daß linke Autoren die bürgerlichen Medien meiden. Aber das verlangt ja auch niemand. Schön, wenn der WDR oder der „Spiegel" Platz für demokratische oder - ab und zu mal -sozialistische Positionen bieten. Aber wenn man Broder zu Ende denkt, dürften gelegentlich linke Leute ihren Streit um Sinn oder Unsinn von Mitbestimmung in kapitalistischen Betrieben in der „Bild"-Zeitung austragen. Würde sich Broder dann auch über „Verantwortungsbewußtsein", „politische Opportunität und taktische Vernunft" lustig machen?

Wenn einer von uns schon mal die Möglichkeit hat, über bürgerliche Medien Öffentlichkeit zu erreichen, dann hat er das für den Kampf gegen die Reaktion zu nutzen und sich nicht als Hilfssheriff der anderen Seite auf die eh schon täglich Geprügelten zu werfen.

Ähnlich gehts in der Abteilung „Broder beim UZ-Pressefest" zu. Freilich, Biermann - das ist ein Problem, über das sich die Linke prinzipiell uneins ist. Aber was, in drei Teufels Namen, trägt die Wiedergabe des Verkäuferinnen-Spruchs zur Diskussion dieses Problems bei? Einen feuilletonistischen Schnörkel („Frau Pläne persönlich"). Gut, man lächelt. In KONKRET. Wenn das, festgehalten von Henryk M. Broder, im „Playboy" erscheint, ist es Denunziation.

Vielleicht ist es wirklich nicht recht, daß die DKP den Solschenizyn nicht im Bücherzelt bereithält, obwohl nur so ein zu Scherzen aufgelegter Broder zu seiner Pointe gekommen ist. Wie wär's denn, wenn Broder Springer die Suche nach seinem Autor Solschenizyn in DKP-Bücherzelten überlassen würde und sich stattdessen mal umsehen, in wieviel bundesdeutschen Buchhandlungen er auch nur eine Zeile von Rosa Luxemburg findet (um meine Schätzung - 1 Prozent - zu unterbieten).

Die Politik der DKP scheint mir in manchem vernünftig, in manchem falsch, in vielem kleinkariert. Aber ist eine Partei, deren Mitglieder zwischen 33 und 45 in Konzentrationslagern saßen, deren Übriggebliebene von 1956 bis 1968 verfolgt wurden, als hätten sie vor den KZs Patrouille gestanden, deren junge Mitglieder seit nun bald drei Jahren mit Berufsverbot belegt werden, ist eine solche Partei wirklich das geeignete Objekt, linken Witz und Stil zu üben?

Ja, wenn wir morgen den letzten Schritt zum Sozialismus tun könnten und uns deshalb heute nur noch über die beste Version zu streiten hätten, dann, Broder, nichts wie drauf. Aber es geht um Arbeitslosigkeit, Inflation, Leichtlohngruppen, Klassenjustiz, Ausbildungsboykott, Boden- und Mietwucher, Abtreibungsverbot, Zerstörung der Reste von Meinungs- und Pressefreiheit, Rüstungswahn und und und. Man kann der Ansicht sein, daß die DKP dagegen nichts nützt. Sicher ist, daß sie das alles nicht herbeigeführt hat.

Darum: Der - nochmal: verständlichen - Stimmung ist Luft gemacht. Am richtigen Ort. Und jetzt wieder auf die andern, Broder. Mit Gebrüll!

-

Konkret 03/75, S. 34

Hermann L. Gremliza

konkret ex-press

Es ist die Malaise liberaler Journalisten in dieser Zeit und diesem Land, daß alles nach ihren Wünschen geordnet scheint: Die Reaktion ist nicht an der Macht und doch droht keine Revolution, die Geschäfte gehen gut und doch nicht so gut, daß man nicht über sinkende Profite klagen könnte, alles ist frei, und was zu frei ist, hat man auch ohne Kopf-ab im Griff. Politische Kommentatoren aber müssen wenigstens so tun, als wollten sie was. Wohin dieser Zwang führt, machte kürzlich **Rudolf Augstein** vor: „Das Gespenst der Tendenzwende ist ein Kurzzeitrekrut. Hat die Bonner Koalition die Wahlen in Nordrhein-Westfalen verloren, darf er den Dienst quittieren. Schnaps wird wieder Schnaps sein. Warten wir auf den Mai. Windige Wende. Wendige Winde. Oder auch windige Wände. Tendenz, Tendenz . . ." Brillant, Brillantine. Wetterwinde. Die Wände hoch, die Reihen fest geschlossen. Klaps bleibt Klaps, Mühle windig. Tendenzwende, Wendentänze, Lendenschwänze, Lendenschurz. Schurz und Piepe, Carl Schurz und die Demokratie. Demokrazzia, Hände hoch. Ratatata, Tätätä. Täterätätendenzwende. Helau, helau . . .

Man sieht, es fällt schwer, was man nicht will und nicht weiß auch noch zu schreiben. Mancher, wie der „Zeit"-Chefredakteur **Theo Sommer,** greift rettungsuchend nach Bildern, um seine wöchentlichen zweihundert Zeilen auf der Titelseite zu füllen. Da passiert es denn; daß die SED „auf die alte Pauke schlägt", die Hallstein-Doktrin nicht „über Bord geht", die Bundesregierung „den Kuchen gleichzeitig essen und behalten" will, Genscher als „Elefant im Porzellanladen" alles „an die große Glocke hängt" und sich dabei „Ohrfeigen einhandelt", die Kalten Krieger „den Gruftdeckel hochstemmen", wir „unsere Türen" zwar „nicht verriegeln", die DDR-Bürger aber auch „nicht mit Keschern einfangen". Diesen Querschnitt aus Musik und Seefahrt, Menu, Safari, Kirchgang, Prügelstrafe, Friedhof und Fischfang rundet Sommer - er hat sich nichts, auch nichts Böses dabei gedacht - mit dem Vierzeiler ab: „Warum will Genscher sich selber die Gruben graben, in die er morgen fällt. Sollte der Bundesaußenminister den Stier vielleicht lieber bei den Hörnern packen . . ." Kopf hoch, Theo! Der Zahn der Zeit wird auch über diese Wunde Gras wachsen lassen.

Neben BND, CIA, . CSU und anderen wirkt in Lissabon auch der „Welt"-Korrespondent **Rolf Görtz** am Aufbau eines neuen Portugal mit. Zum Beispiel mit der Parole: „Noch nie kam eine kommunistische Partei mit dem Stimmzettel an die Macht. Und da sie auch in Portugal erkennen mußte . . ." Da schreibt ein kommender Träger des Konrad-Adenauer-Preises der Deutschland-Stiftung. Man kann erbitterter Gegner der physischen Gewalt sein und doch bedauern, daß Allende tot ist, und sowas lebt.

Das Londoner Goethe-Haus hatte den Katalog für eine Ausstellung westdeutscher Künstler im „Institute of Contemporary Art" mitfinanziert. Weil dort auch Plakate von Klaus Staeck gezeigt wurden, machte die CDU/CSU eine „Affäre" daraus. Minister Genscher spielte Große Koalition und mißbilligte die Goethe-Spende (KONKRET 2/75). Was sagt man dazu - als Liberaler („Freiheit, Freiheit, Freiheit" -wenn's gegen Gewerkschaften und Mitbestimmung geht)? Man sagt, als liberaler **„Spiegel"-**Redakteur**:** „Die ‚Affäre Staeck' offenbart das Dilemma von Politkunst und Kunstpolitik." Man sagt, daß „Kunst sich in Gefahren bringt, wenn sie politisch wird." Kurz, man sagt, was Liberale so sagen, wenn man sie stellt. Erst „Pi", dann „Pa" - und auf den Rest fallen sie.

In Mozarts „Entführung" sollen zwei vom Leben zum Tode befördert werden und zwar so: „Erst geköpft, dann gehangen, dann gespießt auf heiße Stangen . . ."und sofort, eine halbe Arie lang. Nach Aussagen eines Wirtschaftsredakteurs der **„Süddeutschen Zeitung"** muß mit der Kfz-Steuerreform ähnliches passiert sein: Sie wurde jetzt „im Tiefkühlschrank der Bonner Reformpolitik auf Eis gelegt", nachdem sie zuvor „systematisch im Reißwolf der Gruppeninteressen zerfetzt" worden war. Darauf gab die Bundesregierung ihr „den Todesstoß", „verfrühstückte" die Ausgleichsmasse, veranstaltete dann ein „Staatsbegräbnis" (ob im Reißwolf oder in der Tiefkühltruhe wird nicht gesagt) -und machte es dem SZ-Autor schwer, „angesichts der bisherigen Wurstelei" (also mehr Fleisch- als Reißwolf) „Trauer zu empfinden". Manchmal schämt man sich, mit solchen Leuten in einer Steuerklasse zu sein. Und dann tröstet man sich wieder, daß Kellner, fahrende Händler und Schausteller die gleichen Präferenzen genießen wie Journalisten. Also ein paar Leute, die ihr Handwerk gelernt haben.

Unsere Liberalen sind einfach putzig: Wenn man zum Beispiel den **Diether Stolze,** „Zeit"-Wirtschaftsredakteur und früher „Wirtschaftswoche"-Herausgeber, mit Neckermann-Reisen nach USA fahren ließe, setzte er spätestens bei den Azoren eine

Columbus-Miene auf. So ein Entdecker ist das. Die derzeitige Krise hat im Kopf Stolzes einiges in's Rieseln gebracht und er präsentiert das Freigewordene wie Robert Koch seine ersten Bazillen. Doch schon die Überschrift „Die Ohnmacht der Macher" ist genau drei Jahre alt (sie stand im Frühjahr 1972 in KONKRET). Dann schreibt Stolze: „Wer in Bochum oder Würzburg seinen Job verliert, findet eben wenig Trost darin, daß in Seattle oder Chicago die Arbeitslosenquote doppelt so hoch liegt." KONKRET drei Monate früher: „. . . daß die Bundesrepublik im unteren Drittel der internationalen Arbeitslosenliste bleibt. Ob das den VW-Arbeiter, den es heute erwischt hat oder morgen erwischen kann, tröstet . . .?" Nicht, daß KONKRET sich sträubt, zur Weiterbildung des Kollegen Stolze beizutragen. Deshalb konnte auch Stolzes späte Erkenntnis, das Keynessche Konjunkturkrisen-Management tauge nichts mehr, nur Freude auslösen. Wenn Stolze so weitermacht, kann er in zwei, drei Jahren vielleicht schon an einem Einführungsseminar in Ökonomie teilnehmen, ohne den Fortgang der Übung mit allzu dummen Fragen zu stören.

Die Metapher der chilenischen Junta, die Demokratie müsse ab und zu „in Blut gebadet" werden, hat sich in den Köpfen ihrer westdeutschen Anhänger niedergeschlagen - zumindest als sprachliches Raster. So geschah es, daß im Bericht der **„Frankfurter Allgemeinen"** über Straußen's umjubelten Auftritt in der Westberliner Deutschlandhalle plötzlich der Satz stand: „Der Mann, der hier in Berlin ein Bad in der Menge nimmt." Noch nicht im Blut, erst im Schweiß.

Überschrift: „Ein Leben für die Konserve/Ferdinand Dose wäre heute 75 Jahre alt geworden." Text: „Die Konserve ist das Fundament für eine gesunde Volkswirtschaft und die unerläßliche Voraussetzung für eine ersprießliche Entwicklung in allen Lebensbereichen der Nation. Davon war Ferdinand Dose zutiefst überzeugt, und deshalb war er auch während seiner zwölfjährigen Amtszeit als Präsident der Deutschen Konservenindustrie als leidenschaftlicher Kämpfer gegen alle Frischwaren, gegen jede Bagatellisierung des Verfaulens. Noch kurz vor seinem Tode forderte Dose energische Maßnahmen gegen die sich beschleunigenden Frischwarenimporte: ‚Das kann und darf in diesem Tempo und Ausmaß nicht weitergehn.' Dose war ein großer Konservenpräsident, der weit über den Tag hinausschaute." Dieser Nachruf aus der **„Allgemeinen Fleischerzeitung"** ist dort nicht erschienen. Das kann ein Fall von Verbands-Zensur sein, kann aber auch daran liegen, daß es Ferdinand Dose, über den man so viele schöne Klischees hätte ausstreuen können, nie gegeben hat. Aus dieser Not und der Tugend, daß es einmal einen Bundesbankpräsidenten **Karl Blessing** gab, dichtete eine andere Allgemeine Zeitung, die Frankfurter, den Nachruf um, ersetzte Dose durch Blessing, Konserven durch Stabilität, Frischwaren durch Inflation und ließ den so gewonnenen Text am 5. Februar 1975 erscheinen. Und niemand hat es gemerkt.

Die Regierung Südvietnams hat fünf Zeitungen verboten und 18 Journalisten aus anderen Redaktionen eingesperrt. Ohne Pressefreiheit, das weiß der „**Welt**"-Leser, gibt es überhaupt keine Freiheit. Weil aber in Saigon auch dann noch die Freiheit verteidigt wird, wenn verhaftet, erschossen, erpreßt und gefoltert wird, liefen bei KONKRET Wetten, wie denn die Überschrift zu dieser Nachricht in der „Welt" aussehen werde. „Saigon: Vietkong erschießen Journalisten", „Vietnam: Pressefreiheit wiederhergestellt" und „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit" wurden am höchsten notiert. Keiner gewann. Die Oberschrift hieß: „Saigon: Kommunisten wollten die Presse unterwandern." Woher weiß die „Welt", was die Kommunisten „wollten"? Ganz einfach: „Als Beweis für diese Behauptung wurden auf einer Pressekonferenz zwei Journalisten vorgeführt, die sich der Agententätigkeit bezichtigten. Beide durften jedoch nicht befragt werden."

In diesen Wochen läuft ein Prozeß: Heinrich Böll gegen **Matthias Walden,** den Rechtsextremisten im Dienst des öffentlich-rechtlichen SFB („Spinger-Funk Berlin") und anderer rechtsradikaler Organe („Welt", „Welt am Sonntag"). Walden hatte Böll in einem Fernsehkommentar beschuldigt, er habe den Boden für den Mord an dem Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann „durch den Ungeist der Sympathie mit den Gewalttätern gedüngt". Nun kann man sowas durchaus tun, und Walden ist - wie seine Kumpane in SFB und „Welt" und „Welt am Sonntag" - dafür beispielgebend, wie man den tausendfachen Mord in Athen und Santiago und die dutzendfache Tötung durch bundesdeutsche Polizisten (wie jüngst in München) mit dem Ungeist der Sympathie düngt. Waldens Ungeistes-Genosse Enno von Loewenstern lobte in der „Welt" die Westberliner Richter, die in einem ähnlichen Fall gegen Heinrich Böll entschieden hatten, für ihre Motive: „Das Kammergericht, dessen Präsident Günter von Drenkmann gewesen war, hat Bölls Antrag abgewiesen." Auch ein Rechtsgrund! Man könnte nun längere Abhandlungen über Klassenjustiz, Klassenpresse und die Unsinnigkeit der Walden-Beschuldigung gegen Böll verfassen. Man kann sich aber auch einfach sagen: Solange man in einem Staat wohnt, wo ein mittelmäßiger, von der Reaktion bezahlter Spaltenfüller einen als Anwalt von Humanität über Jahrzehnte erprobten Dichter auf Staatskosten anspucken darf, hat man noch andere Arbeit vor sich.

Konkret 03/75, S. 36

Peggy Parnass

Hilfe Polizei

KONKRET-Gerichtsreporterin Peggy Parnass wollte über einen Prozeß wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt berichten. Jetzt wurde sie selbst angezeigt: Sie hat einen Polizisten geohrfeigt

Die blonde Schauspielerin Renate Biehl sah ich als Polly in der Drei-Groschen-Oper in Oberhausen. Später am Thalia-Theater in Hamburg. Im Sommer 73 las ich, daß ihr, die zufällig während einer Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhung am Hamburger Hauptbahnhof vorbeikam, von Polizisten mit einem Gummiknüppel das Nasenbein zertrümmert wurde. Sie hatte einem schmächtigen Jungen helfen wollen, der zusammengeschlagen wurde.

So wie die Dinge inzwischen hierzulande wieder sind, darf es keinen wundern, daß nicht die knüppelnden Polizisten, sondern Renate unentschädigt vor Gericht landete. Daß sie vor Schmerzen schrie und sich wehrte, brachte sie wegen Widerstandes und versuchter Gefangenenbefreiung vor den Kadi. Ihr Prozeß ist, da der Polizei-Kronzeuge krank liegt, erstmal vertagt.

Daher riet sie mir, in einen anderen Prozeß gleicher Güte zu gehen. Gleich morgen. Man muß wissen: Prozesse gegen Demonstranten laufen zur Zeit um die Wette. Man erfährt's nur nicht. Auch dieser Prozeß war nicht auf der Justizpresseliste aufgeführt.

Am 13. 1. 1975 in aller Herrgottsfrühe rein ins Strafjustizgebäude. Eine bewachte Festung. Man wird gefilzt. Man wird abgetastet. Man grüßt. Man macht sich lieb Kind. Makaber. Scherzt dumm über die Waffen, die die Jungs vor sich auf dem Tisch liegen haben. Vor lauter Freude, daß man keinen auf den Kopf kriegt. Daß nicht auf einen angelegt, sondern daß man- man kennt sich ja inzwischen - angelächelt wird. Denkt: Den Armen ist es sicher peinlich, einen so blöden Dienst zu tun. Rein in den Saal 192, der so klein ist, daß nur ein Bruchteil der Interessierten reinpaßt. Dafür herrscht auf der Pressebank durchaus kein Gedränge. Ich bin dort ganz allein. Froh wie immer, schon wieder mal nicht auf der Anklagebank Platz nehmen zu müssen.

Der Angeklagte Gerd Strate, 25, der gerade im ersten Staatsexamen steht, und sein Anwalt Mäffert hatten um Aufschub gebeten. Der Vorsitzende Graue hält Strates Examensstreß für nicht erwähnenswerter als die vielen Anklagepunkte: Hausfriedensbruch, Widerstand, Gefangenenbefreiung, Beleidigung und Nötigung. Der Anwalt will Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen die Ablehnung des Aufschubs einlegen.

Schlimmer Junge, der Strate? Ach nein. Nur einer von den wenigen, die sich nicht damit begnügen, den „HV V-Kummerkasten" in der „Morgenpost` zu lesen, sondern aktiv werden, wenn sie Unrecht wittern. Wäre Strate stumm, würde man ihn für einen besonders hübschen und geschmackvoll gekleideten Bürgersohn halten. Doch er ist alles andere als stumm. Zum Staatsanwalt Gammelin, der immer wieder in politischen Prozessen auftaucht und mit den Jahren nachdenklicher geworden zu sein scheint: „Klose saß damals, wo Sie jetzt sitzen, für 2.100 Mark. Jetzt kriegt er 100.000 Mark und sorgt dafür, daß das Eros-Center ausreichend mit Prostituierten gefüllt wird. Für die Spielbudenplatz GmbH."

Strate, dessen Monatseinkommen von ungefähr 500 Mark sich aus Waisenrente und Ausbildungsförderungsgesetz zusammensetzt, stellt Bezüge her. Zwischen Fahrpreiserhöhungen und Unsummen, die ausgegeben werden, um den Konsum anzuheben. Indem man Direktzugänge von den U-Bahnen zu den Groß-Kaufhäusern errichtet und gelegentlich sogar Kaufhäuser wie Hüte auf die Bahnhofsdächer setzt. Er findet es absurd, daß er gerade jetzt, da die Demonstrationen endlich anfangen Erfolg zu haben, vor Gericht gestellt wird. Denn langsam werden auch andere Bürger wach, nachdem die erste 15prozentige Erhöhung von einer zweiten gefolgt wurde und diesen Sommer wohl eine dritte ins Haus steht. Eine Maßnahme, die sowieso nur Minderbemittelte trifft. Wie das alles funktioniert, ist für die meisten von uns sowieso ein süßes Geheimnis. Schülerkarten sind z. B. nur dann verbilligt, wenn sie für beachtliche Entfernungen gelten, z. B. wenn einer in Wentorf wohnt und in Pinneberg zur Schule geht.

Er geht auf die maßlose Verschwendung von Steuergeldern ein und beruft sich auf die interessanten Details im „Stern": Bonns Spitzenpolitiker verursachen mit ihren über 450 Wagen über 15 Millionen DM Kosten im Jahr. Jeder Kilometer im Dienstwagen kostet 2 Mark 40, sogar permanentes Taxifahren wäre billiger: 1 Mark 50 pro Kilometer.

Wahnsinnsreisen in alle Nester und Großstädte der Welt von Beamten mit Anhang werden auch von uns getragen: Kölner Stadträte für 90.000 Mark nach Hawaii. Hannovers Stadtchef Herbert Schmalstieg für 10.000 Mark in den südafrikanischen Ministaat Malawi, um höflicherweise einen Spendenscheck über 15.000 Mark persönlich zu überreichen. Peter Schulz' 100.000 Mark-Trip durch Südost-Asien mit mitfinanziertem „Welt"-Redakteur als Hofberichterstatter usw., usw.

Strate bekennt sich natürlich noch immer voll zu dem, wofür er demonstriert hat: „Es trifft nicht jeden gleich. Es trifft nur die Werktätigen. Und ich gehöre eben zu den Studenten, die bereit sind, nicht nur zu lamentieren."

Der Vorsitzende beginnt, nervös mit den Fingern zu trommeln. Dieser übergroße, rosige Mensch, jung und glatt, ist die ganze Zeit kalt aggressiv. Spricht dauernd mit einem drohenden Unterton.

Es kommt pausenlos zu Reibereien mit dem intelligenten Verteidiger. Graue macht nicht einmal den Versuch, auf ihn einzugehen. Weder, wenn es darum geht, den nächsten Termin festzulegen, noch sonst wann. Dafür verteilt er Verwarnungen wie ein Karnevalsprinz Karamellen. Er zieht sich pausenlos auf seine Rechte zurück und vergißt seine Pflichten: „Ich kann bis zu einer Woche Ordnungsstrafe oder 2.000 Mark verhängen." Seine Welt stimmt.

Strate empört sich über die Methoden, mit denen Polizisten aufgehetzt werden. So aufgehetzt, daß sie ihr Bürgerkriegs-Spiel in den Bahnhöfen und auf den umliegenden Straßen für legitim halten. Abriegelung der Bahnhöfe und - Knüppel frei!

Strate: „Ich sehe eine massive Beleidigung in der Einstellung aller Verfahren, die ich gegen Polizeibeamte angestrengt habe, und ich möchte schlicht zurückweisen, daß mir rechtliches Gehör gewährt wurde."

Da steht er nicht allein. Meinem Kollegen vom „Stern", Benno Kroll, wurden auf der Wache 14 von zwei Beamten die Arme auf dem Rücken festgehalten, während ein Dritter ihm unbehelligt ins Gesicht boxen konnte. Benno Kroll wurde vor Gericht verdonnert. Nicht der Schläger.

Was hat der Strate denn nun getan? Versucht, zu warnen. Versucht, zu helfen. Als er sah, daß sein Freund Karl-Heinz Foerster, 25 Jahre, Elektromechaniker, von vier Polizisten zu Boden geknüppelt war, riefen er und andere Umstehende immer wieder: „Lassen Sie den Mann los! Er ist unschuldig. Er ist krank. Er ist schwer verletzt."

Als keiner der Beamten auf die Zurufe reagierte, packte Strate den fünften Polizisten am Arm, um auf sich aufmerksam zu machen. Das brachte auch ihm Schläge ein. Polizeiobermeister Egon Kürten, 35, ein hier freundlicher Riese, sagt aus: „Ich dachte, er wollte nur die Menschenmenge gegen uns aufhetzen. Es zahlt ja keiner gern hohe Fahrpreise. Ich ließ den los, den ich umklammerte. Ich weiß nicht, wie er heißt."

Das ist es eben. Alles anonym. Immer nur die Masse „Gegner", in die man wahllos, gedankenlos, gewissenlos hineinschlagen kann. Weil aus dem Einsatzbefehl hervorgeht, daß man es mit Verbrechern zu tun hat.

Der freundliche Riese: „Weil ich hier einwandfrei einen tätlichen Angriff und versuchte Gefangenenbefreiung feststellte. Die Schulung, die ich in Selbstverteidigung gehabt habe, ist nicht erheblich. Ich kann nur einfaches Abführen."

Zwischenbemerkungen aus dem Publikum, zu Recht geäußerte Empörung gegen die Verhandlungsführung läßt Graue brüllen: „Raus! Abführen!" und zu dem kleinen, milden Saalwachtmeister: „Wenn Sie es nicht allein schaffen, holen Sie Verstärkung!"

Da die Öffentlichkeit darauf besteht,

weiterhin Zeuge der Vorgänge zu sein, kommt es zu Handgreiflichkeiten. Ich höre mich dem Richter, der mir hier zum ersten Mal begegnet, entgegenschreien:

„Jetzt zwingen Sie den Beamten zur Brutalität, so wie auch dieser Polizist zur Brutalität gezwungen wurde. Merken Sie nicht, was Sie tun? Sie zwingen ihn."

Graue brüllt: „Wer sind Sie denn überhaupt?" und läßt die Leute aus dem Saal zerren.

Verteidiger Mäffert: „Eine aus dem Publikum zu Recht geäußerte Empörung darf, nicht dazu führen, daß ausgeschlossen wird."

Zusammenhänge werden klar. So läuft das. Einer ordnet an. Macht sich die Hände nicht schmutzig. Er ist schmutzig. Und weiß, der Untergebene darf sich nie weigern, nichts in Frage stellen.

Wie immer unterhielt ich mich mit Beteiligten in den Pausen. Diesmal auch mit Polizisten: „Guck mal, die demonstrieren doch für euch mit. Ihr und eure Familien seid doch von den Preiserhöhungen genauso betroffen." Einer sagt: „Ja, meine Frau würde am liebsten mitdemonstrieren." Ein anderer: „Wie kommt man sich denn vor. Am liebsten würde ich manchmal meine Uniform in die Ecke schmeißen." Das nennt man Zwiespalt. Bis dahin muß er andere in die Ecke werfen.

Da fällt mir der ein, der den Knüppeldienst verweigerte. Mit der Begründung, daß seine eigene Schwester unter den Demonstranten sei. Sein Verhalten brachte ihm beruflich großen Ärger ein.

Ich habe schon vier- bis fünfmal in meinen Artikeln Polizisten zum Ungehorsam aufgefordert. Zum Ungehorsam da, wo man sie auffordert, andere zu verletzen. Es ist doch etwas faul, wenn ein ganzes Volk zusammenzuckt bei dem Gedanken: Polizei kommt!

Die Verhandlung geht weiter. Tage kommen, Tage gehen. Der Prozeß ist so lang, daß es wohl einen ganz besonderen Grund haben muß, daß er nicht auf der Justizpresseliste aufgeführt war. Der Ärger bleibt. Das Hick-Hack nimmt kein Ende. Öffentlichkeit geht rein, sobald einer laut denkt, fliegt sie wieder raus. Da ist Graue nicht pingelig.

Staatsanwalt Gammelin sieht die Dinge anders. Er wendet sich gegen einen generellen Ausschluß. Allerdings finden die Jugendlichen, als sie wieder im Gericht sitzen, die Hälfte der wenigen Plätze von plötzlich aufgetauchten älteren Herren besetzt.

Karl-Heinz Foerster, dem Strate und andere Umstehende helfen wollten, tritt als Zeuge auf. Etwas unbeholfen. Ihn konnten angeblich fünf kräftige Polizisten nicht bändigen. Foerster, der seinen Prozeß wegen Widerstands noch vor sich hat: „1968 hatte ich einen Unfall. Danach war ich querschnittsgelähmt. Ich bin nur zum Teil wieder hergestellt und muß ein Stützkorsett tragen. Strate wußte das und hatte Angst um mich."

Graue: „Die fünf Beamten, die sich mit Ihnen beschäftigten, sprechen von heftiger Gegenwehr."

Der Junge: „Es war ein sehr massives und brutales Vorgehen der Polizei gegen mich. Ich hatte keine andere Möglichkeit als mich zusammenzukauern so gut es ging, um meinen Rücken zu schützen und wurde mit Knüppeln wieder hochgetrieben."

Dann ganz leise: „Mir ist es nicht möglich, mich körperlich so zu wehren und zu bewegen. Mir wurden die Arme umgedreht und ich wurde dauernd geschlagen. Es war nie nur einer, obwohl auch mal jemand woanders hinsprang und da weitermachte. Die waren immer - also - also - immer - also, also - ich weiß nicht - wie ich es ausdrücken soll - in Arbeit."

Graue hatte zum wiederholten Male Gelegenheit, einen Antrag abzulehnen. Jetzt schon wieder den auf ein neurologisches Gutachten zu der Invalidität des jungen Arbeiters.

In Prozessen, in die die Polizei verwickelt ist, buhlt die Justiz um die Freundlichkeit der Macht, statt Recht zu schaffen.

Diese Demonstration wird auch einem 50jährigen polnischen Arbeiter unvergeßlich bleiben. Er hatte zwar nichts mit ihr zu tun. Trotzdem brach man ihm die Rippen. Vier Polizisten hielten den kleinen unscheinbaren Mann mit der großen Angst fest. Einer turnte ihm auf der Brust herum. Er war einen Monat arbeitsunfähig. Erhielt kein Schmerzensgeld. Denn „wo sich Ihr Mandant die Rippen gebrochen hat, kann leider nicht mehr festgestellt werden." Die Ermittlung gegen die Polizeibeamten wurde wie üblich eingestellt. Dem kleinen Polen wurde der Prozeß gemacht. Wahrscheinlich, weil er seine Rippen so dämlich hingehalten hatte. Es gab einen Freispruch für den Dankbaren.

Immerhin, es gibt auch andere Richter. Der Vorsitzende Sörensen stellte neulich in dem Prozeß gegen die Studentin Sabine Kennen wegen versuchter Gefangenenbefreiung fest, daß zur damaligen Zeit die Festnahme auf dem Bürgersteig der Mönckebergstraße und Personalienfeststellung rechtswidrig war, weil nicht mehr zur Herstellung der Sicherheit und Ordnung geboten. Freispruch.

Der dritte Prozeßtag:

„Polizist Böger, 26 Jahre, in Jeans und Samtjacke mit Fell. Erzählt von älteren Fahrgästen, die erschreckt von einem Platz zum anderen hopsten und von ärgerlichen Parolen: „Knüppelgarde Ruhnau" - „Ich glaub', der war es damals gerade. Ich kam von hinten. Da erkannten wir uns, Strate und ich. Wir sind zusammen zur Schule gegangen."

Was empfanden sie in diesem Augenblick? Der Demonstrant und der Polizist. Böger: „Er warf mir vor, mich mit einem unmenschlichen Polizei-Einsatz zu identifizieren." Eine Diskussion zwischen Kam und Abel.

Als aus der Öffentlichkeit wieder Rufe kommen: „Ihr habt doch sofort geknüppelt. Die Fahrgäste hatten doch nicht Angst vor uns, sondern vor der Polizei!" kommt es wieder schneidend von Graue: „Raus! Räumen!"

Strate: „Die Öffentlichkeit ist in diesem Prozeß mein einziger Schutz. Wir sind das Volk und Sie sind sein sogenannter Vertreter. Wieso mußten die Wagen von innen nach außen gesichert werden? Daß die Leute nicht auf die Gleise fallen oder was?"

Der Zeuge wird mit Dank entlassen. Der Saal von behelmten Polizisten gewaltsam geräumt.

Graue steht auf seinem Richterplatz und grinst, als die rausgezerrten Mädchen kreischen. Ich bleibe drin und fahre den Richter Graue schon wieder an: „Hören Sie doch auf zu lachen. Es besteht wirklich kein Anlaß. Sie haben einen sonderbaren Sinn für Humor. Überdenken Sie doch mal, was Sie tun."

Als er daraufhin auch mich scharf auffordert zu gehen, es sei Pause, lacht er nicht mehr.

Vor dem Saal ein Meer von behelmten und unbehelmten, aber auf jeden Fall schwer bewaffneten Beamten.

In der Pförtnerloge sollte ein neuer Schlüssel zum Pressezimmer für mich bereitliegen. Dorthin wollte ich mich verkriechen. Pförtner Sauer, immer hilfsbereit, verwies auf den Hausschlosser im Keller und zeigte mir den Weg dorthin.

Schon der erste Raum dort unten brechend voll von Polizisten. Wer hätte das gedacht? „Oh, Sie sind hier, ich suche nur den Hausschlosser". Tür wieder zu. Gleich darauf ging's rund. Vom Voyeur wurde ich unfreiwillig zum Akteur. Ein Hüne von Mensch, ich glaube Ristow mit der Nummer 3318, wie aus dem Boden gestampft neben mir, brüllte: „Was suchen Sie hier? Raus!"

Ich versuchte noch, meine Anwesenheit zu erklären. Wurde zum Dank von allen Seiten angebrüllt, gestoßen und gezerrt. Und mir fiel wieder alptraumartig ein Vorfall bei der Springer-Demonstration ein: Als ich damals sah, wie sechs Polizisten einen am Boden liegenden schmächtigen Brillenträger mit Knüppeln und Tritten bearbeiteten, rief ich andere Polizisten zu Hilfe. „Geh' doch erst mal nach Hause und wasch dich, du Sau", sagte damals feinsinnig einer zu mir.

Jetzt hätte ich auch am liebsten die Polizei zu Hilfe gerufen. Aber welche? Doch was für ein Glück: Als sie mich die Kellertreppen hochstießen, hatte ich plötzlich den obersten Staatsanwalt des Strafjustizgebäudes, Herrn Dose, und den lieben Pförtner vor mir. Land in Sicht. Hilfe in Sicht. Erwartete Verteidigung. Wurde nochmal von hinten unsanft angepackt, drehte mich um (stand jetzt ja höher), und gab dem aufdringlichen Mann hinter mir eine schallende Ohrfeige.

Das war's.

Wodurch hat sich die Schutzfunktion des Polizisten so unmäßig verschoben? Auch ich möchte mich an die Polizei wenden können, wenn ich Hilfe brauche. Zu ihr gehen können, anstatt mich strafbar zu machen, wenn ich nicht vor ihr herlaufe. Wobei natürlich auch das schnelle Sich-Entfernen Grund zur Strafe liefern kann. Ist der Mann in Uniform genauso ängstlich wie der Läufer, kommt es häufig zur Todesstrafe. Wobei man die Angst eines bewaffneten Staatsdieners auf jeden Fall ernster nimmt als die Angst eines unbewaffneten Bürgers.

Nun bin ich dran wegen Körperverletzung. Und weil ich mich nicht gern von Fremden anfassen lasse und das sagte, auch wegen Widerstands und Beleidigung.

An feixenden Polizisten vorbei wurde ich zum Peterwagen geschafft. Unter permanenten Drohungen wie „Sofort freiwillig rein in den Wagen, sonst falt' ich Sie" brachte man mich zur Polizeiwache 14. Die Ausweiskontrolle, um die es zum Schluß angeblich ging, war, wie sich zeigte, Quatsch. Erstens bot ich schon im Gericht an, meine Ausweise aus der großen Schultertasche zu holen. Ohne Erfolg. Zweitens hielt man mir im Peterwagen meine Gerichtsreportagen für KONKRET vor. Mit Anwalt oder Redaktion zu telefonieren, wurde mir untersagt. Ein Polizeiarzt wurde mir verweigert. Da ich weder in einer Blutlache stand, noch umkippte oder sichtbare Brüche hatte. Nur Prellungen und einen Schock. Ich wollte Anzeige erstatten: „Sie haben nichts anzuzeigen."

Bei der Vernehmung meinte der sehr nette Kripo-Beamte, der einzige ohne Kasernenton, Ristow sei normalerweise eine Seele von Mensch.

Die sich in den KZ's abreagierten, waren zu Haus auch häufig Seelen von Menschen. Ihre Ehefrauen haben das durchweg bestätigt. Nur, was habe ich mit der Massenpsychose der Polizei zu tun? Wer macht den Jungs solche Angst, daß sie nur noch um sich schlagen können? Im Schutz ihrer Uniform. Es ist wie bei den Rockern. Jeder für sich durchaus umgänglich.

Zum Abschied bei der Kripo: „Übrigens, Sie fragten anfangs nach meinen Eltern. Die hat man umgebracht. Ich habe nie begriffen, auch als Kind nicht, daß weder sie noch andere den Versuch machten, sich zu wehren."

Wie betäubt gehe ich zurück ins Gericht. Nicht bereit, mich kaputt machen zu lassen. Doch die Schmerzen werden stärker. Handgelenke schillern grün-blau-braun. Schmerz an Rücken und Schulter wird unerträglich. Mein Kopf ist am Zerspringen. Mir ist so übel.

Wie wird man schuldig? Wenn der Kopf bei einem Schlag wackelt. Wenn man hinfällt. Wenn man versucht, aufzustehen. Wenn man versucht, sein Gesicht vor Schlägen zu schützen. Wenn man versucht, etwas zu sagen. Wenn man schweigt. Wenn es so weiter geht wie bis jetzt, reicht es, wenn man Gesichtszuckungen hat.

Der kleine Prozeß, zu belanglos für die Justizpresseliste, geht immer noch weiter. Inzwischen schon sechs Tage. Der Ausgang des Prozesses entscheidet über Strates Zukunft.

Freund Graue weiß, wann und wo es durchzugreifen gilt. In einem Verfahren wegen der gleichen Demonstration beantragte der Staatsanwalt 500 Mark Strafe. Graue, hart aber dafür ungerecht, entschied sich für 800.

Im Gehen höre ich, wie welche rufen: „Freiheit für Gerd Strate!", und der berobte Graue aus großer Höhe herab sagt überlegen lächelnd: „Ach wissen Sie, damit können Sie uns nicht beunruhigen."

Konkret 03/75, S. 40

Hartmut Schulze

Brotlose Kunst

Über den Künstler-Report und was Bonn daraus gemacht hat

200 Jahre nach Goethes Dramtischer Skizze wurde „Künstlers Erdenwallen" zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen, Ende Januar gar zum Gegenstand einer Bundestagsdebatte. Es ging um den „Bericht der Bundesregierung über die wirtschaftliche und soziale Lage der künstlerischen Berufe".

Um vorab zu klären, welchen Stellenwert das Hohe Haus dem zu verhandelnden Gegenstand beimißt, rechneten gleich zwei der vier Redner vor: „Wir haben uns hier mit einer Gruppe zu beschäftigen, die 0,23 Prozent der Erwerbstätigen umfaßt." Dementsprechend war der Bundestag besetzt: mit 40 Abgeordneten. Zwar mußten sie zur Kenntnis nehmen, daß es der großen Mehrheit der 75 000 Künstler in der Bundesrepublik ausgesprochen dreckig geht -außer einem Lamento folgte daraus jedoch nichts.

Neben den direkt Betroffenen sind vor allem Karla Fohrbeck und Andreas Wiesand sauer darüber. Ihr Hamburger ‚Institut für Projekt-Studien` hatte in vierjähriger Arbeit die Grundlage für die Bundestagsdrucksache geliefert. Was damit dann unter den Fingern der Bonner Ministerialen geschah, beschreibt Fred Eckard von der Bühnengenossenschaft (Interessenvertretung der Bühnenangehörigen im DGB) so: „Die Bundesregierung hat das umfängliche Gutachten nach ‚eigenständiger Wertung` gekürzt und zu ihrem ‚Künstler-Bericht` zusammengefaßt. Der Vergleich mit der vollständigen Fassung macht deutlich, welche Teile des neu erworbenen Wissens der Bundesregierung nicht gelegen kamen:

1. Ausgeklammert wird die Standortbestimmung von Kultur und Kunst mit Hinweis auf die fehlende Zuständigkeit des Bundes.

2. Der Künstler-Bericht verzichtet auf die Begründung für die erhobenen Sachverhalte - das macht die Darstellung unkritisch und steril.

3. Lösungsvorschläge werden nicht unterbreitet mit der Begründung, dies sei nicht Auftrag des Bundestages gewesen. Die vom Institut für Projektstudien entwickelten Empfehlungen blieben unberücksichtigt.

4. Eine Reihe unbequemer Daten wird auf dem Zahlenfriedhof des umfänglichen Anhangs beigesetzt."

Nun kann es sich eine Bundesregierung zwar heute nicht mehr leisten, zur sozialen Frage der Künstler so Stellung zu nehmen: „Wir empfehlen dem Betreffenden, sich zur Regelung seiner finanziellen Probleme einen anderen Beruf auszusuchen, z. B. den eines Industriearbeiters. Wäre es van Gogh nicht so schlecht gegangen, wäre er kein so großer Künstler geworden" (Antwort auf das Unterstützungs-Ersuchen für einen jungen Maler, zitiert in der Süddeutschen Zeitung vom 12. 6. 1960).

Der gleiche Zynismus tritt aber wieder hervor, wenn SPD-MdB Lattmann nach der Aufzählung der gröbsten Ungerechtigkeiten, nach der Schilderung der Notlage der Künstler schließt: „Dies ist nicht die Stunde der Versprechungen. Denn ihr Halten ist schwierig geworden in einer Gesellschaft, die aus dem Überfluß in ernüchterte Dimensionen zurückkehrt."

Es war vielmehr die Stunde der großen Reinwaschung - vom Vorwurf, Bundestag und Bundesregierung scherten sich nicht um die Belange der Künstler. Tenor: Was wollt ihr denn? Wir haben doch eine dicke Enquête machen lassen, mit ganz vielen Zahlen. Und weiter: „. . . Gelegenheit, sich eingehend mit der Situation der Künstler vertraut zu machen und sie in den Ausschüssen - ich bin ganz sicher, daß es dort eingehend geschehen wird - zu beraten . . . Wir werden uns mit diesen Dingen umfangreich zu befassen haben . . . Noch viel zu sagen in der Republik des Geistes wie der sozialen Notwendigkeiten . . ."

Um 75.000 Künstler geht es, um Puppenspieler, Posaunisten, Bildhauer, Musikpädagogen und Diskjockeys - insgesamt 19 Berufssparten, die Wortproduzenten sind nicht darunter. Deren Misere wurde (ebenfalls von Fohrbeck und Wiesand) schon vor drei Jahren mit dem ‚Autorenreport` dokumentiert. Geändert hatte sich dadurch nichts. Die Farce der folgenlosen Faktenhuberei soll sich jetzt wiederholen.

Rund 400 000 Mark, schätzt Wiesand, hat die Enquête insgesamt gekostet. Ein bißchen happig für einen Fensterreden-Anlaß. Immerhin erleichtert sie dem, der sich durch das Konvolut hindurcharbeitet, eine Einschätzung, die Bundestags-Redner Köhler (CDU) provoziert: „Die Bedeutung, die die Gesellschaft der Pflege und Förderung künstlerischen Tuns und der damit befaßten Menschen entgegenbringt, läßt sehr wohl Rückschlüsse auf die Beschaffenheit dieser Gesellschaft zu." Vielen Dank auch für den Tip.

Doch es muß nicht bei der wenig originellen Feststellung, daß der Imperialismus prinzipiell kulturfeindlich ist, bleiben: In diesen Tagen erscheint im Hanser-Verlag die vollständige und aktualisierte Fassung der Künstler-Enquête*, mit

Einschätzungen, mit Lösungsvorschlägen, mit erdrückender Materialfülle zum sozialen Standort der Künstler in der BRD: von der Altersversorgung des Jongleurs bis zur Mehrwertsteuer des Rock-Gitarristen - 700 Seiten, und auch dies ist nurmehr ein Extrakt aus einer meterlangen Hängekartei im Hamburger Institut.

Erklärtes Ziel der Enquête-Autoren war es, mit ihrer Veröffentlichung sowohl den „Nimbus des In-Armut-Schaffenden" als auch das andere Extrem, das von Super-Gagen geprägte Künstler-Bild, zu zerstören. Sie ermittelten für 1972 ein durchschnittliches Brutto-Jahreseinkommen von 22.800 Mark. Somit liegen die Künstler etwas über dem Durchschnitts-Einkommen aller „Arbeitnehmer" von 19.500 Mark, aber weit unter dem der nach Ausbildung (durchschnittlich fünf Jahre) und Tätigkeitsvoraussetzungen vergleichbaren Wissenschaftler, Ingenieure oder Ärzte. (Ein Arzt verdiente 1971 im Durchschnitt 101.400 Mark).

Der Künstler-Report weist selbst auf die Problematik solcher Durchschnittsrechnungen hin, hinter denen Höchstgagen und Hungerlöhne stecken. Rund 4500 Künstler zählen Fohrbeck und Wiesand mit über 5000 Mark monatlich zu den Spitzenverdienern. Demgegenüber stehen 5-6000, die im Monat brutto weniger als 500 Mark (Freiberufliche) bzw. 750 Mark (abhängig Beschäftigte) verdienen. Das Einkommen fast jedes zehnten Künstlers liegt also unter dem Existenz-Minimum. Der Verdienst der Frauen (ein Drittel aller Künstler) liegt im allgemeinen um die Hälfte unter dem ihrer männlichen Kollegen.

Für diese Einkommen arbeiten über 50 Prozent der Künstler länger als 40 Stunden in der Woche, mehr als ein Viertel sogar länger als 50 Stunden.

Besonders arg dran sind die freiberuflichen Künstler (jeder Dritte). Der Report zitiert einen Schauspieler: „Als ich meinen Anfänger-Vertrag an einem Stadttheater hatte, war ich natürlich selig und fest entschlossen, mit den 750 Mark brutto auch auszukommen . . . Die kaufen immer billige Anfänger ein und bezahlen eine Gage, die für einen älteren Kollegen, der ebenso die Rolle spielen könnte, viel zu niedrig ist."

Irrwitzige gesetzliche Bestimmungen zwingen die „freien" Künstler zu unmenschlicher Konkurrenz untereinander: „Bislang sind für freischaffende Künstler und Publizisten verbindliche oder auch nur als Mindestregelung empfohlene Vertragsund Honorarsätze schon daran gescheitert, daß sie vom Bundeskartellamt als wettbewerbswidriges Verhalten von ‚Unternehmen` - als die die einzelnen Künstler widersinnigerweise vom Kartellrecht eingestuft werden -charakterisiert und unter Strafe gestellt worden." (Künstler-Report) Schließlich, irgendwo muß das Kartellamt doch wirksam werden können . . .

Völlig unzureichend ist vor allem die soziale Sicherung der Künstler. Ein Drittel aller „freien" Maler und Bildhauer zum Beispiel stehen mit ihren Familien ohne jegliche Altersversorgung da. Angesichts der Tatsache, daß in diesen Berufsgruppen 40 Prozent weniger als 1000 Mark brutto monatlich verdienen, ist es eine beispiellose Unverfrorenheit, wie die CDU im Bundestag von „mangelnder Vorsorgebereitschaft" zu sprechen.

Die Hälfte aller Künstler lebt von Aufträgen der „Öffentlichen Hand". Aber die wird immer knickriger. Sind die Kulturausgaben finden Etats der Länder und Gemeinden ohnehin bisher nur mit 1 Prozent veranschlagt, wird gegenwärtig allenthalben weiter gekürzt. Der Hamburger Senat etwa meint, 2,1 Millionen Mark einsparen zu müssen und streicht kurzerhand eine knappe Million an Subventionen für die Hamburger Symphoniker: Todesurteil für das Orchester, 60 Musiker verlieren ihren Arbeitsplatz. Rundfunk und Fernsehen schränken ihre Eigenproduktionen immer weiter ein, kaufen ausländische Serien und füllen die Programme mit Wiederholungen. Die ARD hat beschlossen, ihr dummes aber billiges Hörfunk-Nachtprogramm ab Mai bereits um 22.30 Uhr beginnen zu lassen.

Was Wunder, daß bei solcher Entwicklung die Zahl der Künstler rapide abnimmt, daß die Arbeitslosigkeit unter ihnen rapide zunimmt, 1973 lag sie bereits in den Bühnenberufen bei 11,6 Prozent. Heute kommen bei der zentralen Bühnen-, Fernseh- und Filmvermittlung des Arbeitsamts in München auf jede männliche Rolle 10, auf jede weibliche sogar 50 Bewerber.

In dieser Situation preist ausgerechnet Dieter Laumann im Bundestag die Urheberrechts- und Kultursozialpolitik der Regierungskoalition und fordert deren Fortsetzung. Wenn überhaupt ein Mitglied dieses Hohen Hauses um die Verfehltheit und Ungerechtigkeit dieser Politik weiß, dann müßte es der Kollege Laumann sein, der bis zum Herbst Vorsitzender des Schriftsteller-Verbands war: Alle bisherigen Regelungen, vom Urheberrecht bis zum Bibliotheksgroschen, machen die arrivierten Spitzenverdiener noch reicher, lassen die Unbekannten auf der Strecke.

Die Enquete setzt dem eine Vielzahl, zum Teil sehr ins Detail gehender Empfehlungen entgegen, die in der Regel zusammen mit den verschiedenen Künstler-Organisationen erarbeitet wurden. Sie reichen von der Schaffung eines Personal-Pools für ‚freie` Mitarbeiter bis zur Renten- und Krankenversicherungspflicht. Die Erweiterung der Bundeskompetenz für den Kultur-Bereich, wie sie im Künstler-Report immer wieder implizit auftaucht, dürfte allerdings kaum den erhofften Fortschritt bringen. Im Gegenteil: Das Beispiel der geplanten Deutschen Nationalstiftung (als Bollwerk kultureller Alleinvertretungsansprüche) und der Fall Staeck zeigen, daß die Folge hieraus noch weitergehende politische

Disziplinierungen wären (Man denke nur an Maihofers Überlegungen, das Berufsverbot jetzt auch auf die Rundfunkanstalten auszudehnen).

Vollends fragwürdig werden die Empfehlungen der Enquête, wenn Karla Fohrbeck als Land, das ihren Vorstellungen am weitesten entgegenkommt, die USA mit ihrem profitorientierten Mäzenatentum nennt. Solche Schlußfolgerungen ergeben sich allerdings zwangsläufig, wenn - wie im Künstler-Report - die artistische Produktion isoliert vom ideologischen Inhalt, den sie vermittelt, betrachtet wird.

Es ist jetzt endlich an der Zeit und Sache der Künstler selbst, für die dringendsten Verbesserungen ihrer Lage zu sorgen, jetzt endlich auch das „Ende der Bescheidenheit" zu verkünden und endlich mit einheitlichen Forderungen aufzutreten - und das weniger halbherzig als die schreibenden Kollegen.

Aus Bonn und den Landeshauptstädten, aus Bezirksversammlungen und Gemeinderäten werden sie stereotyp hören: Öffentliche Armut... Krise... Die Bühnengenossenschaft zum Beispiel widerspricht dem in ihrer Zeitschrift mit dem Faksimile einer FAZ-Meldung: „Die Verteidigung kostet jeden Bürger jährlich 600 Mark" und ergänzt lakonisch: „0,3 Prozent des Bruttosozialprodukts wird für Kultur (inkl. Erwachsenenbildung) ausgegeben, das sind je Bürger DM 38,50."

Bei ihrer Sache können die Künstler der Unterstützung eines gewachsenen Publikums sicher sein. Denn das gehört zu den wichtigsten Neben-Ergebnissen der Enquete: 89 Prozent aller Bundesbürger wollen nicht auf Kultur verzichten; kulturelles Interesse und Engagement und künstlerische Eigenbetätigung sind in den letzten Jahren stark angewachsen.

Daß Erfolge im Kampf gegen den Kultur-Abbau möglich sind, haben soeben Theater-Leute und Publikum in Nordrhein-Westfalen bewiesen. Zwei „Strukturpläne" der Landesregierung sahen die Schließung zahlreicher Bühnen vor. Vielfältige Aktionen und Demonstrationen, meist von der Bühnengenossenschaft initiiert, waren die Antwort. Am 22. Januar schließlich mußte sich der Düsseldorfer Landtag mit dem Finanzausgleichsgesetz 1975 zur einschränkungslosen Förderung aller Theater verpflichten.

Die Enquête stellt fest, daß rund die Hälfte aller Künstler in 40 berufsständischen oder gewerkschaftlichen Verbänden organisiert ist. Oft genug blockieren sich diese Verbände mit ihren unterschiedlichen Interessen und unterschiedlichen Forderungen gegenseitig selbst. Konsequenz: Schnell weiter auf dem Weg zur einheitlichen IG Kultur und Medien.

---

*) K. Fohrbeck/A. J. Wiesand, Der Künstler-Report. Musikschaffende, Darsteller/Realisatoren, Bildende Künstler/Designer. München 1975 (49.80 DM)

Zusätzlich erscheint im J. Schweitzer Verlag, Berlin; K. Fohrbeck/A. J. Wiesand/F. Woltereck, Arbeitnehmer oder Unternehmer. Die Rechtssituation der Kulturberufe. ca. 280 S. ca. DM 49,-

Konkret 03/75, S. 42

Henning Venske

Der Mann vom anderen Stern

Henning Venske, Ex-Moderator von „Musik aus Studio B" und NDR-Kalautermann, hatte in KONKRET 1/75 geschrieben, „daß große Illustrierte . . . aufs innigste mit den Schallplattenfirmen verfilzt sind, daß sie sogar ihre eigenen Schallplatten produzieren". Als Gast der Talkshow des Ersten Fernsehens wiederholte er diese Behauptung. Kurz darauf bekam er Post:

stern

REDAKTION

Sehr geehrter Herr Venske,

Schnoddrigkeit und forsche Sprüche in allen Ehren - ein bißchen Sachkenntnis dazu könnte aber auch nichts schaden. Ich beziehe mich auf das Interview mit Ihnen in der letzten Talk-Show, wo Sie sinngemäß sagten, große Illustrierte produzierten selbst Schallplatten und scheuten sich nicht, PR- oder Reklametexte dazu als redaktionelle Beiträge getarnt abzudrucken. Gemeint sein können damit nur BUNTE, HÖR ZU und STERN.

Was den STERN und die STERN-Schallplatten betrifft: Das Blatt produziert keine Platten sondern sponsort sie - ein wesentlicher Unterschied und eine z. B. im angelsächsischen Bereich durchaus übliche Praxis. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie als Kenner der Branche das nicht gewußt haben. Falls nicht, hier die Erläuterung: STERN-Platten werden von der Industrie produziert, vermarktet und vertrieben. Die Öffentlichkeitsarbeit liegt ebenso bei den Firmen wie das geschäftliche Risiko.

Der Sinn der Sache ist ein Leserservice mit PR-Charakter fürs Blatt. Dem potentiellen Käufer soll damit geholfen werden, sich im Überangebot zurechtzufinden, und die Devise heißt„für jeden Geschmack etwas". Die Redaktion selbst und keine kaufmännische Verlagsabteilung wählt die Platten- etwa I S im Jahr - aus. Die Texte im STERN sind nicht als redaktionelle Beiträge „getarnt", sondern sind redaktionelle Beiträge, die den gleichen Gesetzen wie alle anderen STERN-Artikel unterliegen.

Ihre Ausführungen in der Talk-Show betrachte ich als töricht, insbesondere, weil das verbale Umfeld aus Vokabeln wie „schieben", „schmieren" und „zuschanzen" bestand.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Odenwald

Herr Odenwald ist der Chef des Musik-Ressorts beim „Stern". Er bekam eine Antwort:

Sehr geehrter Herr Odenwald,

Engstirnigkeit und forsche Sprüche in allen Ehren - ein bißchen Selbsterkenntnis dazu könnte aber auch nicht schaden. Ich beziehe mich auf den Brief, den Sie mir geschrieben haben. Wenn alle anderen „Stern"-Artikel den gleichen Gesetzen unterlägen wie die Texte über „Stern"-Platten, wäre der „Stern" zweifelsohne nicht Lesenswert.

Ihre Ausführungen in dem Schreiben betrachte ich als töricht, insbesondere, weil (ganz schlechtes Deutsch) das verbale Umfeld aus Vokabeln wie produziert, vermarktet, vertrieben und PR-Charakter besteht.

Mit freundlichen Grüßen

Henning Venske

Da Odenwald weiß, wie die Geschäfte ablaufen, brauchte Venske nicht in die Details zu gehen. Zu Recht suchte er die Gründe, die den „Stern"-Brief verursacht hatten, nicht in dem Verlangen, über Tatsachen aufzuklären. Denn die sehen so aus:

Natürlich produziert der „Stern" die „Stern-Musik" nicht selbst. Das machen die dazu qualifizierten Produzenten der Schallplattenindustrie - und insoweit ist Venskes Aussage ungenau. Was der „Stern" oder „Hör zu" oder „Burda" wirklich machen, läßt sich am Beispiel der „Doobie Brothers" beispielhaft darstellen: Als die „Doobie Brothers" jüngst in der Bundesrepublik gastierten, um den Anlauf ihrer neuen Langspielplatte „Listen to the music" zu unterstützen, trat ihre Plattenfirma WEA an den ‚Stern" heran. Der „Stern" war bereit, „Sponsor" zu werden: Er verlieh der Platte das Signum „Stern-Musik" und stellte Platte wie Gruppe rechtzeitig zu den Konzerten seinen Lesern vor.

Das steht- durch Fachjargon leicht unverständlich gemacht - eigentlich auch in dem Odenwald-Schrieb. Dort steht freilich nicht, daß der Sponsor von den Plattenfirmen normalerweise mit zwei Prozent vom Einzelverkaufspreis honoriert wird. (Zum Vergleich: Soviel erhält meist auch der Produzent, die Interpreten bekommen zwischen zweieinhalb und sechs Prozent.)

Vielleicht ist auch dies eine „im angelsächsischen Bereich durchaus übliche Praxis": Daß Zeitschriften-Verlage nicht nur am Verkaufserlös der von ihren Musik-Redaktionen angepriesenen Platten beteiligt sind, sondern auch noch Text- und Musikhonorare einstreichen. So stammen elf der zwölf Titel auf der „Stern"-Platte von Julio Iglesias aus dem Musikverlag „Magazine Music", Kommanditisten dieser Gesellschaft sind Radio Luxemburg und der „Stern"-Verlag Gruner + Jahr, einer der Geschäftsführer ist John Jahr jun.

Ein bißchen Sachkenntnis kann eben doch was anrichten: Zum Beispiel Flurschaden im Helotenwald.

Konkret 03/75, S. 43

§ 218

Adressen in Holland

Schwangerschaftsabbruch ist in den Niederlanden bis zur 10. Woche legal. Gerechnet wird ab erstem Tag der letzten Regelblutung. Da man mit ca. einer Woche Wartezeit nach der Anmeldung rechnen muß, keine Zeit verlieren und rechtzeitig anmelden!

Der Preis schwankt zwischen 300 und 400 Mark. Mitzubringen sind ein Fläschchen Morgenurin und der Blutgruppenausweis. Einige Kliniken verlangen zusätzlich schriftliche Hinweise vom Hausarzt, um über mögliche Erkrankungen der Schwangeren informiert zu sein, die den Eingriff erschweren könnten.

Minderjährige brauchen die Einwilligung ihrer Eltern, jedoch wird die Echtheit der Unterschrift nicht nachgeprüft. Einige Kliniken verlangen Begleitung der Patientin, einige ziehen Holländerinnen vor. Der Eingriff selbst dauert nicht lange. Es ist aber dringend zu empfehlen, sich für eine Nacht danach ein Hotel zu nehmen.

Hier der Erfahrungsbericht einer Ärztin, die in einer holländischen Klinik hat abtreiben lassen:

1. Tag: Ankunft nachmittags zu vereinbarter Zeit, Personalienabgabe, Beantwortung einer Reihe von Fragen wie: Datum der letzten Regel, Alter, Beruf, Alter und Beruf des Freundes, ob die Beziehung zufriedenstellend ist. Man bekommt ein Tütchen mit Tabletten (Antibiotika = Tetracycline), die man in den nächsten Tagen nach Vorschrift einnimmt. Danach: Untersuchung auf gynäkologischem Stuhl durch Arzt, dann wird man zu mehreren aufgerufen, in einen „Antikonzeptionsraum", wo mit jeder Frau besprochen wird, wie sie eine erneute ungewollte Schwangerschaft verhindern kann. (Pillen, die man gleich mitbekommt, oder z. B. das Einsetzen einer Spirale.) Dann bekommt man einen Termin für den nächsten Morgen, eine Beruhigungstablette (Valium 10), die man 30 Min. vorher einnehmen soll und eine kurze Beschreibung der Vorgänge des nächsten Tages.

2. Tag: Aufgerufen durch die Schwester, wartet man kurz zusammen mit mehreren Frauen, dann wird man einzeln aufgerufen in einen kleinen Vorraum mit Liege, in dem man sich bis auf die Oberkörperbekleidung auszieht. Der Eingriff selbst dauert höchstens 3 Minuten. Der Fötus (das befruchtete Ei) wird durch Absaugen herausgeholt. Dabei ist eine Entzündungsgefahr sehr gering, da keine Instrumente an die Gebärmutter kommen. Auf einem gynäkologischen Stuhl bekommt man eine Beruhigungsspritze in eine Armvene. Schmerzen macht das Eröffnen des Muttermundes (Gebärmuttereingang), ziehende Schmerzen, nicht sehr stark, aber es reicht. Es ist bald vorbei. Wenn man eine Spirale eingesetzt kriegen will, wird das gleich gemacht. Dann wird man in einen Liegeraum geführt und bekommt 2 Spritzen in den Po, danach gehen die Schmerzen gleich weg. Es bleibt eine Benommenheit. Nach etwa 30 Min. Liegen kann man mit Taxi oder Auto zu Bekannten oder ins Hotelzimmer fahren. Fast keine Nachblutung. Nach 2 - 5 Tagen ist eine menstruationsähnliche Blutung zu erwarten, deren Ursache der Abfall der Schwangerschaftshormone ist.

AMSTERDAM:

„M. R. 70 Klinik", Bachplein 1

Tel. 0031-20-798 534

(Preis 500 Gulden, weil man 1

Nacht in der Klinik bleiben muß)

GRONINGEN:

„Stimezo", Radesingel 11

Tel. 0031-50-132 250

ROTTERDAM:

„Stimezo",

Ebenhaezerstraat 20-26

Tel. 0031-10-815 522

EINDHOVEN:

Stimezo"
Prins Hendrikstraat 57
Tel. 0031-40-66 541

HEEMSTEDE:
„Beaklinik", Herenweg 215
Tel. 0031-23-289 980

ARNHEIM:
„Mildredhuis",
Burgermeesterplein 6
Tel. 0031-85-424 990

UTRECHT:
„Vreelingshuis", Biltstraat 135
Tel. 0031-30-333 542

DEN HAAG:
„Strichtring Preterm",
Fred. Hendrikplein
Tel. 0031-70-552 845

Konkret 03/75, S. 44

Günter Herburger

Lesehunger

Dies ist die neue Bücherkolumne in KONKRET Statt der ausgeleierten Seller-Liste anonymer Institute wird an dieser Stelle jeweils ein Autor seine letzte Lektüre vorstellen. Günter Herburger („Die Eroberung der Zitadelle", „Die amerikanische Tochter") macht den Anfang

Eine sehr angenehme Beschäftigung, einmal pauschal und unaufwendig über Produkte meiner Zunft zu schreiben, die mich, hungrig wie ich bin, sättigten. Schmähen, was einem mißfällt, doch vor allem loben, was einen bestürzt oder erhebt, damit diese Bücher vielleicht ein wenig mehr Leser gewinnen, die Gemeinde der Gleichgesinnten also wieder zunehmen könnte, was wichtig wäre. Die Selbstbestätigung dreht Runde um Runde.

Pablo Neruda

Ich bekenne, ich habe gelebt

Verlag Luchterhand

Tief beeindruckender Gesang des Lyrikers über sein eigenes Leben, das reich war an Höhepunkten wie auch Niederlagen. Es fasziniert die hohe Stillage der Sprache, was nicht einfach gewesen sein muß für den vorzüglichen Übersetzer Curt Meyer-Clason. Denn manchmal pauschaliert Neruda, bleibt einfach oben, während er an Inhalt nur noch wenig zu sagen hat. Trotzdem, man glaubt ihm, wenn er Freunde rühmt und in Rosenblätter wickelt. Und man lacht mit und glaubt ihm ebenso, wenn er Feinde aufsticht und in Kästen heftet wie Schmetterlinge. Ein literarischer Langweiler aus Ruhmessucht war der rigorose Chilene keinesfalls, den seine Krankheit erwürgte, als sein Land von den Faschisten umgebracht wurde.

Ulrich Becher

Die Murmeljagd,

Neuauflage, Rowohlt Taschenbuch

Ein großer, dicker Roman, der, gottlob, auch nach dreißig Stunden exzessiven Lesens noch nicht zu Ende gehen will. (Ich mag dünne Bücher nicht. Sie leiden oft an Erfindungsmangel und Entschiedenheit, obwohl auf Kurzstrecken genau das Gegenteil der Fall sein müßte.) Wird Becher genügend geehrt, zitiert, gelesen, literarisch anerkannt? Ich fürchte, nicht. Mit seinem meisterhaften Roman ist ihm eine schauerliche Tragödie gelungen, der Beginn des ?. Weltkriegs gesehen von einem Höhenkurort der Schweiz aus. Thomas Mann verschwindet in Davos, auf steht Becher in Pontresina. Das Werk ist genau so gut komponiert, als stamme es vom legendären Altmeister Wilkie Collins, erinnert an Musil von Ferne, langweilt jedoch nicht vornehm wie jener und besitzt die Dichte der „Gräßlichen Bescherung in der Via Merulana" van Gadda. Wenn ich es noch mehr rühme, breche ich mir Finger und Zunge. (Manchmal schreibt Becher zu geschickt witzig, was in unserem Land als verbrecherisch gewertet wird. So versaut ist die literarische Kritik von ihrem zähen Ernst. Ich neige auch dazu).

Johann Most

Ein Spezialist in Deutschland

herausgegeben von Dieter Kühn,

Hanser Verlag

Das konsequente und mühevolle Leben eines Frühsozialisten und späteren Kommunisten, der nach Amerika auswandern mußte. Solche Lebensbeschreibungen in Selbstzeugnissen verehrungswürdiger Vorväter und Vorbilder sollten Pflichtlektüre im Geschichtsunterricht sein. Wenn Bismarck zitiert wird, müssen seine kleinbürgerlichen proletarischen Opfer und Gegner genau so gerühmt werden. (Das hervorragende Nachwort von Dieter Kühn ergänzt und gibt leitende Übersicht.)

Literaturmagazin 3

herausgegeben von Nicolas Born,

Rowohlt Taschenbuch

Das wohl bisher beste Magazin, spekulativ, auffordernd, die jüngsten literarischen Entwicklungen in unserem Land vorwärtstreibend. Born sind Funde gelungen, so ein glasklarer Aufsatz von Dieter Wellershoff über „Zukunft und Tod". (Man zieht den Kopf und wankt unter den Schlägen, bevor man sich schüttelt und heiter entschlossen zu werden trachtet.) Es wird allmählich Zeit, daß unsere Literatur wieder zu erfinden beginnt.

Kürbiskern 1/75

Damnitz Verlag

Sehr gutes, volles Heft über Science Fiction und Soziale Utopie. Anschaulich sozialistische Standpunkte großer Vielfalt mit Entdeckungen früher Utopisten. Bester Aufsatz von J. S. Schklowski, einer mathematischen Untersuchung über das Problem von außerirdischen Zivilisationen und seiner philosophischen Aspekte. Der gelassene Kenntnisreichtum fasziniert. Die Russen scheinen spekulativ fündiger zu sein als wir. Beginnt unser klobiger Materialismus uns bereits zu verdummen?

Friedrich W. Haack

Von Gott und der Welt verlassen

Econ Verlag

Hier gewinnt der Irrsinn Methode und der Mangel, der sich zu artikulieren vermag, feiert abseitige Feste. Pfarrer Haack, Beauftragter der evangelischen Landeskirchen für Sekten und Weltanschauungsfragen, untersucht den religiösen Untergrund. Etwa 20 Prozent unserer Bevölkerung haben mit ihm zu tun, seien es Tempelkreuzler, Klein-Gurus, Handleser oder Satansgläubige. Es gibt blutarme Heilige, aber auch die japanische Göttin Ogamisama, der Anhänger einen Tempel für 20 Millionen Dollar bauten. Man staunt und entdeckt Rinnsale zittriger Glaubensvorstellungen auch in sich selbst. Die Heilserwartung ist nicht auszurotten.

Mine Stalmann

Füße unter deinem Tisch

Otto Maier Verlag

Jungmädchenroman in der Kratzbürstenart von Salinger geschrieben. Sehr treffsicher und anschaulich, wenn auch ein wenig zu rein und bewahrend. Dem Mädchen könnte man ruhig ein bißchen mehr unter die Röcke gehen. Scheuer, fauler Schluß infolge Heirat viel zu früh mit einem reichen Jungen. Da er latent homosexuell ist, ließe er sich in einer Fortsetzung leicht wieder abschaffen, damit man über das Mädchen und seine bunten Angehörigen weiteres erführe. Die sozialen Probleme würden sich gezwungenermaßen häufen, je mehr die Familie verarmt. (Ich werde in Zukunft mehr Jungmädchenromane lesen. Vielleicht gibt es Funde.)

Louis-Ferdinand Céline

Rigodon

Rowohlt Verlag, das neue Buch

Letzter Roman des französischen Berserkers in seinem berüchtigten Satzzipfel -Stil, in dem sich alles so haßerfüllt sagen läßt, wie Céline die Welt sieht. Doch die Kraft hat nachgelassen, Céline bedauert sich ein wenig selbst, beginnt auf kleinerer Flamme zu nörgeln aber wenn er das untergehende 3. Reich beschreibt, durch das er mit Frau und Kater irrt, langt er erneut in die Inferno-Sprache und benützt Gelächter und Wut wie keiner. Wir haben nichts vergleichbares vorzuweisen.

Karl Heinz Jakobs

Die Interviewer

S. Fischer Verlag

Hervorragender Roman über einen ironischen Operationsforscher und seine tatkräftige Frau, die als ökonomische Direktorin eines Glühlampenwerkes arbeitet. Dazwischen spukt ein heranwachsender Sohn herum, der gern gammeln möchte und es nicht zustandebringt. Zuletzt flucht der Vater, und ein Fernsehredakteur gerät in Wut ob der Widersprüchlichkeit der natürlichen Wirklichkeit, während die zweite, die künstliche, bisher stimmte. Die Direktorin möchte nochmal ein Kind, obwohl sie vor Arbeit schon beinahe zusammenbricht. - Ich wüßte niemand, der so etwas

Souveränes bei uns zu verfassen verstünde. Ein DDR-Autor führt vor, aus welchen Quellen industrieller Realität ein Dichter sich speisen zu lassen vermag. Ich wollte, ich wäre so gescheit. (Nein, Verzeihung! Ich wollte, ich wäre so naturwissenschaftlich gebildet wie dieser Kollege.)

Peter Tompkins / Christoph Bird

Das geheime Leben der Pflanzen

Scherz Verlag

Wenn die wissenschaftliche Behauptung stimmt, daß Pflanzen fühlen können, dann sind wir ständig von unhörbarem und unsichtbarem Schreien, Ächzen und Stöhnen umgeben, während wir Wiesen mähen, Rettiche herauszupfen und Bäume fällen. Gespenstische Perspektive der beiden Autoren. Spekulation: Die gesamte Pflanzenwelt beinhaltet eine gigantische Datenbank aller sinnlichen Erlebnisse auf dieser Erde, was wiederum seine Entsprechung fände, um ein geschlossenes System zu erzeugen, in den Datenbanken der Chromosomen. (Mehr will ich nicht verraten. Ich werde es vielleicht einmal später in einem Buch verwenden. Schauderhaft, die Konsequenz, die sich aus diesen Gedanken ergibt.)

Birte Lena / Günter Herburger

Schöner Kochen

Verlag Eremiten-Presse

52 Zeichnungen in Bleistift mit zielstrebiger Genauigkeit ausgeführt über ein Thema, das mit dem Kochen zusammenhängt. Birte haßt und liebt zugleich und bringt mir das Fürchten bei, weshalb ich 52 Verse politisch tückischer Stimmung dazu machte. Offen gestanden, das Buch ist nicht übel gelungen, einiges ließe sich sogar zitieren, wenn der Band nicht so teuer geworden wäre. Insofern nur für Könner bekömmlich.

Volker Schröder

Volksrepublik Deutschland

Selbstverlag 1 Berlin 62, Kufsteiner Str. 10

Gedanken eines leidenden Optimisten, wie Schröder schreibt, der ohne intellektuelles Getue selbst den Dümmsten und Verbohrtesten Marxismus beibringen möchte auf berliner Wildwestmanier. Schröder vertreibt das lustige und ehrliche Büchlein selbst für 5 Mark in Kneipen. Jeder Arbeiter versteht es garantiert. Wenn wir mehr solche Sprachhelden besäßen, hätten viele Studenten nichts mehr zu lachen. Bitte bestellen, siehe oben.

Konkret 03/75, S. 46

Yaak Karsunke

Päckchen nach hüben

Zu zwei DDR-Büchern von Gerhard Zwerenz und Stefan Heym

Nach wir vor hat die DDR Schwierigkeiten beim Bewältigen der eigenen Vergangenheit. 21 Jahre nach dem Aufstand des 17. Juni 1953 z. B. sollte im vergangenen Jahr Stefan Heyms dokumentarischer Roman über dieses Ereignis gleichzeitig in beiden deutschen Staaten erscheinen: die Westausgabe der „5 Tage im Juni" kam pünktlich (bei Bertelsmann) heraus, die Ostausgabe unterblieb bis heute. Einmal mehr hatten staatliche Stellen der DDR damit ein in ihrem Staat geschriebenes Buch in ein Bestandteil jener DDR-Exilliteratur verwandelt, zu der auch Gerhard Zwerenz, republikflüchtig 1957, seinen autobiografischen Bericht „Der Widerspruch" gezählt wissen möchte.

Der Vergleich Heym/Zwerenz zeigt, daß es zwei Exilliteraturen gibt: einmal müssen nur die Bücher, im zweiten Fall auch die Autoren das Land verlassen. Der Vergleich der beiden Bücher zeigt darüberhinaus, daß der exilierte Autor unbekümmerter um staatseigene Tabus schreiben kann als der im Land verbliebene. Heyms Roman etwa versucht einen Seiltanz zwischen historischer Wahrheit und offizieller Partei-Geschichtsschreibung -das Kunststück mißlang spätestens mit der verweigerten Druckgenehmigung, als nämlich klar wurde, daß der Autor trotz aller Abstriche es nicht geschafft hatte, eine der DDR-Führung annehmbare Annäherung an die historische Wahrheit herzustellen.

Zwerenz dagegen, der auf eine DDR-Veröffentlichung nicht mehr spekulieren konnte, schreibt Klartext- allerdings einen widersprüchlichen, zerrissenen, komplexen, weil anders der deutschen Realität kaum beizukommen wäre: „Das war überhaupt das Schlimmste, in Ost wie West mußte man nun auf unabsehbare Zeit mit der Lüge leben. Kaum hatte die alte große Staatslüge abgedankt, schon war eine neue errichtet worden. Nur besaßen wir jetzt anstelle der alten einzigen deren zwei: DDR und BRD würden fortan gegeneinander loslügen, was das Zeug hielt." Zwerenz „Widerspruch" gilt beiden Staatslügen. Während Heym nicht zuletzt daran scheitert, daß er eine dieser beiden Lügen zumindest teilweise noch bedienen muß, formuliert Zwerenz ungeniert die Tatbestände: „Im Westen hießen die Arbeiter Arbeitnehmer, in der DDR hatten die Arbeiter nichts zu sagen."

Wie derlei Widersprüche fruchtbar zu machen sind, darüber gibt eine „Nachbemerkung" des Autors Auskunft: „Erlebt werden konnten diese Dinge nur in der realsozialistischen DDR, wo sie aber nicht analytisch formuliert oder gedruckt werden durften und dürfen. In der Bundesrepublik dagegen kann derlei gedruckt, aber nicht erlebt werden." Geschrieben werden kann es darüber hinaus nur von einem Mann, der seine Startchancen von demselben Staat erhielt, der ihn später ins Exil zwang: „In der BRD hätte der Arbeiter Zwerenz weder studieren noch Schriftsteller werden können. Beides gestattete ihm die DDR, und diese Erfahrungen gehören zu dem Fundus, den die späteren Konflikte nicht zerstörten."

Nicht zu Unrecht sieht Zwerenz in diesem Werdegang zugleich die Genesis eines neuen Typs, den er selbst einmal den „plebejischen Intellektuellen" genannt hat und den er im „Widerspruch" folgendermaßen beschreibt: „Der Arbeiter, der an die Universität kommt und sich Zugang verschafft zu den Bildungserlebnissen des Bürgertums, ist dem Ghetto des Unartikulierten entronnen und begründet eine neue Kaste zwischen Arbeitern und Bürgern. Er gehört nicht mehr zu den einen und noch nicht zu den andern, es sei denn, er unterwirft sich einem fremden Willen oder dem bloßen eigenen Egoismus, statt die Spannungen zwischen den beiden tödlich verfeindeten Klassen auszuhalten."

„Der Widerspruch" hält genau diese Spannung aus, sie ist sein Thema. Die Position des Autors ist sowohl durch die Teilung Deutschlands gesellschaftlich-politisch, wie durch die Zwischenlage des Aufsteigers biografisch-existentiell determiniert - dieser Doppelprägung entspricht eine Erzählhaltung, die deutsche Geschichte vornehmlich in Lebensgeschichten und Personenporträts vorführt. So entsteht ein Bild der DDR in Bildnissen ihrer Bewohner, eine Beschreibung der SED in Beschreibungen ihrer Mitglieder und Funktionäre. Häufig nicht eben schmeichelhaft, mißrät die Personenbeschreibung doch nie zur bloßen Karikatur - und das achtseitige Doppelporträt von Walter Ulbricht und Herbert Wehner gehörte als Musterbeispiel politisch-literarischer Prosa in alle Lesebücher beider deutscher Staaten (aus denselben Gründen, aus denen es in keinem einzigen je erscheinen wird).

Zwerenz berichtet von seinem Leben in der DDR bis zum August 1957, damals verließ er sie, um nicht in einem politischen Prozeß gegen einen Freund als Zeuge aussagen zu müssen. Vorausgegangen waren der Flucht Verhöre durch die Staatssicherheit und ein Parteiausschluß, beides wegen antistalinistischer Veröffentlichungen in der DDR-Presse nach dem XX. Parteitag der KPdSU. „Dieses Buch richtet sich mit seiner Kritik an die DDR nicht wie sie ist, sondern wie sie gewesen ist. Inwiefern sie aber nicht mehr ist, was sie gewesen ist, muß sich auf die Dauer erst noch erweisen", heißt es in

der „Nachbemerkung". Die Tatsache, daß Zwerenz in der DDR-Publizistik noch immer als „Renegat" diffamiert wird, gibt auf seine indirekte Frage ebenso Antwort wie das Nichterscheinen von Heyms Roman - betrübliche Indizien, denen sich die „Antikommunismus"-Vorwürfe bundesrepublikanischer DKP-Schriftsteller beschämend hinzugesellen. Vielleicht überlegt sich der eine oder andere dieser Kollegen doch mal, wie unglaubwürdig alle Aktionseinheit- und Volksfront-Parolen angesichts einer Praxis werden, die kritischem Denken lediglich denunziatorisch zu begegnen weiß.

Gerhard Zwerenz „Der Widerspruch - Autobiografischer Bericht", S. Fischer Verlag Frankfurt a. M. 1974, 320 S. mit zahlreichen Fotos und Faksimiles, broschiert, DM 19,80

Konkret 03/75, S. 47

Gegendarstellung

In der Ausgabe 2/75 von KONKRET ist ein Artikel über die „Hamburger Morgenpost" unter der Überschrift „Wann fällt der Grosch?" erschienen. Auf Seite 16 heißt es u. a., seit 1965 sei die verkaufte Auflage der „Hamburger Morgenpost" von 370 000 auf 160 000 geschrumpft.

Hierzu erkläre ich als Geschäftsführer der Verlegerin der „Hamburger Morgenpost":

Diese Meldung ist falsch. Richtig ist, daß die höchste verkaufte Auflage der „Hamburger Morgenpost nach „IVW" im Jahre 1964, als sie noch DM 0,10 kostete, 363 367 Exemplare und im vierten Quartal 1974 nach IVW 234 309 Exemplare betrug. Diese täglich verkaufte Auflage ist bisher in 1975 auf fast 240.000 Exemplare gestiegen.

Erich Müller

Geschäftsführer der Allgemeinen

Druck- und Presse-Verlags-GmbH

1. KONKRET hat keine Behauptung darüber aufgestellt, wie hoch die „Morgenpost"-Auflage 1964 war.

2. Richtig ist, daß die „Morgenpost" laut IVW ihre höchste verkaufte Auflage im ersten Quartal 1965 erreichte - mit 376 870 Exemplaren.

3. Richtig ist, daß KONKRET die „Morgenpost"-Verkaufszahlen von 1974 falsch angegeben hat. Die genannten 160 000 Exemplare beziehen sich nur auf die Stadtausgabe d. Red.

Konkret 03/75, S. 49

Franz Josef Degenhardt

Diskussion mit dem Innenminister

Vorabdruck aus Degenhardts neuem Roman „Branstellen“

Man erwartete den Innenminister im Städtischen Saalbau. Die öffentliche Podiumsdiskussion über das Thema „Klein-Schweden, Erholungsgebiet oder Truppenübungsplatz" sollte um sechs beginnen.

Bruno Kappel ging die Treppe zum Saalbau hoch, zog den gallischen Kapuzenmantel von den Schultern, warf ihn über den Arm. Zum drittenmal mußte er die Einlaßkarte vorzeigen, drehte sich an der Tür zum Saalbau herum, sah über die ankommenden Leute und die Polizeikettenköpfe hinweg über den Vorplatz und auf die Schäferhundstaffeln, sah die Reiter und die grauen Mannschaftswagen, sah in die Sonne, hörte das Knattern der Helikopter, roch verblühenden Flieder und Auspuffgase, roch den Geruch von Gewalt.

Ja, in diesen Tagen roch es nach Gewalt. Ein fauliger Gestank zog durch die Städte, und er hörte auch fast das lauernde Ungewisse im Verrückten, und er wußte auch, woher das kam.

In diesen Tagen war die Zahl der Arbeitslosen auf fast eine halbe Million angestiegen. Rund zwanzig kleine und mittlere Betriebe machten Pleite zugunsten der größeren Betriebe, der Konzerne. Überall wurden Feierschichten gefahren. Die Müller-Balzenbeck AG zum Beispiel hatte zunächst dreihundert Leute von siebentausend gefeuert, und die Betriebsleitung kündigte für die nächsten Monate über tausend Entlassungen an. Die Kurzarbeit bedeutete zwanzig Prozent weniger Lohn, zum Beispiel für Manfred, den Rohrschlosser, verheiratet und ein Kind. Achthundertneunzig Mark hatte der im letzten Monat nach Hause gebracht, und seine Frau, Verkäuferin, fünfhundertfünfzig. Davon gingen für Essen und Trinken und Rauchen und Kind bei der Oma knapp sechshundertfünfzig, für Miete und Strom und Heizung und Fernsehen und Abzahlungsraten für Wohnzimmerschrank und zwei Sessel fünfhundertachtzig, also blieben zweihundertzehn, davon ein Paar Schuhe für Manfred und für das Kleine Hose und Hemd, Sommerkleid für die Frau und zwanzig Mark Material für Klein-Schweden. Den Rest, vielleicht fünfzig Mark, wollten sie für den Urlaub sparen. Aber der Urlaub wurde zu ungewiß. Vielleicht, hatte der Abteilungsleiter zur Frau von Manfred gesagt, vielleicht müssen wir mit Entlassungen rechnen im nächsten Monat. Und die Lebenshaltungskosten waren auf beinahe acht Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Preise hatten sich innerhalb von fünf Jahren mehr als verdoppelt, aber die Löhne nicht. Ein Kilo Roggenbrot zum Beispiel kostete in der Gegend einskommaneunzig Mark, und die billigste Fahrt mit Bus oder Straßenbahn kostete achtzig Pfennig. Billiger wurde nichts. Ungewiß war, wie hoch die Preise noch steigen würden. VW und Daimler-Benz hatten in diesen Tagen Preiserhöhungen angekündigt.

Im Foyer des Saalbaus standen die Leute in Gruppen herum, sprachen laut miteinander. Aus dem Saal kam Blasmusik.

Bruno mußte noch einmal die Einlaßkarte vorzeigen.

Mantel abgeben arme Garderobe, sagte der Ordner, wegen Waffen, können Se versteckt haben, los!

An der Garderobe stand Thalhof zwischen anderen Journalisten.

Das wird voll, sagte er zu Bruno, proppenvoll. Die beiden Müller-Balzenbecks werden auch kommen. Was meinst du, wie wird es werden?

Die andere Seite ist vollzählig da, Spormann, die ganze rote Truppe.

Kappel gab seinen Mantel ab. Die Blasmusik im Saal spielte: We all live in a yellow submarine.

Thalhof hatte heute im *Generalanzeiger* über eine Versammlung berichtet, in der Ernst Spormann vor Betriebsangehörigen gesprochen hatte.

Der stadtbekannte Kommunist und Betriebsrat, hieß es da, ließ wieder mal seine Haßtiraden gegen den demokratischen Rechtsstaat los. Natürlich bezeichnete er auch die Lohnforderungen seiner Gewerkschaft als sehr niedrig im Vergleich zu dem „Profit der Gegenseite(!)". Natürlich stellte er die bekannten Forderungen nach sogenannter paritätischer Mitbestimmung und Investitionskontrolle. Natürlich verlangte er die Beendigung der Kurzarbeit und die Wiedereinstellung der Entlassenen. Das ist ja alles so einfach. Dabei weiß dieser „Arbeitervertreter" ganz genau, daß dies angesichts der angespannten Lage auf der Ertragsseite zum Beispiel auch des größten Unternehmens am Ort, das ihn immer noch beschäftigt, im Augenblick utopisch ist. Die Katze ließ unser„ Wirtschaftsexperte" aber dann aus dem Sack, als er die hohen Verteidigungskosten als mitursächlich bezeichnete für die allgemeine Teuerung im Lande. Ja, das hätten sie gern, die Genossen von Moskaus Gnaden, Abrüstung hier, Aufrüstung dort. Das alles brachte Spormann vor in deutscher Sprache, mit der er ja bekanntlich auf Kriegsfuß steht. Die Versammelten ließen sich durch die demagogischen Sprüche Spormanns nicht irritieren. Dafür brachten ihn Zwischenrufe nach den Zuständen in der DDR sichtlich aus dem Konzept, so daß er ein paarmal die Beherrschung verlor.

So etwas konnte in diesen Tagen wieder geschrieben werden.

In diesen Tagen wurde auch geschrieben, entscheidender Grund für die Krise sei mangelnder Gewinn bei den Unternehmen, verursacht durch maßlose Forderungen der Gewerkschaften. Als die Gewerkschaften auf die für das laufende Jahr geschätzten Gewinnraten der wichtigsten Konzerne zeigten - sie lagen sämtlich zwischen dreißig und fünfzig Prozent, bei den Ölkonzernen sogar bei sechzig Prozent-, wurde in allen Medien gewarnt vor „Verteufelung des Gewinns". Die Zeichen seien nicht mehr zu übersehen, lächelte der katholische Wirtschaftsminister sein Ihr-ertappt-mich-nicht-auf-dem-Klo-Lächeln, die Neigung der Unternehmer zu investieren werde immer geringer.

Der naheliegende Einwand, weshalb für alle so wichtigen Dinge wie feste Arbeit und ausreichender Lohn von den Neigungen einiger Privatleute abhängig sein sollten, wurde von ihm und der Klasse, die er vertrat, nicht akzeptiert.

In diesen Tagen war wieder vieles von dem möglich geworden, was ein Jahr zuvor noch unmöglich schien. Der Dr. Harns Martin Schleyer zum Beispiel, Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeber, hatte wieder ein gesundes Solidaritätsgefühl unter seinen Klassengenossen hergestellt. Albernheiten, wie sie sogenannte fortschrittliche Unternehmer von sich gegeben hatten, wie zum Beispiel *Gewinnmaximierung ist ein Irrweg oder Zweck des Unternehmens ist Dienst an der Gesellschaft,* wurden unter seiner Führung nicht weiter geduldet. Das Wirken dieses Mannes in aller Öffentlichkeit wurde in bestimmten Wirtschaftskreisen zwar als ein bißchen peinlich empfunden. Schleyer war immerhin ein Kader aus der Zeit des deutschen Faschismus, Angehöriger der SS und Industrieprotektor von Böhmen und Mähren gewesen. In Krisenzeiten war man aber nicht pingelig. Außerdem trat der Mann für eine *ordnungspolitisch werthafte Basis,* äußerte unmißverständlich, daß er Mitbestimmung, Investitionskontrolle und Vermögensbildung, die die Bundesregierung plane, für das Ende der Demokratie halte, und daß er und seine Kollegen die Demokratie in jedem Fall schützen und jedenfalls nicht tatenlos zusehen würden, wenn man die Freiheit demontiere. Unmißverständlich hatte er auch gefordert, die paritätische Mitbestimmung müsse weg, formal könne das zwar bleiben, aber vom Inhalt her gebe es da überhaupt keine Debatte, im Verschleyerungsjargon: *Wir warnen vor Reibungsverlusten, die dieses Gesetz ohne einen entsprechenden Effektivitätszuwachs in der Kooperation mit sich bringen wird, und vor dem Störpotential, das es den Betriebsräten anbietet.* Das war die chilenische Drohung auf Deutsch.

In diesen Tagen stand also die materielle Umverteilung zugunsten des Großkapitals wieder mal auf dem Spielplan. Damit dies ohne großen Widerstand über die Bühne ging, mußte vorher der Macht- und Herrschaftsanspruch des Kapitals in den Betrieben und in der Gesellschaft gesichert werden. Eine Gefährdung des von Schleyer und seinen Kollegen geschützten Rechtsstaats auf ordnungspolitisch werthafter Basis konnte der Durchsetzung dieses Anspruchs nur förderlich sein.

Ja, es stank nach Gewalt in diesen Tagen, und das Ungewisse lauerte im Verrückten.

Daß in diesen Tagen die fünfte zyklische Krise nach Kriegsende auf weitere Krisen stieß, Währungs- und Energiekrise zum Beispiel, und daß die allgemeine Krise der westlichen Weltwirtschaft sich verstärkt hatte und weiter verstärken würde, weil nämlich die sozialistischen Staaten weltweit sich verstärkt hatten und ohne Krieg sich weiter verstärken würden, sollte nicht zu den Leuten dringen.

In diesen Tagen bildeten sich daher Legenden, wie immer in diesem Land, wenn die Gründe des Wirtschaftens unklar bleiben sollten.

In Engelberts Kneipe zum Beispiel gaben viele die Schuld morgenländischen Scheichs und Emiren, viele machten die Ausländer im allgemeinen verantwortlich, Faulheit, und daß man den Hals nicht vollkriegen kann, sagten die Rentner; für den bankrotten Bauunternehmer kamen nur die Gewerkschaftsfunktionäre, Sozis und Kommunisten in Frage. Engelbert selbst meinte: Eins greift da ins andere, und klar durchblicken tut da sowieso keiner. Sie folgten damit den Erklärungen von *Bild: Klopft den Ölscheichs auf die Finger! Mißbrauchen die Gastarbeiter das Gastrecht? Schluß mit dem Schlemmen. Das kann uns nur guttun. Und ist gesund. Was Gewerkschaftsbosse so verdienen. Mister Zwölfprozent langt wieder hin. Eins kommt zum anderen. Und kommt auf uns zu. Da muß jemand her. Der das verkraftet.* Und so weiter.

Legendenzerstörende Blätter wie zum Beispiel die UZ wurden noch immer zu wenig gelesen in Engelberts Kneipe und anderswo.

Für gehobene Ansprüche erklärten Politologen, Soziologen, Theologen und so weiter, daß die Klimaverschiebung in der wirtschaftlichen Großwetterlage nicht mal annäherungsweise Analysen gestatte, daß das gesamte Weltwirtschaftssystem durch eine von noch unbekannten Kräften gesteuerte Revolution erschüttert werde, gegen welche die uns bekannten Techniken überhaupt nichts ausrichten könnten, daß vieles, das bis jetzt als selbstverständlich erscheine, in Frage gestellt werden müsse, daß nach einer Periode des Überflusses eine Periode der Kargheit beginne, daß ein phantasievoller Begriff für Vollbeschäftigung gefunden werden müsse, daß nicht mehr die Frage „Was bekomme ich?" das Grundproblem sei, vielmehr die Frage „Was ist das Ziel des Lebens?", daß nichts so bleiben könne, wie es gewesen sei, daß aber Unterschiede leugnen hieße, Lebenschancen und damit Freiheit leugnen und so weiter. Teufelsaustreiber und Löffelverbieger, Psychologen und Solschenizyn deckten die steigende Nachfrage auf triviale Metaphysik ab.

Die Dichter hielten sich zurück. Sie befanden sich auf der Reise ins Reich der Phantasie. So kompliziert sei alles heute geworden, vor allem die Wirklichkeit, meinten sie, daß man diese einfach nicht darstellen und so einfach darüber nichts aussagen könne. So einfach wollten aber sich die nicht fortstehlen, die früher einfach zu allem was ausgesagt hatten. Realismus gelte natürlich, versicherten sie, aber der verschränkte, und das sollte heißen, konnte man meinen, verschränkt für die hinter den Schranken, vielleicht konnte es aber auch was ganz anderes meinen. Jedenfalls hatten alle den objektiven Faktor Subjektivität wiederentdeckt, und der hatte nun wirklich nichts mit der Krise zu tun . . .

Der Saal faßte zweitausend Leute und war nahezu besetzt, auch auf den Rängen. Man sah wenig junge Leute. Die meisten waren Männer und über Dreißig. Sie trugen Straßenanzüge, einige hatten Freizeitzeug an, und die Oberstadtbewohner erkannte man am besonders gediegenen Freizeitzeug.

Im Mittelgang hatte man zwei Fernsehkameras aufgebaut, und die Männer der Teams lachten und tranken Schnaps aus Flaschen. Die übrigen Leute im Saal sahen nicht fröhlich aus. Sie schwiegen oder flüsterten miteinander.

Das ist ja ein richtiger Aufmarsch draußen, sagte ein Mann, der mit Kappel hereingekommen war, wie im Krieg.

Wie im Bürgerkrieg, sagte Tom Strathmann, der am Eingang stand und Leute be-

grüßte.

Wo ist Maria, fragte Bruno.

In Klein-Schweden, sagte Tom, sie paßt auf. Doris und andere sind auch dort.

An der Rampe hinter Blumenschmuck stand ein langer Tisch für die Diskussionsteilnehmer, dahinter saß auf terrassenförmig ansteigenden Podien das Musikkorps der Landesschutzpolizei in großer Besetzung.

All you need is love, spielten die Uniformierten, als Kappel hineinging. Auf dem dunklen Vorhang neben, über und hinter dem Musikkorps hingen Spruchbänder: *Erholung statt Kriegslärm, Panzer nicht vor unserer Haustür, Statt Truppenübungsplätze Kinderspielplätze* und ähnliches.

Als Kappel an den Sitzreihen einen Platz suchend vorbeischritt, sah er seinen Vater. Neben ihm gab es noch freie Plätze. Bruno drückte sich an den Sitzenden vorbei, begrüßte seinen Vater, setzte sich neben ihn.

Was machst du denn hier, rief er in die laute Musik und ins Ohr seines Vaters. Der lächelte. Er hatte sein Hörgerät abgestellt.

Man habe ihm eine Eintrittskarte geschickt, deshalb sei er hier, erzählte sein Vater nach dem Beifall für All you *need is love.*

Mehr verstand Bruno nicht, weil der Schlagzeuger losdrosch und kurz darauf alle Polizisten auf der Bühne einstiegen in Mick Jaggers *Street fighting men.* Dabei blieben nur die Holzbläser sitzen, und der Dirigent im Obristenrang stampfte mit dem linken Fuß den Marschpolka-Rhythmus mit und lachte manchmal verschmitzt ins Publikum.

Die sind ja richtig ausgelassen, was? rief Brunos Vater.

Dann stiegen die Diskutanten auf die Bühne, standen herum, sprachen miteinander, setzten sich aber noch nicht. Sie warteten auf den Innenminister: Tom Strathmann und Pastor Mühlenspiepen vom Bürgerkommitee Klein-Schweden, drei Stadtparlamentarier von CDU, SPD und FDP, der Landtagsabgeordnete Waldemar Niehus und Bürgermeister Lappmann als Diskussionsleiter. Ernst Spormann fehlte. Mit Kommunisten setze er sich nicht an einen Tisch, hatte der Innenminister wissen lassen.

Es war viertel nach sechs. Was hälst du von der Belagerung draußen, fragte Bruno, haben die Angst? Vor wem denn? sagte sein Vater.

Waldemar Niehus ging zu seinem Platz am Diskussionstisch.

Meine Damen und Herren, sagte er ins Mikrophon, der Herr Innenminister wird bald eintreffen. Er hat vorher noch in Begleitung des Herrn Oberkreisdirektors Klein-Schweden inspiziert, hat sich also an Ort und Stelle informiert, was wir nur begrüßen können. Er kommt von dort per Hubschrauber direkt zu uns.

Einige klatschten.

Jemand rief: Kostenpunkt?

Einige lachten, und in das Lachen hinein spielte das Blasorchester *When the Saints go marchin' in,* und die, die gelacht hatten, klatschten den Rhythmus mit.

Waldemar Niehus hatte in diesen Tagen wieder mal Ärger mit seiner Parteiführung gehabt. Er hatte öffentlich bezweifelt, daß die Höhe der Rüstungskosten gerechtfertigt sei. Es war durchgesickert, daß sich jenes *größte waffentechnische Projekt seit Christi Geburt,* das Mehrzweckkampfflugzeug MRCA, immer noch nicht vom Boden erheben konnte, daß die Bundesregierung aber dreihundertzwanzig davon zum Stückpreis von fünfzig Millionen Mark anschaffen würde. Vor Jusos und Verfassungsschutzbeamten hatte Niehus erklärt, eine der Hauptursachen der Inflation läge darin, daß ein großer Teil des von der Gesellschaft erarbeiteten Gesamtprodukts, unproduktiv verwendet werden, und zwar für militärische Zwecke und zur Tilgung der Staatsschulden, die durch Rüstungsausgaben entstünden. Die internationale Entspannung erlaube aber eine Senkung der Rüstungskosten. Man hatte Waldemar Niehus auf die kommende Wahl einen aussichtslosen Listenplatz angedroht, falls er weiter *in dieses östliche Horn stoße* und damit weiter Unruhe in die Bevölkerung trage.

Freiheit ist kostbar. Kein Preis ist dafür zu hoch. Schluß mit dem Gezänk über Rüstungsausgaben. Das nützt nur dem Gegner, erklärte *Bild.*

Ja, es roch nach Gewalt in diesen Tagen, und Ungewisses lauerte im Verrückten, und als ein Polizeioffizier von der Seite her auf die Bühne kam, als das Musikstück der Landespolizei mitten im Stück abbrach, als die Diskutanten aufsprangen, als der Polizeioffizier mit Nachrichtensprecherstimme erklärte, auf den Minister sei in Klein-Schweden ein Attentat verübt worden, als viele aufsprangen und Josef Kappel kicherte: Schlauberger ist der! und als Ernst Spormann auf die Bühne kletterte, drängte sich Bruno Kappel zum Ausgang.

Konkret 03/75, S. 53

Radikalauer

TOM MOTS

Einige trösten sich, Mao sei senil geworden, wie es auch Albert Schweitzer in seinen letzten Jahren war. Der aber war es immer.

Wußten Sie schon, daß die Bayern im Sommer 1941 China überfallen haben?

Entschuldigung aus Peking: Eigentlich wollte Mao einmal in seinem Leben einen richtigen Papiertiger sehen.

SPD und FDP denken gar nicht daran, ihre Mehrheit im Bundestag für eine fortschrittliche Politik zu mißbrauchen. Es genügt, wenn sich die Entwicklungsländer in der UNO nicht benehmen können.

Vor das Osterfest hat der Herr in manchen Ländern den Napalmsonntag gesetzt.

Wenn die Matrosen streiken, stehen alle Reeder still.

Prof. Carstens hat den CDU-Abgeordneten und Mitarbeiter des Bundesamtes für Wehrtechnik und Bestechung, Gewandt, nicht vor dem Staatsanwalt gewarnt, was sich jederzeit an Hand der vernichteten Dokumente nachweisen läßt.

Die Gewerkschaften dürfen in einem Boot mit den Unternehmern sitzen. Und rudern.

In der DDR, deren Wirtschaftssystem bekanntlich nichts taugt, fehlen neuerdings Arbeitskräfte. Können wir liefern.

Laut „Bild"-Zeitung hat die CIA bestätigt, daß Breschnew krank ist. Endlich erfährt man 'mal, wie deren Nachrichtenagentur heißt.

Er glaubte, Sozialdemokrat zu sein, was sich an dem Tag als Irrtum herausstellte, an dem sein 5000-Mark-Gehalt in die Steuer-Progression geriet.

Wissmann ist Macht

In einer brillanten Rede, die, wäre sie nicht geheim gehalten worden, großes Aufsehen erregt hätte, hat der Vorsitzende der Jungen Union, der Herr Wissmann, Gedankenanstöße vorgebracht, die konservativ und progressiv gemeinsam auf den dritten Weg bringen sollen, und zwar in Gestalt eines Volks-Königs. Wir dokumentieren die Rede in Auszügen:

„Manche sagen: wählt Walter Arendt, einen alten Sozialisten mit guten Manieren und Frack aber macht zum Hofmarschall, ernennt DGB und BDI zu Hoflieferanten, nachdem die letzten Hohenzollern mit Ehrendoktorhüten abgespeist sind . . . Freunde, hier fehlt der Glanz, das menschlich Rührende, die Frau. Ich sage, wenn, dann mit Königin.

So etwas wie Marika Rökk und Dieter Borsche oder besser Franz Beckenbauer. Für jung und alt, für alle Stände. Keine Minderheitenlösung wie Strauß und Grass, eher eine Mischung aus Lüneburger Heide und Wienerwald ist's, die mir da vorschwebt: Arno Schmidt und Evelyn Jahn . . . aber manche wollen auch eine einfache, alleinstehende Jungfer auf den Schild heben - Greta Wehner - und diese einen Gatten suchen lassen aus dem Volke, wozu Gabriele Henkel und H. J. Abs die Trauzeugenschaft übernehmen . . .

Diese Idee hat einiges für sich: eine Hochzeit, eine Krönung - das gäbe eine sagenhafte Übertragung - zwei Stunden Wegs mit der Kutsche von Bonn zum Kölner Dom und zurück, macht zirka 60 km Werbefläche, die Hochzeitsgäste und den Talar des Pfarrers nicht mitgerechnet . . . das Ganze mittwochs wegen der Bundesliga . . . oh, Freunde, ich sehe sie schon fürbaß schreiten durch das Publikum: Literaturpäpste und Fußballkaiser, Ölgötzen, Landesfürsten, Pressezaren, Schlotbarone, Versandhauskönige, Darlehensherren und so weiter und so Lord . . . und wenn wir dann auch noch den Wallraff als Hofnarren integrieren könnten, wäre das nicht schön?

Nur: wo bleibt die Demokratie, derer wir ja ein Mehr wollen? Wäre nicht das Königs- oder Prinzenpaar vom Volke und nur für je ein Jahr - und das nicht nur wegen der Übertragung - zu erwählen? Und wäre nicht das Plebiszit einzuführen, in Form eines Lichttests, der die Popularität der Bewerber einwandfrei nachmißt? Bedenkt Freunde, so hätten wir traditionelle Bedürfnisse und Lustbarkeiten vereint mit den Erfordernissen der neuen Zeit . . ."

Konkret 03/75, S. 54

Post

Mit dem neuen KONKRET in seiner neuen Aufmachung dürften nun endlich die Hosenlätzchen-Zeiten der späten Röhl-Epoche ihren notwendigen qualitativen Sprung getan haben. Man kann es wieder kaufen. Der linken Presse in unserem Lande müßte KONKRET allein schon durch die Gestaltung zur Ehre gereichen. KONKRET sollte in dieser Form bei allen noch vorhandenen Abstrichen wie journalistische Ohnmachtaggressionen und linkshabituelle Sichtverengungen seinen Weg gehen dürfen. Ein Scheitern unter diesen Vorzeichen wäre eine Bankrotterklärung unseres linken Publikums.

Karl-Josef Huber

Mainz

Nach der nunmehr schon fünften Ausgabe von KONKRET kann ich beruhigt schreiben: Herzlichen Dank! Herzlichen Dank für ein Heft, dessen Mitarbeiter die Zeichen der Zeit erkannt haben. Eines sei allerdings kritisch angemerkt: Zwar ist es richtig, wenn ihr sagt, man müsse auf die Sozialdemokratie achten, sie einbeziehen in die gemeinsame Sache. Aber ein wenig mehr Differenzierung täte ganz gut. So muß auch gesagt werden, daß ein großer Teil dieser SPD, wohl sämtliche Führungsmitglieder dieser Partei rechts einzuordnen sind. Daß sie für Berufsverbote, Rüstungserhöhungen etc. mitverantwortlich sind. Und wo ist die frühere Radikalität heute etablierter Jusos? Wolfgang Roth Seite an Seite mit Helmut Schmidt, diesem „Horsti Schmandhoff" . . .

Helmut Hesse

Gelsenkirchen

So richtig und empörend notwendig der Artikel „Keine Solidarität mit diesem Rechtsstaat" in der Darstellung der Fakten war, so falsch und naiv, ja entlarvend war die angeführte, sehnlichst erflehte Konsequenz der Verfasser: Hört auf mit dem Hungerstreik! Weil: „Vorläufig sind in Deutschland die Voraussetzungen für eine Wirksamkeit dieses grundgesetzgeschützten Kampfmittels nicht gegeben." Also, daß Ihr es Euch hinter Eure rechtsstaatlichen Ohren schreibt: Weil's eben nicht geschützt ist, laßt es bitte auch. Versauert und verschimmelt lieber in den Gefängnissen.

Joachim Christen

Bremen

Schade, daß KONKRET neben brauchbaren politischen Artikeln zum kulturellen Sektor ziemlich viel Schund und anspruchsloses Nachplappern unverstandener Formeln produziert. In der Kino-„Analyse" von Michael Conrad heißt es: „Das Feedback in der Realität wird nicht lange auf sich warten lassen." Bitte, kann er Beweise auf den Tisch legen oder ist das resignatives Wunschdenken, dem eine falsche politisch-historische Einschätzung zugrunde liegt? Ist sowas nicht ein Beispiel dafür, wie eine spezielle Spielart linksjournalistischen Kritikertums mit zu der von der Reaktion beschworenen Angstpsychose beiträgt und daran verdient, der rechten Ware Angst eine linke hinzufügt?

Manfred Knobloch

Hamburg

Wenn ein Land wie die Volksrepublik China ernst macht mit einem eigenständigen Sozialismus, der auf nationaler Verantwortung basiert (daß das ganze in der VR China unter Marxismus-Leninismus läuft, ändert nichts daran, daß dort ein beispielhafter nationaler Sozialismus praktiziert wird), dann haben „fortschrittliche" Kräfte wie KONKRET-Schreiberling Martin Buchholz nichts Eiligeres zu tun, als den nationalen Sozialisten und chinesischen Patrioten Mao Tsetung mit Franz-Josef Strauß, dem antinationalen, antisozialistischen Separatisten, in einen Topf zu werfen. Wenn man sich schon Sozialist nennt, dann sollte man für einen Sozialismus kämpfen, der unabhängig von imperialistischen Einflußsphären dem Wohle des eigenen Volkes verpflichtet ist. KONKRET-„Sozialisten" scheinen das gar nicht so konkret zu sehen.

Horst J. Ackermann

Koblenz

In Alexander v. Hoffmanns Analyse „Wo ist die Mitte?" scheint mir ein wichtiger Aspekt vergessen worden zu sein: Zur Mitte zählen sich doch offensichtlich diejenigen, die entweder den Mut oder die nötigen Informationen nicht haben, die zur

Entscheidung zwischen rechts und links nötig sind, und bei denen deshalb rechte wie linke Tendenzen ungeklärt durcheinanderlaufen. Es ist klar, daß die SPD nicht auf die Masse derer verzichten will, die ein Entweder-Oder vermeiden wollen. Andernfalls wäre sie wohl eine sektiererhafte Kaderpartei. Aber ihre schwere Schuld liegt darin, daß sie nichts (oder so gut wie nichts) getan hat, um der Mehrheit der Bevölkerung die Chance zu geben, sich zu informieren. Auch KONKRET ist ja leider nur für eine Minderheit geschrieben.

Gerhard Bruch

Berlin

Der Stellungnahme zum Verhalten einiger SPD-Genossen kann ich nur zustimmen. Eine Krise im Gehirn ist doch besser als gar kein Hirn.

Wolfgang Haase

Hamburg

Als ich von der Gründung des Neuen Konkret Verlags hörte, überfiel mich eine starke Euphorie. Endlich, so hoffte ich, wird sich dem versuchten Zeitschriftenmonopol ein oppositionelles Organ entgegenstellen und klare Front beziehen. Doch oh Jammer: Ein Sternspiegel-Zwitter wurde geboren und feierte sein gesellschaftliches Comeback als Marktlücken-Treffer, als Postille für den „linken" Nonkonformisten. KONKRET soll kein orthodoxes Kampfblatt werden, jedoch auch keine profillose Glossenzeitung für den passionierten Pluralisten. Nur Mut!

Karlheinz Bihn

Nackenheim

Das Onanieren hat gegenüber dem Geschlechtsverkehr den bekannten Nachteil, daß man weniger Leute kennen lernt. Das Differenzieren hat gegenüber dem Klotzen ähnliche Nachteile: Man trifft viele ein bißchen und niemanden richtig. Differenzieren können wir schon, nun sollten wir auch das Zuschlagen lernen. Gremlizas Kommentar („In dubio contra" - ein blödsinniger Titel) war genau das, was jetzt not tut: Klare Sprache, klare Fronten, klarer Kampf.

Gerd Klöster

München

Als Hamburger und Verweigerer von Springer-Produkten bleibt mir nur die SPD-Morgenpost. Was der KONKRET-Autor Thomsen über dieses heruntergekommene Blatt geschrieben hat, ist schon richtig. Besser wäre es, wenn Leute wie Thomsen nicht so viel kritisieren, sondern in die „Morgenpost" gehen und uns Hamburgern eine bessere Zeitung machen würden.

Rainer Priel

Hamburg